

Jahresbericht 2014

Wie wir Demokratien auf
dieser Welt stärken

Warum wir für Europa
einstehen

Wie die Energiewende
zum Erfolg wird

Wer wir sind



Was wir wollen

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern.

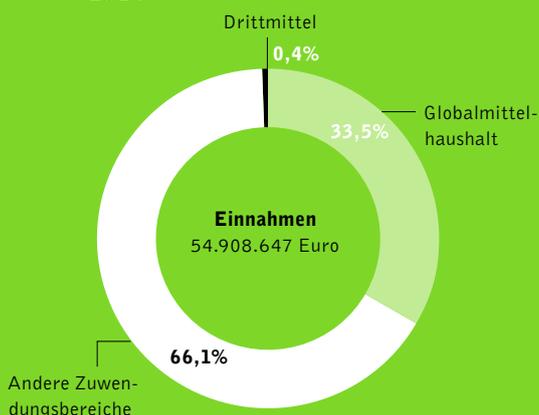
Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 31 Auslandsbüros verfügen wir über eine weltweit vernetzte Struktur. Wir kooperieren mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgen wir gerne und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

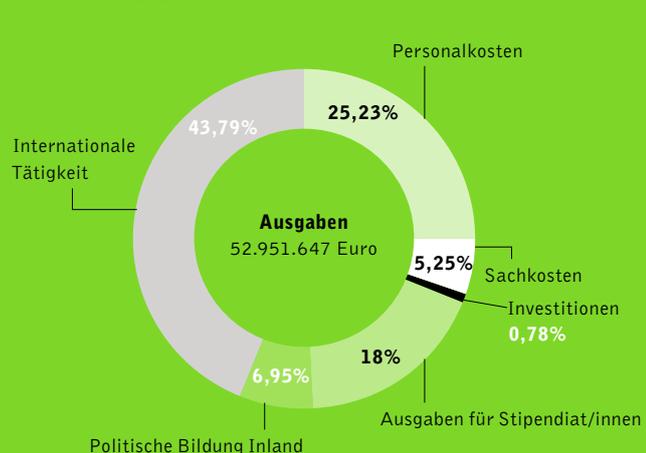
Zuwendungen

2014



Mittelverwendung

2014



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika

- 1 Kapstadt (Südafrika)
- 2 Abuja (Nigeria)
- 3 Nairobi (Kenia)

Asien

- 4 Bangkok (Thailand)
- 5 Kabul (Afghanistan)
- 6 Islamabad (Pakistan)
- 7 Neu Delhi (Indien)
- 8 Peking (China)
- 9 Phnom Penh (Kambodscha)
- 10 Yangon (Myanmar)

Europa

- 11 Belgrad (Serbien)
- 12 Berlin (Deutschland)
- 13 Brüssel (Belgien)
- 14 Istanbul (Türkei)
- 15 Kiew (Ukraine)
- 16 Prag (Tschechische Republik)
- 17 Sarajevo (Bosnien-Herzegowina)
- 18 Tbilisi (Georgien)
- 19 Thessaloniki (Griechenland)
- 20 Warschau (Polen)
- 21 Zagreb (Kroatien)

Lateinamerika

- 22 Mexiko-Stadt (Mexiko)
- 23 Rio de Janeiro (Brasilien)
- 24 San Salvador (El Salvador)
- 25 Santiago de Chile (Chile)

Nordafrika und Nahost

- 26 Beirut (Libanon)
- 27 Ramallah (Palästina)
- 28 Rabat (Marokko)
- 29 Tel Aviv (Israel)
- 30 Tunis (Tunesien)

Nordamerika

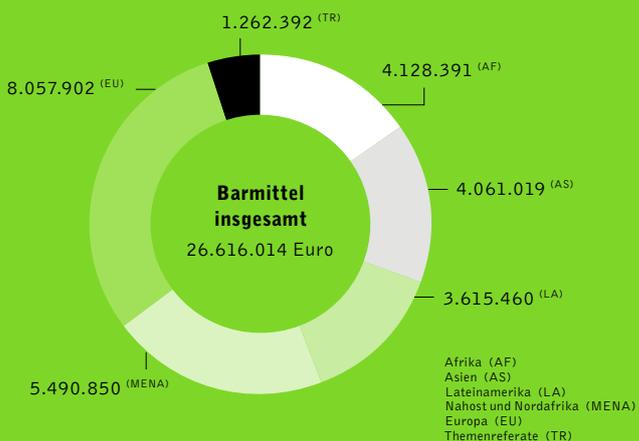
- 31 Washington (USA)

Russische Föderation

- 32 Moskau (Russland)

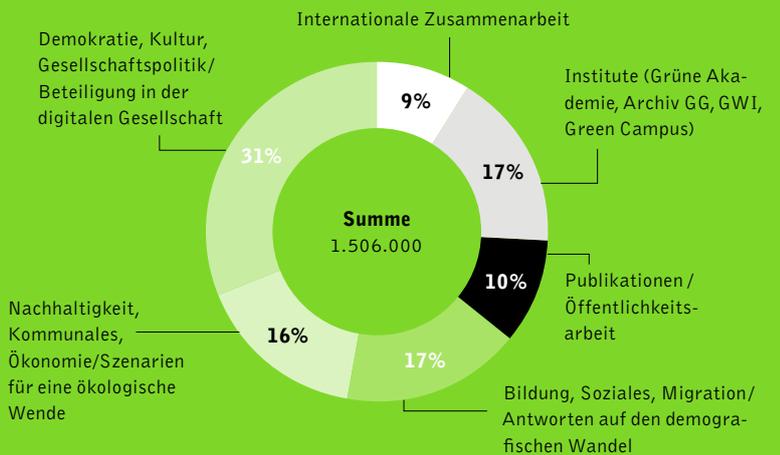
Internationale Zusammenarbeit

2014



Politische Bildung Inland

2014



Inhalt



I S. 2



II S. 30



III S. 38

Vorwort	1
Demokratie und Menschenrechte	2
Europapolitik	30
Die große Transformation	38
Kunst und Kultur	60
Studienwerk	68
Gunda-Werner-Institut	74
GreenCampus – Weiterbildung, Politik, Management	76
Archiv Grünes Gedächtnis	77
Prominente Gäste	78
Stiftungsmanagement	80
Gremien	88
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten	89
Adressen	92
Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung	95

Vorwort



I Ralf Fücks Foto: Julia Baier



II Barbara Unmüßig Foto: Bettina Keller

Hinter uns liegt ein Jahr, das uns noch einmal verdeutlicht, wie wichtig die Arbeit unserer Stiftung ist. – Es herrscht wieder Krieg in Europa, im Nahen Osten, in vielen Regionen Afrikas. Der Konflikt um die Ukraine belastet auch die internationalen Beziehungen, insbesondere zwischen Europa und Russland. In Syrien und im Irak hat sich die Situation durch die militärischen Erfolge des Islamischen Staats verschärft. Die Lage in Gaza ist nach dem Krieg im letzten Sommer mit 2.000 Toten und mehr als zehntausend Verletzten weiterhin prekär. Terrororganisationen wie Boko Haram in Nigeria gefährden jede Zivilität. Trotz alledem und gerade deswegen setzen wir uns mit aller Kraft für den Auf- und Ausbau demokratischer Strukturen und Zivilgesellschaften, für friedliche Konfliktlösungen und eine an den Menschenrechten orientierte Politik ein. Wir liefern Hintergrundinformationen und bieten Diskussionsforen, die über die Konflikte und ihre Dynamiken aufklären, und wir suchen gemeinsam mit einer Vielzahl von Partnerinnen und Partnern nach Lösungen zur Beilegung von Konflikten. Wegen der zahlreichen Kriege und sich verschärfender sozialen Krisen ist die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf über 50 Millionen gestiegen. Zu den Fluchtursachen klären wir auf und setzen uns für eine humane Flüchtlings- und Asylpolitik bei uns ein.

Ein Markenzeichen der Stiftung sind unsere Beiträge zur sozialen und ökologischen Transformation im eigenen Land wie auf globaler Ebene. Klima- und Ressourcengerechtigkeit sind ein zentrales Motiv unserer internationalen Ökologiearbeit. Mit dem «Fleischatlas 2014», der in mehrere Sprachen übersetzt worden ist, haben wir in Deutschland, Europa und weltweit eine breite Öffentlichkeit erreicht. Er ist die erfolgreichste Publikation in der Geschichte der Stiftung.

Wir haben uns 2014 auf den Weg gemacht, unsere Arbeitsweise und unser politisches Profil zu reflektieren. Mit der Strategie 2020 wollen wir uns für die politischen, ökonomischen und sozial-ökologischen Herausforderungen der kommenden Jahre fit machen, unsere Stärken und Kompetenzen ausbauen.

Wir möchten uns bei allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen für ihr großartiges Engagement und ihren Einsatz gerade auch unter häufig schwierigen Rahmenbedingungen sehr herzlich bedanken. Ein herzliches Dankeschön geht auch an die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich für die Stiftung engagieren. Der Erfolg unserer Arbeit ist ein gemeinsamer.

Berlin, im April 2015

Ralf Fücks

Barbara Unmüßig

Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung



Teilhabe stärken, Menschenrechte durchsetzen!

Demokratie steht in vielen Teilen der Welt unter Druck. Demokratische Spielräume werden eingeschränkt, Repressionen gegen Andersdenkende und -handelnde nehmen zu. Der autoritäre Entwicklungsstaat von Äthiopien bis China verspricht zwar ein besseres Leben und mehr Wohlstand, aber ohne Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und politische Partizipation. Ob in illiberalen oder liberalen Demokratien – wirtschaftlich mächtige Eliten nehmen immer mehr Einfluss auf politische Entscheidungen.

Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenrechte und Demokratie sind die normativen Grundlagen unserer Arbeit – in Deutschland und auch weltweit. Wir haben Büros in 31 Ländern. Zusammen mit unseren internationalen Partnerinnen und Partnern versuchen wir, die Spielräume für politische und gesellschaftliche Teilhabe und Emanzipation auszuloten und auszuweiten. Es erfordert Fingerspitzengefühl und große Verantwortung, für uns und unsere Partnerinnen und Partner.

Syrien

Nach drei Jahren hat sich der Konflikt in Syrien zu einem Krieg mit über 200.000 Todesopfern, Millionen Flüchtlingen und einer extrem notleidenden Zivilbevölkerung entwickelt. Sämtliche Initiativen, den Konflikt beizulegen, sind bislang gescheitert. Durch die militärischen Erfolge der Terrormiliz IS hat der Bürgerkrieg eine neue Qualität gewonnen. Nach Jahren des Zögerns bewog das rasche Vorrücken der IS die Amerikaner und Europäer dazu, doch militärisch im Irak zu intervenieren. Eine politische Strategie zu einer Lösung des Konfliktes ist hinter diesem Engagement der internationalen Gemeinschaft jedoch nicht zu erkennen.



Der Krieg in Syrien hat mittlerweile 3,8 Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Foto: Bryan Denton/The New York Times/Redux/laif

Was kann eine Organisation wie die Heinrich-Böll-Stiftung tun?

Wir können aufklären! Über die Hintergründe und Dynamiken des Konflikts. Denn nur so kann – trotz der Komplexität des Konflikts – eine qualifizierte Diskussion über Handlungsoptionen der internationalen Gemeinschaft und Deutschlands geführt werden. Wir appellieren an die politische Verantwortung des Westens und versuchen, Chancen für politische Lösungen auszuloten und Mut zu machen! In Syrien, dem Libanon und Deutschland unterstützen wir Aktivistinnen und Aktivisten, die sich vor Ort für ein demokratisches Syrien einsetzen. Und wir wollen den unzähligen Kriegsflüchtlingen ein Gesicht geben, indem wir ihre Geschichten erzählen.

Ein Film über Flüchtlingsschicksale

Der Krieg in Syrien hat mittlerweile 3,8 Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht – unter ihnen auch zahlreiche Palästinenser, die nun bereits zum zweiten Mal ihr zuhause verloren haben. Allein aus dem palästinensischen Flüchtlingslager Yarmouk,

einem Vorort von Damaskus, der seit knapp zwei Jahren von syrischen Regierungstruppen belagert wird, flohen in den letzten Jahren ca. 150.000 syrische Palästinenser/innen nach Jordanien, in den Libanon und nach Europa. Dort richten sie sich aufs Neue in einer temporären Existenz ein, in der Hoffnung, irgendwann zurückkehren zu können. Die Filmemacherin Carol Mansour hat mit Unterstützung der Stiftung die persönlichen Schicksale, aber auch die Hoffnungen und Träume von palästinensischen Flüchtlingen aus Syrien in dem Dokumentarfilm «We cannot go there now, my Dear» festgehalten.

Politikempfehlungen

Das internationale Engagement in Syrien droht zu einem vereinfachten «entweder IS oder Assad» zu verkommen. Auch die Europäische Union (EU) hat keine gemeinsame politische Strategie. In Zusammenarbeit mit der niederländischen Friedensorganisation PAX (früher PAX Christi) haben unsere Büros in Brüssel und Beirut Politikempfehlungen für die EU erarbeitet. Dort wird unter anderem nahegelegt, sich trotz der Drohung der terroristischen IS-

Webdossier

«Syrien – drei Jahre nach Beginn des Aufstands»: boell.de/de/dossier-aufstand-syrien

Web

Empfehlungen im Netz unter: http://eu.boell.org/sites/default/files/event_report_syria_2.pdf



ii Mariam Jalabi, Mitglied des Nationalen Verbindungsbüro der UN und des Syrian Women Networks, forderte mehr Einfluss von Frauen in internationalen Friedensverhandlungen.

Bewegung nicht erneut auf Assad einzulassen. Die EU solle darüber hinaus und trotz aller Vorbehalte eng mit der syrischen Opposition und den syrischen Kurden zusammenarbeiten und die Widerstandsfähigkeit lokaler Gemeinschaften unterstützen. Auch müsse die humanitäre Hilfe für syrische Flüchtlinge und die Zivilbevölkerung Priorität haben.

Frauen an die Friedentische

Die Luftbombardements in Syrien und Irak treffen nicht die Kämpfer des syrischen Assad-Regimes oder die islamistischen Terrororganisationen, sondern in erster Linie die Zivilbevölkerung. Um eine nachhaltige Friedenslösung zu erreichen, müssen Frauen in die Friedensverhandlungen eingebunden werden. Darüber bestand Einigkeit bei einem Fachgespräch, zu dem Ende November 2014 das Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung Expert/innen aus internationalen Organisationen, aus Syrien und Irak nach Berlin eingeladen hatte. Es galt zu klären, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Strategien Frauen mögliche Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen auf nationaler und internationaler Ebene beeinflussen können und wie auch das massive Problem der sexualisierten Kriegsgewalt zum Thema werden kann. Auch wenn die UN-Resolutionen 1325 die Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen vorschreibt, so bleibt dies bislang ohne größere Wirkung, wie sich in den Verhandlungen um Syrien einmal mehr zeigte. Zwar wurde eine Delegation syrischer Frauen aus der Zivilgesellschaft zu den Friedensprozessen in Genf eingeladen und von UNO-Vermittler Lakhdar Brahimi begrüßt, von den Verhandlungen blieben sie aber ausgeschlossen, berichtete Madeleine Rees, Generalsekretärin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit. Zu stark wirken noch immer Jahrzehnte männlicher Dominanz und damit verbundene Geschlechterstereotype und Vorurteile gegenüber Frauen an Verhandlungstischen. Ihnen wird die Rolle

Links und Literatur

www.gwi-boell.de/de/2014/12/17/frauen-die-friedentische-denn-die-revolution-ist-weiblich



iii 27. November 2014: Barbara Unmüßig und Ralf Fücks übergaben den Petra-Kelly-Preis 2014 an Amir Kazkaz. Von den Preisträgern fehlt noch immer jede Spur.

Petra-Kelly-Preis 2014 für syrische Menschenrechtsaktivist/innen

Der Petra-Kelly-Preis 2014 ging an das Violations Documentation Center Syrien und vier seiner Mitarbeiter/innen: Razan Zeitouneh, Samira al-Khalil, Wael Hammadeh und Nazem Hammadi. Am 9. Dezember 2013 wurden die vier in der Nähe von Damaskus von Unbekannten entführt. Seither fehlt von ihnen jede Spur.

Das 2011 gegründete Violations Documentation Center sammelt und dokumentiert Informationen über Verstöße gegen das Völkerrecht in Syrien und macht sie öffentlich zugänglich. Die Verbrechen werden dabei unabhängig von der Konfliktseite dokumentiert. Die Organisation will damit ein objektives Gedächtnis der syrischen Revolution schaffen, das nach Beendigung des Bürgerkrieges den Grundstein für die kollektive Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen legen kann.

Mit dem Petra-Kelly-Preis zeichnet die Heinrich-Böll-Stiftung Menschen und zivilgesellschaftliche Vereinigungen aus, die sich auf besondere Weise für die Achtung der Menschenrechte, für das gewaltfreie Lösen von Konflikten und den Schutz unserer Umwelt einsetzen. Der Preis ist mit 10.000 EUR dotiert und wird alle zwei Jahre verliehen.

der Entscheidungsträgerinnen nicht zugetraut, und die Männer wollen keine Machtpositionen aufgeben. Daher braucht es eine klare und systematische Institutionalisierung von Expertinnen aus der Zivilgesellschaft an Friedensprozessen. Eine leitende Funktion von Frauen in Entscheidungsprozessen muss Normalität werden, so Mariam Jalabi, Mitglied des nationalen Verbindungsbüros der UN und des Syrian Women Network. Dazu braucht es auch internationale Solidarität und die Unterstützung durch die UN-Vermittler.

Video der Petra-Kelly-Preisverleihung

www.boell.de/de/2014/08/18/die-preistraegerinnen-des-petra-kelly-preis-2014



I «Antigone of Syria» (Proben): Eine Neuinterpretation des griechischen Dramas von Mohammad Al Attar.
Foto: Tabitha Ross



II «Antigone of Syria» (Proben) Foto: Tabitha Ross



III Syrische Frauen erzählen ihre eigenen Geschichten von Auflehnung, Unterdrückung und Trauer.
Foto: Tabitha Ross



IV «Antigone of Syria» Foto: Tabitha Ross

Krieg, Kunst und Emanzipation: Antigone of Syria

I-IV

«Antigone of Syria» ist das neueste Projekt des syrischen Dramaturgen Mohammad Al Attar. Das Team von Aperta Productions lässt in einem achtwöchigen Theater-Workshop syrische Frauen aus den Flüchtlingscamps Sabra, Shatila und Bourj el-Barajneh die Geschichte des syrischen Konflikts selbst erzählen. Die ausschließlich weiblichen Darstellerinnen des Stücks sind Flüchtlinge, die den syrischen Krieg erlebt und überlebt haben.

Sophokles' Antigone diente hierbei als dramaturgischer Rahmen. Indem Antigone ihr eigenes Gewissen über das Gesetz stellt, hinterfragt sie nicht nur das Verhältnis zwischen Individuum und Staat, sondern auch traditionelle Geschlechterrollen. Somit ist der Text nicht nur politisch relevant, sondern für die Schauspielerinnen ein Teil ihrer Realität: Die Revolte der Antigone spiegelt auch ihre eigene Auflehnung gegen eine von Männern dominierte Welt wider.

Zu Beginn des Projekts hatten die meisten Frauen kaum eine Vorstellung davon, was Theater ist – sie kannten weder die Geschichte der Antigone noch die Herausforderungen, vor die sie ein Theaterprojekt stellen würde. Anfangs ging es in den täglichen Proben hauptsächlich darum, den Text zu lesen und zu diskutieren, die Charaktere kennenzulernen und ihre jeweiligen Konflikte, aber auch ihre Potentiale zu verstehen. Durch Rollenspiele, Zeichnungen und insbesondere im ständigen Vergleich mit den Erfahrungen und persönlichen Konflikten der Frauen entstand so eine einzigartige, zeitlose und doch explizit moderne Interpretation des Dramas.

Doch das Theaterprojekt ist weit mehr als nur eine Bühne für die persönliche Aufarbeitung der Darstellerinnen – «Antigone of Syria» beweist, was Schauspiel leisten kann. Auf der Bühne zu stehen gibt den Frauen Selbstbewusstsein. Die Schauspielerarbeit lehrt sie ein sicheres Auftreten und ihre Stimme zu erheben. Somit ist «Antigone of Syria» eine moderne Tragödie von und über starke Frauen, Emanzipation, Auflehnung und Selbstbestimmtheit. Das Projekt unterstützt diesen Emanzipationsprozess nicht zuletzt dadurch, dass die Schauspielerinnen für ihre Arbeit auch finanziell entlohnt wurden.

Die wirkliche Herausforderung beginnt jedoch erst, wenn der Vorhang fällt. Die Frauen müssen einen Weg finden, ihren Geschichten weiterhin Gehör zu verschaffen – und auf der Bühne ihres Lebens selbst Regie zu führen.

«Antigone of Syria» wurde im Dezember 2014 im Al Madina-Theater in Beirut aufgeführt. Eine Filmaufnahme des Stücks wird ab Herbst 2015 online zu sehen sein. Unser Büro in Beirut hat das Projekt finanziell unterstützt.

Nichts als heiße Luft?

Gerüchte erfüllen eine soziale Funktion, sie schaffen Bündnisse oder treiben Keile zwischen Menschen und gesellschaftliche Gruppen. Manche greifen die Glaubwürdigkeit an. Andere können ganze Existenzen zerstören. Wieder andere werden mit der Zeit zu Verschwörungstheorien. Die englischsprachige *Perspectives*-Ausgabe «Rumors» konzentriert sich insbesondere auf die politischen Wirkungen und Auswirkungen von Gerüchten. Der syrische Autor Haid Haid erklärt, wie Gerüchte über die syrischen Präsidentschaftswahlen selbst diejenigen Syrer im Libanon an die Urnen bewegten, die die Wahlen als illegitim betrachteten. Die Journalistin Christina Foerch Saab hat mit Kämpfern aus verschiedenen Lagern des libanesischen Bürgerkriegs gesprochen und analysiert Gerüchte als Mittel der psychologischen Kriegsführung. Die Schriftstellerin Dima Wannous

beschreibt, wie Macht in Syrien sich wesentlich aus Gerüchten speiste, und der syrische Intellektuelle Yassin Al Haj Saleh teilt seine Erfahrungen darüber mit, wie sich Gerüchte über die plötzliche Freilassung von politischen Gefangenen auf diese und ihre Familien auswirken.

Unser «Brückenkopf» in Washington, D.C.

In Washington reihen sich politische Denkfabriken Tür an Tür. Die Stadt ist international, vielsprachig und weltoffen. Thinktank-Experten erklären sich die Welt, oft mit fundierten Kenntnissen, manchmal jedoch ohne Gespür für die Stimmen der Zivilgesellschaften, um die es geht. Hier setzt die Arbeit unseres Washingtoner Büros an. Im regen Austausch mit unseren Büros in aller Welt fungiert es als Brückenkopf zwischen Fachleuten und Entscheider/innen in der US-Hauptstadt und der vielfältigen Welt außerhalb der USA.

2014 zum Beispiel ermöglichte unser Büro Washington afghanischen Frauenaktivistinnen eine Reise nach Washington und New York. Dort sprachen sie über ihre Hoffnungen, Erwartungen und Sorgen im Hinblick auf die Zeit nach dem Abzug der internationalen Truppen. Die Frauendelegation wurde sogar von einigen Beratern des Nationalen Sicherheitsrats von Präsident Obama zu einem persönlichen Gespräch eingeladen. In New York nahmen sie an der Versammlung der Commission on the Status of Women (CSW) teil, die einmal im Jahr von den Vereinten Nationen organisiert wird, um den Fortschritt seit der Deklaration der Weltfrauenkonferenz von 1995 zu messen.

Doch politischer Dialog ist keine Einbahnstraße! Unser Büro in Washington begleitete eine Delegation aus dem US-Repräsentantenhaus und dem Center for American Progress, der Ideenschmiede der Demokraten, in die Türkei und in den Libanon, um die aktuellen Entwicklungen vor Ort besser zu vermitteln. Im Anschluss veranstaltete unser Büro zusammen mit den Kolleg/innen aus dem Libanon und dem Washingtoner Thinktank Atlantic Council eine nichtöffentliche Konferenz. Vierzig Fachleute aus der Region, dem Auswärtigen Amt und Berater/innen der Regierungen von Frankreich und Großbritannien, die ehemaligen US-Botschafter in Ankara und Damaskus sowie der Sicherheitsberater des US-Präsidenten für Syrien diskutierten, was über die humanitäre Hilfe hinaus noch getan werden kann. Diese Frage ist zu kompliziert, um innerhalb eines Tages eine einfache Lösung zu finden. Wir wollen sie dennoch weiter stellen: in Berlin, Washington, Brüssel und nicht zuletzt in den Krisenregionen dieser Welt.



«Rumors» – Perspectives. Online unter:
Middle East & North Africa, <http://lb.boell.org>
Issue 7, 55 pages



www.us.boell.org

Der Nahostkonflikt

Durch den Krieg in Gaza im Sommer 2014 haben sich die Fronten des Nahostkonflikts weiter verhärtet. Auf palästinensischer Seite verloren über 2.000 Menschen ihr Leben, mehr als 10.000 wurden verletzt. Israel hatte 72 Tote (darunter 67 Soldaten) sowie hunderte Verletzte zu beklagen. Während in Israel durch das Raketen-Abwehrsystem «Iron Dome» die meisten Raketen abgefangen wurden, waren die Zerstörungen in Gaza massiv. Tausende Familien wurden obdachlos. Angesichts dieses Krieges, der massiven humanitären Folgen und der unverändert anhaltenden Isolation aufgrund der ägyptischen und israelischen Blockade steht die Bevölkerung in Gaza vor enormen Herausforderungen. Wiederaufbau, Bewegungsfreiheit und eine langfristige Normalisierung werden sich nur mit einer politischen Lösung umsetzen lassen. Derweil sind die Hoffnungen auf eine Verhandlungslösung mit Israel sowie auf einen innerpalästinensischen Versöhnungsprozess nach dem Krieg an einem Tiefpunkt angekommen.

Ringens für eine friedliche Beilegung des Konflikts

Derzeit stehen die Chancen für die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen schlecht. Der 2015 wiedergewählte israelische Ministerpräsident Netanyahu will keinen palästinensischen Staat. Die vor der Wahl neu gegründete Partei des «Zionist Camp» weckte in Israel Hoffnungen, dass ein Mitte-links-Bündnis neue Verhandlungen zur Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung mit den Palästinensern wiederaufnehmen könnte. Wir unterstützen mit unserer Arbeit in Israel jene Kräfte, die sich weiter für eine friedliche Beilegung des Konflikts einsetzen, wenn möglich auf Basis der Zwei-Staaten-Lösung. Im Jahr 2014 versuchte zum Beispiel die Israel Palestine Creative Regional Initiatives (IP-CRI) mit ihrem Projekt «Two States in one Space», innovative Wege zu ihrer Umsetzung zu finden. Palästinenser und Israelis erarbeiteten zusammen ein Papier, das eine umfassende Alternative zum strikten Trennungsparadigma der Zwei-Staaten-Lösung vorschlägt. Die Gruppe entwarf ein konföderatives Modell des Zusammenlebens beider Völker und machte detaillierte Vorschläge für strittige Themen wie Sicherheit, den Status von Jerusalem, das Recht auf Rückkehr für die Palästinenser oder die Definition der Staatsbürgerschaft. Der Raum für solche Initiativen ist begrenzt, aber aus Sicht des Büros in Tel Aviv notwendig, um ein Gespräch über eine erfolgreiche Beendigung der Besatzung fortzuführen.

Unterstützung für die Menschen im Gazastreifen und in Ost-Jerusalem

Für unsere Projektpartner/innen im Gazastreifen ging es in dem 51 Tage andauernden Krieg um nackte Überleben. Kaum jemand, dessen Familie oder Besitz unversehrt blieb. Nach dem Krieg leiden die 1,7 Einwohner/innen vor allem unter der Isolation und der Unmöglichkeit, den Gazastreifen zu verlassen.

Auch ehemalige Stipendiaten der Stiftung sitzen dort fest. Immer wieder versuchen wir, Expert/innen dorthin zu bringen oder Partner/innen aus dem Gazastreifen die Möglichkeit zu Besuchen in der Westbank oder in Deutschland zu geben. Das ist angesichts der anhaltenden Gaza-Blockade sehr schwierig, denn Reise genehmigungen werden von der israelischen Besatzungsbehörde nur willkürlich vergeben.

Ein wichtiger Teil unserer Arbeit sind Analysen der Entwicklung der Lage vor Ort und des israelisch-palästinensischen Konflikts. Ende 2014 unterstützten wir zum Beispiel eine wissenschaftliche Konferenz des Institute for Palestine Studies zum Gazastreifen, die an der Birzeit Universität (Palästina) stattfand.

Nicht nur im Gazastreifen, auch in Ost-Jerusalem hat sich die Lage dramatisch verschlechtert. Unser Büro in Ramallah versucht mit einem großangelegten EU-Projekt, die rechtliche, kulturelle, soziale und ökonomische Ausgrenzung der Einwohner/innen zu überwinden, und unterstützt dabei insbesondere Frauen und Jugendliche. Mit verschiedenen Partnerorganisationen werden junge Künstlerinnen gefördert, Kleinkredite für Unternehmerinnen ausgegeben, Maßnahmen zur Eindämmung von Gewalt gegen Frauen unterstützt sowie die Rechte von Frauen und Kindern in Ost-Jerusalem eingefordert.

Nach Jahren ohne Wahlen in den Palästinensischen Autonomiegebieten beginnt das politische System zu zerfallen. Eine starke und unabhängige Zivilgesellschaft und freie Medien sind wichtiger denn je. Und die Auseinandersetzung mit zivilen Methoden des Widerstandes. Unser Büro in Ramallah unterstützt zum Beispiel die Organisation Justvision, die derzeit einen Film über gewaltfreie Proteste in der Ersten Intifada produziert, der zur Diskussion in Schulen und Universitäten eingesetzt werden soll.

Webdossier

«Gaza – Perspektiven nach dem Krieg» bietet unterschiedliche Blickwinkel auf den Krieg und

seine Folgen: Boell.de/de/dossier-gaza-perspektiven-nach-dem-krieg

Erfolge gibt es auch! Beispiel Tunesien

Von Tunesien ist der arabische Aufstand im Jahr 2011 ausgegangen und hat sich auf die arabische Welt ausgebreitet. Die anfangs großen Hoffnungen auf einen schnellen demokratischen Wandel in einigen Ländern der Region haben sich nicht erfüllt. Der Bürgerkrieg in Syrien, die militärischen Erfolge der Miliz des Islamischen Staates (IS), die politische Unterdrückung in Ägypten, staatliche Zerfallserscheinungen in Jemen und Libyen – die Herausforderungen der gesamten Region sind enorm. Tunesien ist das einzige Land, das einen nationalen Konsens für den gewaltfreien Übergang von der Diktatur zu einer Demokratie hervorgebracht hat. Doch der tunesische Weg hat auch Feinde im eigenen Land. Dass sie vor Terror nicht zurückschrecken, haben die Anschläge im März 2015 auf das Museum Bardo gezeigt. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von Oktober bis Dezember 2014 waren ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einem demokratischen Tunesien. Der reibungslose, friedliche Verlauf der Wahlen und die mit 50 bis 65 Prozent vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung sind Voraussetzung für eine weitere Transformation. Die tunesische Zivilgesellschaft ist stark und gefestigt und setzt sich für die anstehenden demokratischen Reformen der Institutionen ein. Die Heinrich-Böll-Stiftung ist seit 2013 in Tunesien aktiv.



1 Eine Mauer für Wahlwerbung im Zentrum von Tunis. Die Listen, die zur Parlamentswahl antraten, und später die Kandidaten für die Präsidentschaftswahl konnten an nummerierten Flächen ihre Wahlplakate aufhängen.
Foto: Malek Khadhraoui

Büroeröffnung in Tunis – Die Ausgangslage

Als wir im Mai 2013 unser Büro eröffneten, befand sich das Land in einer politischen Krise. Im Februar und Juli des Jahres wurden die Abgeordneten Chokri Belaïd und Mohammed Brahmi ermordet. Der nach der Revolution begonnene verfassungsgebende Prozess wurde ausgesetzt, die bis dahin von der moderat-islamistischen Ennahda-Bewegung geführte Koalitionsregierung geriet durch Demonstrationen massiv unter Druck. Um zu dem Übergangsprozess zurückzufinden und einen Verfassungskompromiss auszuhandeln, gründete sich als De-facto-Paralleforum der Nationale Dialog. Er setzte sich aus Gewerkschafts- und Arbeitgeberverband, der An-

waltskammer und Vertretern der Menschenrechtsliga zusammen. Der durch den Nationalen Dialog auf den Weg gebrachte Konsens machte den Weg frei für eine liberale und demokratische Verfassung und handelte den Rückzug der von Ennahda geführten Regierung Anfang 2014 aus. Eine Regierung aus Technokraten sollte nun die ersten freien Wahlen auf Grundlage der neuen Verfassung organisieren.

Mourakiboun – Die Demokratiewächter

Das Vertrauen der Bevölkerung in Institutionen und politische Prozesse war seit der Revolution immer mehr gesunken. Vor allem junge Menschen zeigten sich gegenüber der politischen Klasse desillusioniert.



1 Lasaad, der Kampagnendirektor einer linksliberalen Partei, im Gespräch mit Bürgern. Szene aus dem Film «Winek – Wo bist Du?», einer Produktion unseres Stiftungsbüros in Tunis. Foto: Heikel Ben Bouzid

I-VI

Wichtig war es daher, einen fairen, von allen politischen Beteiligten akzeptierten Wahlprozess zu gewährleisten. Zusammen mit unserem Büro in Tunis entwickelte unsere Partnerorganisation ATED (Tunesische Assoziation für ein demokratisches Erwachen) ein Konzept für ein Wahlbeobachtungsnetzwerk und gründete «Mourakiboun» (Beobachter). Überall im Land organisierten sich Teams von ehrenamtlichen Wahlbeobachter/innen. Neu an Mourakiboun war, dass nicht nur die Wahl selbst, sondern der gesamte Prozess im Vorfeld begleitet wurde. Über die Einschüchterung von Minderheiten wurde ebenso Bericht erstattet wie über das allgemeine öffentliche Klima. Mourakiboun beobachtete jedes Detail: Muss eine Frau auf dem Weg zur Wahlregistrierung an drei Cafés vorbeigehen, wo Männer Tee trinkend und feixend Kommentare abgeben? Werden die Personalausweise in angemessener Weise überprüft? Hetzt eine Partei auf Facebook oder Twitter gegen eine andere oder gar gegen Minderheiten? Werden die Listen der registrierten Wähler/innen veröffentlicht? Allein die Existenz von Mourakiboun als «Wachhund» sorgte schon für mehr Fairness im politischen Prozess. Zwar existierten auch andere Wahlbeobachtungsnetzwerke im Land, Mourakiboun wurde aber in der Öffentlichkeit weitgehend als unabhängiges und politisch neutrales Netzwerk wahrgenommen. Einige Unregelmäßigkeiten hatte Mourakiboun dann auch gefunden. Das Wahlregister

stimmte nicht mit der Gesamtzahl der registrierten Wähler überein. Eine beliebte Methode für Wahlbetrug, denn so kann man Verstorbene wählen lassen. Die Wahlkommission ließ das umgehend korrigieren.

Unser Büro in Tunis engagierte auch ein Filmteam, das vier Protagonisten, zwei davon aus Partnerorganisationen der Stiftung, während der letzten Wochen vor der Parlaments- und Präsidentschaftswahl begleitete.

Mehr Sicherheit vor Angriffen im Netz

Demokratie-Aktivist/innen ohne Smartphones? Undenkbar! In aller Welt sind das Internet und die sozialen Netzwerke unverzichtbar geworden. Nicht umsonst beschränken oder unterbrechen die Diktatoren als Erstes häufig Mobilnetzwerke und das Internet, wenn es zu Unruhen kommt. Aktivist/innen, die sich gegen die Diskriminierung religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten einsetzen, werden häufig von extremistischen Kräften verfolgt – vor allem im Netz. Für die demokratische Entwicklung Tunesiens nach den Jahrzehnten der Diktatur ist das eine erhebliche Bedrohung. Unser Büro in Tunis organisiert und finanziert deshalb Workshops zur Cybersicherheit für tunesische Demokratie-Aktivist/innen. Dort lernen sie, wie sie ihre E-Mails verschlüsseln, Proxy-Server benutzen und ihre Accounts in den sozialen Medien weniger angreifbar machen können.



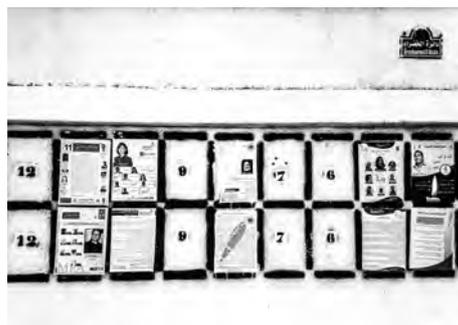
II Szenen aus einem Wahllokal in Tunis
Foto: Heikel Ben Bouzid



III Tunis am Wahltag Foto: Heikel Ben Bouzid



IV Wahlplakate vor dem Institut der Schönen Künste in Tunis. Das Wahlgesetz hatte die Wahlwerbung stark reglementiert, was teilweise als Vorsichtsmaßnahme begrüßt, teilweise als den politischen Wettbewerb behindernd kritisiert wurde. Denn viele Karos blieben leer. Für unabhängige Kandidat/innen und kleinere Listen war es schwer, die nötigen personellen und finanziellen Ressourcen für flächendeckendes Plakatieren aufzubringen. Foto: Malek Khadhraoui



V



VI

Ukraine, Russland und Europa

Mit der Annexion der Krim im März 2014 und dem hybriden Krieg gegen die Ukraine antwortete Russland auf die Euromaidan-Revolution. Heute herrscht in der Ukraine ein prekärer Waffenstillstand. Eine politische Lösung des Konflikts scheint weit entfernt. Solange es die nicht gibt, läuft es im besten Fall auf einen «eingefrorenen» Konflikt hinaus – im schlimmeren ist der Waffenstillstand nur eine Atempause bis zum nächsten Angriff. Im Konflikt um die Ukraine geht es um sehr viel mehr als «nur» um die Hoffnungen von Millionen Menschen, die Anschluss an die demokratischen und sozialen Errungenschaften Europas gewinnen wollen. Auf dem Spiel steht die Zukunft der europäischen Friedensordnung, ja die Zukunft der europäischen Gemeinschaft selbst.



▮ Beim Urbanistischen Zivilgesellschaftsforum in Kiew entwickelten die Teilnehmenden zahlreiche Vorschläge an den neu gewählten Bürgermeister Vitali Klitschko. Foto: Olena Angelova

Was kann die Stiftung in Kiew tun?

Die Maidan-Bewegung und die äußere Bedrohung des Landes haben eine Welle zivilgesellschaftlichen Engagements für das Land ausgelöst. Viele Menschen waren und sind bereit, sich für demokratische Institutionen und gegen Korruption einzusetzen. Hier ermutigt, begleitet und berät unser Büro in Kiew zivilgesellschaftliche Akteure auf ihrem Weg in die institutionelle Politik. So unterstützen wir die Reanimation Reform Package Initiative, ein loses Bündnis zivilgesellschaftlicher Expert/innen zur Ausarbeitung von Reformvorschlägen. Schlüsselfiguren der Initiative haben im Oktober 2014 ins Parlament gewechselt. Wichtig ist auch die Unterstützung von gesellschaftlichem Engagement auf kommunaler Ebene, zumal im Hinblick auf die Kommunalwahlen im Herbst 2015. Ein neues, sehr erfolgreiches Format dafür war das Urbanistische Zivilgesellschaftsforum. Es fand im Juni 2014 in den Räumen der Kiewer Stadtverwaltung statt, was vor der Maidan-Revolution undenkbar gewesen wäre. Das

Forum entwickelte zahlreiche Vorschläge an den neu gewählten Bürgermeister Vitali Klitschko. Unter großem Medieninteresse wurden sie öffentlich präsentiert und zur Diskussion gestellt. Einige der Ideen nahm die Stadtverwaltung in ihre Planung auf. Und Bürgermeister Klitschko ernannte Ksenia Semenowa, Aktivistin des Kiewer Fahrradverbands und Partnerin der Stiftung, im November 2014 zur Beraterin für Fahrradinfrastruktur.

«Kiewer Gespräche» in Berlin

In Berlin unterstützten wir die Kiewer Gespräche, eine überparteiliche, unabhängige Initiative, die aus der deutsch-ukrainischen Bürgergesellschaft entstanden ist. Im Vorfeld der ukrainischen Parlamentswahlen ging es auf der zweitägigen Konferenz im Oktober 2014 mit einer Reihe von Maidan-Aktivist/innen um die Erneuerung der politischen Eliten und die mögliche Unterstützung von Seiten der Europäischen Union. Als eine der wichtigsten Aufga-



II Euromaidan-Wache in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin, in direkter Nachbarschaft zur Ukrainischen Botschaft

ben wurde die Bekämpfung der Korruption genannt. Daria Kaleniuk vom Anti-Corruption Action Centre (AntAC) in Kiew forderte ein Antikorruptionsbüro und Gesetze über Staatseinkäufe. Zudem müsse die Zivilgesellschaft mehr Druck auf die Regierung ausüben. Dass die Ukraine den Kampf gegen die Korruption nicht allein bewältigen kann, bekräftigte Jürgen Roth, Journalist und Autor in Berlin. Die westlichen Partner müssten einbezogen und Hilfen an Bedingungen geknüpft werden.

Russische Alternativen – Debattenreihe

Die mit dem Ukraine-Konflikt verbundene innenpolitische Mobilisierung hat Russland verändert. Die Abgrenzung zum liberalen Westen ist zur tonangebenden Ideologie geworden. Die Reihe «Russische Alternativen» beschäftigte sich im September 2014 mit Russlands derzeitigem Weg in die Isolation. Lev Gudkov vom Moskauer Levada-Zentrum analysierte, wie es Putin schafft, mit vermeintlichen Erfolgen wie der Krim-Annexion von der wirtschaftlichen Systemkrise des Landes abzulenken, und sich dabei hohen Zuspruch in der Bevölkerung sichert. Um seine Macht und auch die Deutungshoheit zu politischen Themen nach innen zu sichern, werde Putin zunehmend diktatorisch auftreten und Andersdenkende unterdrücken, so seine Prognose. Maria Lipman vom European Council on Foreign Relations erinnerte an die Rede Putins bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, in deren Warnungen an den Westen sich seine aggressive Außenpolitik bereits ankündigte. Die Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck wollte ausdrücklich von der Illusion einer Partnerschaft mit Russland Abstand nehmen und die Truppenbewegungen auf ukrainischem Boden realistisch bewertet sehen. Kontrovers wurde schließlich die europäische Sanktionspolitik gegenüber Russland diskutiert. Neben Wissenschaftlern und Aktivist/innen aus Russland nahm auch der Ende 2013 aus der Haft freigekommene und derzeit in der Schweiz lebende Unternehmer Michail Chodorkovskij an dem internen Fachaustausch teil.

Ralf Fücks zum Euromaidan:

«Nichts fürchten die Machthaber im Kreml mehr als das Überspringen des Maidan auf Moskau. Ihr Zermürbungskrieg gegen die Ukraine soll ein Exempel statuieren, dass jede demokratische Revolte unvermeidlich in Gewalt, Chaos und Zusammenbruch mündet. Es geht ihnen darum, den bloßen Gedanken von Freiheit und Selbstbestimmung zu diskreditieren.

Auf dem Maidan kamen zumindest drei fundamentale Motive zusammen: Der elementare Wunsch nach Recht und Freiheit; das Aufbegehren gegen die Ausplünderung durch ein korruptes System von Potentaten und Oligarchen sowie das Streben nach nationaler Unabhängigkeit und Emanzipation von der Vorherrschaft Russlands.

Alle drei Motive bündelten sich im Ruf nach «Europa». Umso verstörender ist die Reserviertheit, mit der große Teile der europäischen Öffentlichkeit diesem demokratischen Aufbruch bis heute begegnen. Von ganz rechts bis ganz links stieß die Emanzipationsbewegung der Ukrainer auf kalte Ablehnung. Dagegen gab (und gibt) es viel Verständnis für den Revanchismus der russischen Autokratie. Schwer nachvollziehbar, wieso ein Teil der Linken mit einem Regime sympathisiert, das auf Großmacht-Nationalismus setzt, jede Gewaltenteilung ausgeschaltet hat, Homosexuelle diskriminiert und eine bizarre Konzentration des Reichtums in der Hand einer kleinen Machtelite betreibt. »

NGOs in Russland – eine kleine Bestandsaufnahme

Das «NGO-Agentengesetz» ist Putins bisher schärfster Versuch, NGOs zu beschneiden. Nachdem sich trotz massenhafter staatlicher Kontrollen und Druck von Seiten der Justizbehörden und Staatsanwaltschaft sowie einer Schmutzkampagne der Kremlmedien keine NGO als «ausländischer Agent» registrieren ließ, bekam das Justizministerium im Sommer 2014 das Recht, NGOs ohne deren «Einverständnis» zu «Agenten» zu erklären. Bis Anfang 2015 waren bereits mehr als 40 NGOs im «Agentenregister» eingetragen, darunter viele Partner/innen der Stiftung. Viele weitere werden folgen.

Die Arbeit der NGOs ist dadurch stark gefährdet. Viele Ressourcen müssen zum Selbstschutz aufgebracht werden. Unter besonderem Druck stehen NGOs, die sich mit LSBTI-Themen (Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersex) beschäftigen. Sie sind zusätzlich durch ein Gesetz gegen angebliche «homosexuelle Propaganda» betroffen. Leider muss davon ausgegangen werden, dass sich die Situation 2015 weiter verschlechtert, weitere NGOs zu «Agenten» erklärt werden und auch die anderen öffentlichen und administrativen Angriffe auf NGOs weitergehen.



Blog
Weitergehende Informationen
in unserem Russlandblog:

<http://russland.boellblog.org/tag/ngo-agentengesetz/>



I 15. Außenpolitische Jahrestagung: v.l.n.r. Beata Peška, François Heisbourg, Cathryn Cluever, Heinrich August Winkler, Cem Özdemir, Ralf Fücks

I-VIII

Für eine werteorientierte Außenpolitik

Die alte weltpolitische Ordnung ist aus den Fugen geraten. Irak und Syrien sind eine große Kampfzone; die Terrormilizen wie IS oder Boko Haram gehen gnadenlos gegen Andersdenkende vor. Und mit dem Krieg in der Ukraine ist die Ost-West-Konfrontation auf die politische Tagesordnung zurückgekehrt. 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs sind die Errungenschaften der europäischen Friedensordnung in Gefahr. Noch hat die europäische Außenpolitik auf die jüngsten Entwicklungen keine überzeugende Antwort.



II Ralf Fücks



III Cathryn Cluever

Wie sollte eine nachhaltige Außenpolitik, die sich an den Werten Demokratie und Menschenrechte orientiert, gestaltet werden? Als international agierende Stiftung widmen wir uns auch diesen großen Fragen. Dafür müssen wir verstehen, was auf der internationalen Bühne passiert. Welche neuen Mus-

ter entstehen, welche Allianzen und Krisen zeichnen sich ab? Mit unserer Außenpolitischen Jahrestagung haben wir einen Ort geschaffen, diese Fragen zu stellen. Sie bietet internationalen Fachleuten Gelegenheit zu Argument und Gegenargument und soll auch helfen, die Parameter grüner Außenpolitik immer wieder zu überprüfen.

15. Außenpolitische Jahrestagung: Auf dem Weg zu mehr Verantwortung

Anfang 2014 hat die deutsche Politik für ein entschiedeneres internationales Engagement Deutschlands in der Außen- und Sicherheitspolitik geworben. Seither wird dieser Ansatz einer permanenten Belastungsprobe unterzogen. Der Krieg in der Ostukraine und Russlands Annexion der Krim gefährden die europäische Friedensordnung auf fundamentale Weise. Es drängt sich die Frage auf: Ist die deutsche Außenpolitik dafür gewappnet, auf solche Herausforderungen angemessen zu reagieren? Und was bedeutet mehr internationale Verantwortung für Deutschland und Europa?

Die 15. Außenpolitische Jahrestagung im Juni 2014 nahm sich diese Fragen vor. Internationale Expert/innen aus Ministerien, Wissenschaft, Politik

Web

Dokumentation der Außenpolitischen Jahrestagung mit Videomitschnitt, E-Paper, Fotos und der

vollständigen Rede von Prof. Dr. Heinrich Winkler unter www.boell.de

und Diplomatie diskutierten unter anderem am Beispiel der Beziehungen zur Ukraine, zu Russland und der transatlantischen Partnerschaft ihre Erwartungen an die deutsche Außenpolitik. Vor allem die inter-



iv John Kornblum



v Jürgen Trittin

in denen der «deutsche Michel» angesichts entfernter Konflikte gemütlich sein Bier trinken konnte, seien vorbei. Die deutsche Zurückhaltung wurde auch von Cathryn Cluever, Harvard Kennedy School, kriti-

siert. Die Bundesrepublik habe jahrelang unglaublich stark von den Vorzügen einer eng miteinander verbundenen Welt profitiert. Die deutsche Zurückhaltung in der internationalen Politik bei gleichzeitigen Rekordhochs deutscher Waffenexporte in zum Teil fragwürdige Länder wirke auf Verbündete wie die USA vor allem widersprüchlich. Dort werde erwartet, dass die deutsche Außenpolitik neben Verlässlichkeit und Berechenbarkeit auch ein der internationalen Bedeutung des Landes entsprechendes Führungsverhalten an den Tag legt.

Erstmals war nur die Auftaktveranstaltung der Jahrestagung öffentlich, die Fachkonferenz blieb den geladenen außenpolitischen Expert/innen vorbehalten. Das veränderte Format erwies sich als gut. Durch den beschränkten Kreis von Teilnehmenden war die Debatte sehr konstruktiv und offen. Für alle, die nicht dabei sein konnten, haben wir die Ergebnisse gut dokumentiert.



vi Dr. Sylke Tempel



vii Stefan Meister



viii Prof. Dr. Heinrich August Winkler

Auszug der Rede von Prof. Dr. Heinrich August Winkler bei der Außenpolitischen Jahrestagung

« Die deutsche Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die wichtigste Lehre aus dem Jahrhundert der Extreme. Das Bekenntnis westlicher Demokratien zum normativen Projekt des Westens ist freilich nur dann glaubwürdig, wenn es einhergeht mit der Bereitschaft zu historischer Selbstkritik. Die Ideen von 1776 und 1789 beschrieben nicht die Wirklichkeit von damals, aber sie lieferten die Maßstäbe, an denen sich der Westen fortan abarbeiten und messen lassen musste. Das Projekt wurde dadurch zum Korrektiv einer Praxis, die den proklamierten Werten oft genug strikt widersprach. Es entfaltete eine Dynamik, die aus dem Projekt einen Prozess machte. Dieser Prozess ist so lange nicht abgeschlossen, wie die unveräußerlichen Menschenrechte nicht weltweit gelten. Der Westen gäbe sich selbst auf, wenn er von dieser Forderung abließe. Das gilt auch für Deutschland, das, historisch gesehen, noch immer eine der jungen westlichen Demokratien ist. »

Kenia

Seit den Wahlen 2013 ist Kenia, ein vormals hochgradig zentralisierter Staat, in 47 Bezirke (counties) unterteilt. Die Vertreter/innen in den Bezirksversammlungen (Members of County Assemblies, kurz: MCAs) sollen sich nun um die Interessen und Anliegen ihrer Wähler/innen kümmern. Es sind nicht mehr länger nur «die in Nairobi», denen die Schuld für Diebstahl und Verschwendung von Staatsressourcen zugeschoben werden kann. Die Bilanz ist bisher gemischt: Es gibt sowohl Erfolge als auch Versuche lokaler Eliten, ihre Vetternwirtschaft in den counties weiterzuführen. Und die alten ethnischen Loyalitäten sind natürlich weiter vorhanden.

Sauti Mtaani – Ich rede jetzt mit

Auch eine differenziert angelegte Reform ändert wenig, wenn die Bürger/innen die nun gegebene größere Nähe zu ihren Abgeordneten nicht nutzen können. Hier setzt unser Projektpartner Community Education and Empowerment Centre (CEEC) an, und zwar gleich bei einer Gruppe, die bisher kaum Beteiligungsmöglichkeiten hatte: den jungen Frauen und Männern aus den informellen Siedlungen, den Slums der Hauptstadt Nairobi. Jugendsprecher/innen aus 15 Wahlkreisen lernten mit Hilfe des CEEC ihre Rechte auf Beteiligung und die damit verbundenen Verpflichtungen kennen. Auch ihre Abgeordneten wurden geschult: was ihr Mandat beinhaltet, welche Pflichten und Verantwortlichkeiten sie haben und wie sie dafür sorgen können, dass Jugendliche gehört und beteiligt werden.

Wenige Tage nach den Trainings eröffneten Wähler/innen und Gewählte gemeinsam die e-Mitwirkungs-Plattform Sauti Mtaani, was so viel bedeutet wie «Stimmen aus dem Ghetto». Junge Frauen und Männer können nun kostenfrei ihren Abgeordneten SMS-Botschaften schicken. Aus allen Wahlkreisen wurden bereits Anliegen formuliert – die Vorschläge reichen von Straßenlampen bis zu Stipendien und Arbeitsplätzen. Nicht alle MCAs sind gleichermaßen davon begeistert. Einige sind abgetaucht, andere antworten regelmäßig und tun auch etwas. Über 12.000 Nachrichten in nur vier Monaten zeigen jedoch, dass die Kontaktpflege zu den Wähler/innen via SMS und Facebook zunehmend populärer wird.

Nigeria

Weltweit Schlagzeilen macht Nigeria seit Jahren durch die islamistische Terrorgruppe Boko Haram. Sie kämpft mit wachsender Brutalität gegen die Zivilbevölkerung und Sicherheitskräfte im Nordosten Nigerias. Anschläge sind inzwischen an der Tagesordnung. Die Zahlen der Todesopfer, Vertriebenen und auch Entführten steigen. Längst hat der Konflikt auch eine regionale Dimension und betrifft die Nachbarländer Nigerias. Es ist vor allem die Perspektivlosigkeit der nigerianischen Jugend, die extremen Gruppen viele Anhänger zutreibt. Doch eigentlich ist Nigeria ein reiches Land, sein Bruttosozialprodukt ist das höchste Afrikas. Nur sickern die Profite der boomenden Wirtschaft in die Taschen der korrupten Elite.

Wahlstimmen haben ihren Preis

Ein Problem in Nigeria ist, dass viele Wähler/innen kurzfristig denken und ihre Stimmen gegen schnellen Profit an Politiker verkaufen. Durch das Onlinespiel «Sell Your Vote?» unseres Projektpartners Center for Social Justice sollen junge Wähler/innen erkennen, welchen Verlust sie sich selbst und dem Land damit zufügen. Die Spieler/innen werden gefragt, für wie viel Geld sie die jeweiligen Politiker/innen wählen würden. Durch Klicken können die Spieler große und kleine Reichtümer anhäufen. Je nach Vermögenslage

der Kandidatinnen und Kandidaten gibt es mehr oder weniger für die Wahlstimme. Wer die Option «Bessere Politik...» klickt, bekommt kein Geld. Am Schluss kommt die Rechnung: Wer seine Stimmen für viel Geld verkauft hat, dem setzen die Politiker grinsend entgegen: «Es ist nicht mehr viel übrig, du hast deinen Anteil bereits bekommen! Du wirst weiterhin 3 km bis zum nächsten Brunnen laufen, es gibt nur drei Stunden Strom pro Tag, du gehst zwar zur Schule, aber was für eine Ausbildung bekommst du dort?»

Web

Wie leben Menschen mit und unter Boko Haram? Unser Büro in Abuja sammelte Berichte von Frauen,

die im Bundesland Borno leben, von dort vor der Gewalt geflohen sind oder den Einfluss des Terrors auch in anderen Landes-

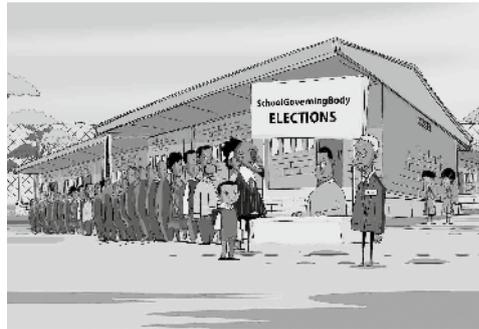
teilen erleben müssen. Nachzulesen auf boell.de: www.boell.de/de/2014/06/02/nigeria-leben-mit-boko-haram

Südafrika

Südafrika erlebt derzeit die größten politischen Spannungen seit 1994. Die Wortgefechte über die richtige Politik werden heftiger, die Spielräume für soziale Bewegungen und andere Basisorganisationen drohen enger zu werden. Politische Eingriffe in öffentliche Institutionen häufen sich. Der regierende African National Congress (ANC) hat seine moralische Autorität, das Land zu führen, verloren. Eine glaubwürdige und politisch tragbare Alternative gibt es bislang nicht. Vor diesem Hintergrund setzt sich Awethu! (Es ist unsere!) für mehr politische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit im Land ein.

Awethu! Für eine verantwortungsvolle Politik

Awethu! ist ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen, den auch unser Büro in Kapstadt unterstützt. Awethu!'s politisches Bildungsprogramm wurde mittlerweile von der Einheitsfront (United Front), einer neuen politischen Koalition, die von der Gewerkschaft National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA) ins Leben gerufen wurde, aufgenommen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2016 werden Awethu! und die Einheitsfront nun gemeinsam daran arbeiten, ihr politisches Programm zu verfeinern und voranzutreiben.



IV Mit Cartoons gegen Korruption in Südafrika Foto: Corruption Watch



I Kiosk am Busbahnhof in Kapstadt



II Frauen in Kapstadt



III Handyreparatur-Werkstatt in Kapstadt
Foto: Barbara Assheuer

Corruption Watch – Kampfansage an die Korruption

Großen Schaden für das Gemeinwohl bringt die weitverbreitete Korruption. Seit 1994 hat Südafrika schätzungsweise mehr als 50 Milliarden Euro dadurch verloren. Gerade im kommunalen Umfeld fließt viel Geld in private Taschen. Geld, das zum Beispiel für die Ausstattung von Schulen gedacht war. Unsere Partnerorganisation Corruption Watch hilft Bürger/innen, den Missbrauch von Geldern zu erkennen, zu verhindern und ihm entgegenzuwirken. Im Fall der Schulen kooperiert Corruption Watch eng mit Schulaufsichtsräten. Die setzen sich aus Eltern, Gemeindemitgliedern, Direktoren, Lehrern und Schülern zusammen. Die Aufsichtsräte werden im Umgang mit Beschaffungsvorschriften geschult, über die Verantwortlichkeiten von Schuldirektoren aufgeklärt und über die Rechte von Eltern informiert. Um auch junge Leute zu erreichen, setzt Corruption Watch auf Cartoons und soziale Medien.

IV

«Zambesi News»

In Simbabwe hat die Jugend schon lange politisch nichts zu sagen, die Macht liegt in den Händen der alten Garde. Die Künstlerorganisation Magamba hat «Zambezi News» gegründet – satirische Nachrichten, die durch Spott und Witz auf die Absurditäten der Politik Simbabwes aufmerksam machen. So will sie die Jugend für politisches Engagement gewinnen und durch sie die Kraft für einen politischen Wandel.

Pakistan und Afghanistan

Die Regierungsgeschäfte in Pakistan wurden 2013 erstmalig in der Geschichte des Landes von einer demokratisch gewählten Regierung an eine gewählte Nachfolgeregierung übergeben. Die Herausforderungen an diese sind groß. Die Wirtschaft entwickelt sich kaum, hinzu kommt eine schwere Energiekrise. Fabriken stehen oft stundenlang still, nachts versinken ganze Städte in der Dunkelheit. Auch die soziopolitische Lage ist sehr fragil. Seit Jahren verüben die Taliban schwere Terroranschläge, von denen auch Großstädte wie Karachi, Lahore und Rawalpindi betroffen sind. Auch andere militante Gruppen treten zunehmend gewaltbereiter auf, sowohl national als auch regional.

Auch Afghanistan steht nach dem Abzug der internationalen Sicherheitskräfte vor einer entscheidenden Herausforderung. Die 2014 neu gebildete nationale Einheitsregierung und die afghanische Bevölkerung müssen nicht nur die militärische Sicherheit in Eigenverantwortung übernehmen, sondern die politischen und sozialen Spannungen ausgleichen und die ökonomische Entwicklung vorantreiben.



1 Pakistan ist ein sehr junges Land, doch die Politik hat nur wenig für die Jugend zu bieten. Foto: Håkan Löndahl/flickr.com (CC BY-NC 2.0)

Mehr Chancen für die Jugend

Pakistan ist ein sehr junges Land. Bald die Hälfte der rund 180 Millionen Menschen ist unter 18 Jahre. Doch die Aussichten auf Jobs und ein selbstbestimmtes Leben sind schlecht. Die Politik hat nur wenig für die Jugend zu bieten. Die politischen Ämter werden von den angestammten Eliten besetzt, und die bedienen ihre eigenen Interessen. Unser Büro in Pakistan unterstützt Projekte, die bessere Chancen für junge Menschen durchsetzen wollen. Dazu gehört auch, die Jugendlichen erst einmal für Politik zu interessieren. Denn nur eine informierte Jugend kann für ihre Interessen eintreten. Und Jugendliche, die eigene Visionen haben und ihre Perspektiven definieren können, sind weitaus weniger anfällig für konservativ-religiöse Einflüsse. Gerade die Perspektivlosigkeit treibt viele junge Menschen in die Hände extremer Gruppierungen. Wir versuchen, zusammen mit unseren pakistanischen Projektpartnern eine bessere Politik für die Jugend auf den Weg zu bringen. Unsere Partnerorganisation Bargad zum Beispiel baut Studentennetzwerke an verschiedenen Universitäten im ganzen Land auf und erarbeitet Entwürfe für eine Jugendpolitik. In der Provinz Punjab wurden sie bereits erfolgreich verabschiedet. Im Jahr 2014

hat Bargad auch in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa den Austausch unter Studierenden, jugendlichen Abgeordneten der Provinzparlamente und Vertreter/innen relevanter Ministerien organisiert. Ziel ist es, bessere Bildungsmöglichkeiten oder die Einrichtung von Aus- und Weiterbildungsplätzen in der Politik zu verankern. Zukünftig sollen entsprechende Implementierungspläne für beide Provinzen entwickelt werden.

Auch in Afghanistan wollen wir erreichen, dass mehr junge Menschen am politischen Leben teilnehmen. Gemeinsam mit Vertreter/innen verschiedener Jugendgruppen haben wir einen Forderungskatalog entworfen. Er dient der neu gewählten Regierung als Grundlage für die Einbeziehung der Belange von Jugendlichen in die Politik.

Wichtig ist uns auch, die Stimmen der afghanischen Zivilgesellschaft international zu Gehör zu bringen. Im Jahr 2014 reiste eine Delegation afghanischer Frauenaktivistinnen mit Unterstützung der Stiftung in die USA, um sich dort mit politischen Entscheidungsträger/innen über die Zeit nach dem Abzug der internationalen Truppen auszutauschen (siehe auch Seite 7).

Thailand

Eine starke Kluft zwischen Arm und Reich, eine politisch dominante städtische Elite, dazu die weitverbreitete Korruption und Vetternwirtschaft – Thailands innenpolitische Probleme sind seit Jahrzehnten massiv. Im Mai 2014 hat das Militär durch einen Putsch die Macht übernommen. Seither herrscht Kriegsrecht in Thailand. Die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit ist dadurch stark eingeschränkt. Die Gesellschaft ist zutiefst gespalten und verunsichert.

Ein Film über Demokratie in Thailand

Wie sehr die jüngsten Ereignisse die thailändische Bevölkerung erschüttern, zeigt sich am Beispiel der Filmemacher Pen-Ek Ratanaruang und Passakorn Pramunwong. Eigentlich in der Werbe- und Spielfilmbranche tätig, wechselten sie das Genre und drehten «Paradoxocracy», einen politischen Dokumentarfilm zur jüngeren Geschichte Thailands. Der Film fand trotz staatlicher Zensur und Behinderungen beim Vertrieb große Resonanz und wurde landesweit diskutiert. Nun arbeiten die beiden Regisseure mit Unterstützung unseres Bangkokener Büros an einer Fortsetzung. Mitte Februar 2015 waren bei einer Podiumsdiskussion der Stiftungszentrale in

Berlin bereits erste Ausschnitte aus dem noch in der Produktion befindlichen Werk zu sehen.

Prachatai – Stimme der freien Presse

Seit 2004 verbreitet die thailändische Online-Zeitung Prachatai freie und unabhängige politische Berichterstattung. In den zehn Jahren ihres Bestehens hat sich Prachatai professionalisiert und den thailändischen Online-Journalismus neu definiert. Unser Büro in Bangkok kooperiert bereits seit vielen Jahren mit Prachatai. Aus Anlass des runden Geburtstags unterstützte es 2014 die Publikation «Voices of a Free Media. The First Ten Years of Prachatai». ↗

Kambodscha

Nach zähem Ringen und langen Verhandlungen hat 2014 die größte Oppositionspartei, die Kambodschanische Partei zur Nationalen Rettung (CNRP), ihren Boykott der umstrittenen Wahlen von 2013 aufgegeben und ist in das Parlament eingezogen. Die Beteiligung der demokratischen Opposition an politischen Prozessen, die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Menschenrechtslage im Land haben sich dadurch allerdings kaum verbessert. Die jüngste Verabschiedung eines Gesetzespaketes zur sogenannten Reform und Stärkung des Justizsystems gibt der Regierung zudem noch mehr Einfluss auf eine ohnehin politisch gelenkte Richterschaft. Im Zusammenspiel mit der regierungstreuen Polizei wird so jegliche Gewaltenteilung ausgehebelt.

Die besorgniserregende Menschenrechtslage und die anhaltenden Konflikte im Landsektor sind auch ein Erbe der blutigen Diktatur der Roten Khmer, die zwischen 1975 und 1979 einen Völkermord in Kambodscha verübten. Zwar stehen zwei ihrer Anführer derzeit vor Gericht, und gegen zwei weitere wurden jüngst Ermittlungen eingeleitet, doch viele ehemalige führende Rote-Khmer-Kader sind immer noch in wichtigen Positionen, sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik. Eine weitreichende Aufarbeitung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit scheint noch ein langer Weg zu sein.

Menschenrechte unter Druck

Wir arbeiten in Kambodscha mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Schutz der Menschenrechte zusammen. Die zum Teil offene Kritik unserer Partnerorganisationen an der bestehenden Elite führt immer wieder dazu, dass sie politisch unter Druck gesetzt werden. Dabei geht es um elementare Rechte wie körperliche Unversehrtheit, Zugang zu Land und Nahrung, Meinungsfreiheit oder

die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Diese Rechte sind durch willkürliche Verhaftungen, Landgrabbing, Verbote von Demonstrationen oder Nichtbeteiligung von Frauen an politischen Prozessen stark eingeschränkt. Unser Büro in Phnom Penh ist gemeinsam mit den betroffenen Partnerorganisationen Teil eines informellen Netzwerks, das Unterstützung bei der Durchsetzung von Rechten anbietet.

Myanmar

Nach fast fünf Jahrzehnten Militärdiktatur verfolgt Myanmar seit 2011 einen überraschend liberalen Reformkurs. Ende 2015 sollen die nächsten Parlamentswahlen stattfinden. Doch derzeit erschüttern Hetzkampagnen buddhistischer Nationalisten gegen die muslimische Bevölkerung sowie bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der Regierungsarmee und Militäreinheiten ethnischer Minderheiten das Land. Meinungsverschiedenheiten über Autonomieansprüche sowie fehlende Mitbestimmungsrechte bei der Vergabe von Infrastrukturprojekten erschweren die Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und den ethnischen Gruppen.



1 | Dorfbewohnerinnen in der Nähe der Letpadaung-Kupfermine in Myanmar Foto: Christina Warning

Menschenrechtsbeobachtungen im Chin-Staat

I-IV

Diese Konflikte sind auch im Chin-Staat zu spüren. Der rund 500.000 Einwohner/innen zählende Staat liegt relativ abgeschieden im westlichen Teil Myanmars, an der Grenze zu Bangladesch und Indien. Er gehört zu den am wenigsten entwickelten Regionen in Myanmar. Die Bevölkerung ist zu über 90 Prozent christlich und spricht eine Vielzahl eigener Sprachen. Seit 1995 setzt sich die Chin Human Rights Organization (CHRO) für Demokratie in Myanmar, die Belange ethnischer Minderheiten und Rechte der Bevölkerung des Chin-Staates ein. Unser Büro in Bang-

kok unterstützt die Organisation, zum Beispiel im Jahr 2014 bei der Ausbildung lokaler Aktivisten/innen. Sie lernten, menschenrechtlich relevante Fälle zu dokumentieren, und Techniken der Wahlbeobachtung. Nach ihrem Training wurden die Aktivisten in Regionen des Chin-Staates als Beobachter/innen eingesetzt. Ihre Ergebnisse werden in einen unabhängigen Bericht einfließen, den CHRO als Beitrag zum «Universellen Periodischen Überprüfungsverfahren (UPR)» Myanmars beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Jahre 2015 einreichen wird.



II Mobile Essensverkäuferin auf dem Irrawaddy
Foto: Christina Warning



III Frauen am Markt in Katha Foto: Christina Warning



IV Händler/innen bieten Zugreisenden Verpflegung an. Foto: Christina Warning

Mexiko

In Mexiko gehören Gewalt und Unsicherheit zum Alltag. Für große internationale Aufmerksamkeit sorgte im September 2014 der Fall der 43 verschwundenen Studenten. Die jungen Männer waren in der Stadt Iguala festgenommen worden, weil sie in gekaperten Bussen auf dem Weg zu einer Demonstration waren. Auf Anweisung des Bürgermeisters wurden sie von der lokalen Polizei an Gruppen der Organisierten Kriminalität übergeben. Seither sind sie verschwunden. Nur ein Student konnte anhand von Knochenresten identifiziert werden. Der Fall hat in Mexiko, aber auch international eine enorme Welle der Empörung und Proteste ausgelöst. Mindestens 26.000 weitere Personen sind in den vergangenen Jahren in Mexiko verschwunden und nie oder nur tot gefunden wurden.



1 | Angehörige fordern Aufklärung über das Schicksal der verschleppten Studenten. Foto: Timothy Fadek/Redux/laif

Menschenrechte

Seit September 2014 arbeitet das Menschenrechtszentrum Tlachinollan im mexikanischen Bundesstaat Guerrero auf Hochtouren. Auch die Mitarbeiter/innen unserer langjährigen Partnerorganisation Centro Pro Derecho Humano sind im Dauereinsatz. Bei einer Straffreiheit von mehr als 95 Prozent für alle Verbrechen in Mexiko sind Menschenrechtsorganisationen generell sehr gefordert. Im Fall der verschwundenen Studenten sind sie weit über sich hinausgewachsen: Die Angehörigen der Verschwundenen, einfache Bauernfamilien, wurden bei allen Schritten begleitet – logistisch, juristisch, menschlich und politisch: von den Anzeigen vor Ort über die Anzeigen in der Hauptstadt, die Präsenz bei den Protestmärschen im ganzen Land, den Besuch beim Präsidenten Peña Nieto bis hin zur Reise nach Genf zur UN-Menschenrechtskommission. Angst um die Verschwundenen und Wut über die Unfähigkeit und Untätigkeit der staatlichen Stellen wollten in straf-

rechtlich korrekte Anzeigen formuliert und auch in politische Forderungen übersetzt werden. Der Einsatz der zum Teil noch sehr jungen Menschenrechtsaktivist/innen war unermüdlich. Unser Büro in Mexiko-Stadt stand unseren Projektpartnern so gut es ging zur Seite. Mit Veranstaltungen sorgten wir für Öffentlichkeit, Aktivist/innen und andere Anteilnehmende konnten sich austauschen. Einer der Direktoren von Tlachinollan, Abel Barrera, kam im November in die Stiftungszentrale nach Berlin. Er wünschte sich im Namen der Menschenrechtsverteidiger, Studenten und verzweifelten Eltern auch Unterstützung aus Deutschland. Seit Jahren schon verhandelt die deutsche Regierung über ein Abkommen zur Polizeizusammenarbeit mit der mexikanischen Regierung. Mexikos Polizei ist hochgradig korrupt und mit dem organisierten Verbrechen verwachsen. Deutschland hat hier konkrete Einflussmöglichkeiten. Die gelte es zu nutzen, so seine Forderung.

Brasilien

Brasilien ist heute die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas. Doch das brasilianische Entwicklungsmodell hat hohe Kosten. Das zeigen gigantische Projekte wie das drittgrößte Wasserkraft der Welt «Belo Monte». Für ihren Bau werden Regenwald und Ackerflächen überflutet und Indigene vertrieben. Auch sportliche Großereignisse wie Fußball-WM 2014 in Brasilien sind äußerst umstritten. Sie verschlingen Milliarden, die an anderer Stelle fehlen. Zehntausende Menschen wurden für den Bau von WM-Sportstätten verdrängt oder enteignet.

Fußball-WM in Brasilien: Für wen und für was?

Die teuerste WM aller Zeiten verlief weitgehend reibungslos, doch viele Brasilianer/innen hatten wenig Lust zu feiern. Nicht nur wegen des 1:7 im Halbfinale gegen Deutschland. Die Verantwortlichen hatten viele und dauerhafte Verbesserungen versprochen, zum Beispiel in der Infrastruktur. Doch die Realität sah anders aus: Die Stadien wurden unter hohem Druck fertiggestellt – dass sie in kürzester Zeit kostspielige Baumängel aufweisen werden, ist sehr wahrscheinlich. Mehr als die Hälfte der für die WM vorgesehenen Verkehrsprojekte – Straßen, Straßenbahnen, U-Bahnen – kam gar nicht erst zustande. Den bescheidenen Zusatzeinnahmen im Tourismus und im Einzelhandel standen die Rekordkosten von offiziell 8 Milliarden Euro gegenüber. Unser Büro in Rio de Janeiro hat sich intensiv mit den sozialen Kosten der WM beschäftigt. Tausende Familien mussten zum Beispiel ihre Häuser verlassen, um für neue Sportstätten Platz zu machen. In einer interaktiven Übersichtskarte dokumentierten wir die Zwangsräumungen sowie die künstlich angelegten Neubausiedlungen. Viele weitere Karten, Videos, Artikel und Interviews auf Deutsch, Portugiesisch und Englisch finden sich in unserem Webdossier «WM für wen und für was?». In portugiesischer und englischer Sprache erschienen ist unsere stark nachgefragte Studie «Copa para quem e para quê?», ein Vergleich zwischen den Weltmeisterschaften in Deutschland 2006, Südafrika 2010 und Brasilien.

Die vielen Massenproteste in Brasilien anlässlich der Fußball-WM haben gezeigt, das solche Mega-events weit mehr sind als Sportereignisse. Sie haben tiefgreifende gesellschaftliche Folgen: politischer, ökonomischer, sozialer und auch ökologischer Natur. Die WM hat die Brasilianer/innen in dieser Hinsicht stark sensibilisiert, die Olympischen Spiele 2016 in Rio de Janeiro werden zeigen, wie es weitergeht.



|| Imelda Marrufo Nava

Anne-Klein-Frauenpreisträgerin 2014: Imelda Marrufo Nava



Der Anne-Klein-Frauenpreis ging 2014 an Imelda Marrufo Nava aus Mexiko. Die Juristin, Feministin und Frauenaktivistin setzt sich seit Jahren für die Ächtung und Strafverfolgung des Feminizids (Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts) und von geschlechterbasierter Gewalt ein. Sie lebt und arbeitet in Ciudad Juarez, einer mexikanischen Stadt an der US-amerikanischen Grenze, die seit den 90er Jahren traurige Berühmtheit durch die Häufung von Frauenmorden erlangt hat. Straflosigkeit ist dort die Regel, nicht die Ausnahme. Die Jury begründete ihre Entscheidung unter anderem mit Imelda Marrufo Navas Engagement im Netzwerk Mesa de Mujeres, dessen Mitbegründerin sie 2001 war. Mesa de Mujeres hatte erheblich dazu beigetragen, dass die Ermordung von acht Frauen am Stadtrand von Juarez (der Anlass der Gründung des Netzwerkes) vor dem Interamerikanischen Gerichtshof verhandelt und dass der Tatbestand des Feminizids erstmals in einem Urteil als Menschenrechtsverbrechen anerkannt wurde. Der mexikanische Staat wurde in drei Fällen schuldig gesprochen, die Sicherheit, Integrität und Freiheit der ermordeten Frauen sowie ihrer Mütter und Familienangehörigen nicht garantiert zu haben.

Der Anne-Klein-Frauenpreis ist mit 10.000 Euro dotiert. Die Laudatio hielt Claudia Roth, (MdB), Vizepräsidentin des deutschen Bundestages.



Link

http://br.boell.org/sites/default/files/copa_para_quem_2_web_boll_brasil.pdf



Webdossier

www.boell.de/world-cup-fuer-wen



Video der Preisverleihung

www.youtube.com/watch?v=RT440vcEI-I

LSBTI-Rechte sind Menschenrechte

Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechteridentität gibt es weltweit. Seit geraumer Zeit lässt sich jedoch eine deutliche Verschärfung der Menschenrechtssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter*-Menschen (LSBTI) in einzelnen Ländern und Regionen beobachten. Wir sehen die Rechte von LSBTI-Menschen als einen elementaren Bestandteil der weltweiten Umsetzung von Menschenrechten und den Kampf gegen ihre Kriminalisierung als einen wichtigen Beitrag für mehr Rechtsstaat und Demokratie.



1 Rachana Chhoeurng Foto: Steffi Eckelmann

Die Stiftung als bedeutendste Förderin weltweiter LSBTI-Menschenrechtsarbeit!

Die im November 2014 in Berlin von der Dreilinden gGmbH und dem Deutschen Institut für Menschenrechte vorgestellte Studie «Menschenrechte stärken!» weist die Heinrich-Böll-Stiftung als bedeutendste deutsche Förderin internationaler LSBTI-Menschenrechtsarbeit aus. Die Studie untersucht regelmäßig das weltweite Engagement deutscher Institutionen und Organisationen bei der Förderung der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter*-Menschen. Von den 26 Organisationen in Deutschland, die LSBTI-Menschenrechtsarbeit mit insgesamt knapp 1.500.000 Euro förderten, trug allein die Heinrich-Böll-Stiftung über 20 Prozent der Summe bei und war damit 2013 die führende Akteurin in der deutschen Förderlandschaft. Seit vielen Jahren nimmt unser internationales Engagement im LSBTI-Bereich einen bedeutenden Platz in unserer Arbeit ein.

LSBTI in Afrika – ein Überblick

Im Dezember 2013 verabschiedete das ugandische Parlament ein Antihomosexuellengesetz, das einvernehmlichen homosexuellen Geschlechtsverkehr mit lebenslänglicher Haft unter Strafe stellt. Personen, die sich für LSBTI-Rechte engagieren, sollen mit sieben Jahren Gefängnis bestraft werden und die Nichtdenunzierung von LSBTI-Menschen mit drei Jahren.

Nigeria, Gambia, Liberia, Tansania und Tschad folgten mit ähnlichen Gesetzesvorhaben. Homophobe Einstellungen in den Bevölkerungen des Kontinents werden angeheizt durch Hasskampagnen von Politikern sowie religiösen und traditionellen Führern. Dabei verdammen die Verfechter schwulen- und lesbenfeindlicher Botschaften Homosexualität als unafrikanisch und als ein Zeichen importierter Dekadenz aus dem Westen. Sie ignorieren die vorkoloniale Geschichte ihrer eigenen Kulturen, in denen sexuelle Toleranz weit verbreitet war.

Aber es gibt auch Fortschritte: Länder wie die Kapverden und Mauritius haben gleichgeschlechtliche Handlungen entkriminalisiert. In Südafrika bekleiden offen homosexuelle Politiker/innen Regierungsämter. Botswana und Mosambik verbieten Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund der sexuellen Orientierung. LSBTI-Aktivist/innen und Menschenrechtsorganisationen klagen beispielsweise in Kenia erfolgreich ihre Rechte ein. Und in Uganda erklärte das Verfassungsgericht Mitte 2014 das Antihomosexuellengesetz schließlich für ungültig – aufgrund fehlender Stimmen im Parlament. Unser Online-Dossier über LSBTI in Afrika zeigt auf, wie afrikanische Aktivist/innen für ihre Rechte kämpfen und welche Unterstützung ihnen externe Akteure geben können.

📄 Studie

Die Studie «Menschenrechte stärken!» als PDF downloaden: www.dreilinden.org/pdf/StudieRegenbogenPhilantropie3.pdf

🔗 Link

Informationen zur internationalen LSBTI-Menschenrechtsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung: www.boell.de/de/themen/LSBTI

📄 Publikation

Menschenrechte zwischen den Geschlechtern: Vorstudie zur Lebenssituation von Inter*Personen:

www.boell.de/de/2013/10/18/menschenrechte-zwischen-den-geschlechtern

«Es gibt zu wenig Debatten»

Im Gespräch mit der kambodschanischen LSBTI-Aktivistin Rachana Chhoeurng

Wie hat die LSBTI-Arbeit in Kambodscha begonnen?

Es fing Ende der 90er Jahre mit HIV-Projekten an. Die waren beschränkt auf Gesundheitsaspekte von schwulen Männern und Mann-zu-Frau-Transgendern. Erst als auch Lesben in die Projekte integriert wurden, setzte sich die Erkenntnis durch, dass es nicht nur um Gesundheitsversorgung gehen konnte, sondern dass hier Menschenrechte betroffen sind. Am Anfang ging es vor allem darum, Informationen auszutauschen und unsere Lebenswirklichkeiten zu beschreiben. Damals wurde die Rainbow Community Kampuchea (ROCK) gegründet. Es dauerte nochmal zehn Jahre bis zum ersten Gay Pride Day in Phnom Penh. Seitdem sind der Internationale Tag der Menschenrechte und der Gay Pride Day wichtige Daten im politischen Kalender.

Welche Signale kommen aus der Politik?

Premierminister Hun Sen hat sich öffentlich geäußert und angemahnt, dass LSBTI-Menschen nicht diskriminiert werden sollten. Das war nicht immer so. Es scheint nun, dass die Regierung offen ist für eine Unterstützung der LSBTI-Community. Wir haben auch gute Kontakte zum Frauenministerium. Es hat allerdings schwule Männer aus dem Nationalen Aktionsplan herausgenommen, weil sich der Plan auf Gewalt gegen Frauen konzentriert. Es gibt auch eine enge Zusammenarbeit mit UN WOMEN.

Wie stellt sich die Rechtslage in Kambodscha dar?

Im Gesetz von 1998 war Homoehe noch explizit verboten. Mit dem neuen Gesetz von 2002 wurde der Paragraph gestrichen. Zwar gibt es im kambodschanischen Familienrecht immer noch keine explizite Homoehe; es steht lediglich geschrieben, dass Männer und Frauen heiraten können. Es wird aber nicht festgelegt, wen sie heiraten können. Daher werden durchaus gleichgeschlechtliche Partnerschaften in Familienbücher eingetragen, und das Paar kann dadurch z. B. Kinder adoptieren. Es gibt keine Regelung auf Gesetzesebene, daher liegt es vielfach im Ermessen der kommunalen Bürgermeister. Manche Paare werden als Geschwister oder sogar Zwillinge eingetragen, aber die Kommune weiß, dass sie ein Paar sind. Das hat es immer schon gegeben. In der Khmer-Sprache gibt es seit alten Zeiten neutral gebrauchte Begriffe für Homosexuelle. Daher ist es schlicht falsch zu sagen, westliche Organisationen wie die UN hätten Homosexualität nach Kambodscha gebracht oder gar, dass ausländisches Essen zu Homosexualität führe.

Welche Reaktionen gibt es aus der Gesellschaft?

Die Vorstellung, dass sich die Menschen konform zu den traditionellen Erwartungen an Frauen und Männer zu verhalten haben, führt zu Diskriminierung und vielfach zu geschlechtsspezifischer Gewalt. Das fängt schon in frühen Jahren an, wenn Mädchen nicht mit Spielzeug für Jungs spielen dürfen oder sich nicht wie Jungs kleiden dürfen. Wer als Mädchen geboren wurde, soll sich auch als Mädchen kleiden und verhalten. Die Jugendlichen sind dann natürlich hin- und hergerissen zwischen den Ansprüchen der Familie, denen sie gerecht werden wollen, und ihrem inneren Fühlen. Es gibt auch großen Druck in der Familie. Manche werden zum traditionellen Heiler geschickt, als ob man sexuelle Orientierung heilen könnte. Die Jugendlichen werden dadurch nur noch mehr verunsichert und fühlen sich nicht akzeptiert. Transgender leiden mehr unter Diskriminierung als Schwule oder Lesben. Das fängt schon bei der Frage an, wo Transgender auf die Toilette gehen. Manche unternehmen sogar Selbstmordversuche.

Gibt es Diskriminierung aus religiösen Gründen?

Generell ist der Buddhismus offen für sexuelle Minderheiten, es gibt daher zunächst keine Diskriminierung aus religiösen Gründen. Allerdings können offen schwule Männer keine Mönche werden. Viel schwieriger ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt, denn gerade Transgender haben es hier schwer und leiden unter Diskriminierung. Gerade in höheren Positionen oder im Kundenkontakt werden Heterosexuelle bevorzugt. Laut Arbeitsrecht ist Diskriminierung natürlich verboten, aber vor Gericht ist das schwer zu beweisen.

Was kann dagegen getan werden?

Wir arbeiten mit dem Ministerium für Jugend zusammen und haben eine Facebook-Kampagne gestartet, um die Akzeptanz unter Studierenden zu steigern. Wir hoffen, dass sich dadurch langfristig etwas ändert. Es gibt auf dem ASEAN-Level ein internationales Netzwerk von LSBTI-Aktivist/innen, obwohl wir in einigen dieser Länder nicht akzeptiert sind. Und unser Facebook-Netzwerk hat schon über 10.000 Mitglieder. Wir tauschen auf diesem Weg viele Informationen aus und diskutieren über dieses Netzwerk. Wir müssen aber auch in unsere eigene Geschichte schauen. Die Diskussion über Zwangsverheiratung unter den Khmer Rouge hat gerade erst begonnen. LSBTI-Menschen haben besonders darunter gelitten. Noch gibt es keine ausreichenden Daten und viel zu wenige Debatten darüber.

Stärkung der Demokratie, auch in Deutschland

Demokratie muss auch hierzulande beständig weiterentwickelt werden. Viele Bürgerinnen und Bürger sind derzeit kaum noch politisch aktiv. Vor allem Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten haben sich zurückgezogen: Sie gehen in großer Zahl nicht mehr wählen. Auch Migrantinnen und Migranten sind im öffentlichen Leben unterrepräsentiert. Mit unseren Projekten setzen wir uns dafür ein, Demokratie lebendig zu gestalten – in der Gesellschaft, in Parteien und Institutionen.



Exkursion «Neue Quartiere» am Rande des 4. Kommunalpolitischen Bundeskongresses

Update für Demokratie

In Deutschland sehen sich viele Bürger/innen durch die Politik und ihre Institutionen nicht mehr allzu gut repräsentiert. Was läuft schief in unserer Demokratie? Innerhalb unseres Verbundprojekts «Gut vertreten? Update für Demokratie» beschäftigen wir uns auf Veranstaltungen mit der Frage, was verbessert werden sollte. Zum Beispiel bei den politischen Parteien. Sie stehen derzeit ganz besonders unter Druck. Aus verschiedenen Gründen gehen die Menschen nicht mehr wählen, sie haben anscheinend das Vertrauen in die Parteien verloren. Auf unserer Fachtagung «Woher? Wohin? – Die Zukunft der Parteiendemokratie» im November 2014 analysierte der Politikwissenschaftler Richard Stöss die Ursprünge und Funktionen der Parteien in Deutschland, beleuchtete ihre nationale Entwicklung und stellte in acht Thesen Überlegungen zu ihrer Zukunft an. Sie sind nachzulesen auf unserer Website www.gutvertreten.boell.de

Dort finden sich auch Videos, Analysen und Positionspapiere aus weiteren Veranstaltungen des Projekts.

Im Frühsommer 2015 wird ein Sammelband vorliegen, der aufzeigt, in welchem Maß die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, landespolitisch Demokratieformen voranzubringen – unter anderem durch Transparenzgesetze, Kommunalsatzungen oder mit Programmen für Toleranzkultur und Engagement.

Wie dringend notwendig ein «Update für Demokratie» ist, machten auch die diffus modernefeindlichen Bewegungen seit Herbst 2014 deutlich, an deren Spitze sich die sogenannte Pegida setzte. Unmittelbar konfrontiert damit waren vor allem die Kolleg/innen der Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen. Sie haben dieses vorwiegend sächsische und insbesondere Dresdner Phänomen analysiert, haben versucht, es einzuordnen, und sich in den heftig

Web

Auf der Website www.gutvertreten.boell.de finden sich Videos, Analysen und Positionspapiere

aus unseren Veranstaltungen des Projekts «Update für Demokratie»

Lesetipp

«Warum gerade Dresden», eine Analyse von Dietrich Hermann, Mitglied der Grünen Akademie. Nachzulesen auf www.boell.de



II Forum Bildung auf dem Kommunalpolitischen Bundeskongress



III Fritz Kuhn, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

ausgetragenen Diskurs mit Veranstaltungen und Publikationen eingemischt. Wir wollen deutlich machen, dass mit Pegida, ihren Ablegern und ihren Unterstützer/innen vor allem in der AfD eine aggressive Konfrontation mit den Grundwerten einer offenen, pluralen und solidarischen Gesellschaft, einer Gesellschaft des argumentativen Streits zu Tage tritt. Doch Aufklärung zu Fakten und Realitäten stößt hier an ihre Grenzen. Als politische Stiftung sind wir gefragt, selbst für eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur einzustehen.

➤ Doku des Kongresses

www.boell.de/de/2014/11/10/4-kommunalpolitischer-bundeskongress

Kommunalpolitischer Bundeskongress in Stuttgart: Städte und Gemeinden grün gestalten!

I-III

Alle zwei Jahre trifft sich die grüne Kommunalpolitik-Gemeinde zum Kommunalpolitischen Bundeskongress. Passend zum Stiftungsprojekt «Gut vertreten? Update für die Demokratie» war 2014 die kommunale Bürgerbeteiligung eines seiner Motos. Unter dem Titel «Für eine grüne Politik kommunaler Bürgerbeteiligung» hatte eine Expert/innen-Gruppe zuvor eine Erklärung erarbeitet. In einer prominent besetzten Talkrunde – unter anderem mit der baden-württembergischen Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler und dem Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer – wurde sie lebhaft mit dem Publikum diskutiert. Es ging unter anderem um das Verhältnis von direkter zu repräsentativer Demokratie. Gemäß der Studie «Partizipation im Wandel» akzeptieren nur noch 43 Prozent der Bürger/innen, wenn Gemeinderäte Entscheidungen gegen das Votum der Bürger/innen in einzelnen Sachfragen treffen. Die Einschätzung, Gemeinderäte hätten in einer solchen Atmosphäre Angst, sich zu positionieren, wurde von Podium und Publikum geteilt. «Gehört werden heißt nicht automatisch: erhört werden», kommentierte Boris Palmer. Gisela Erler erteilte den praktischen Rat: «Probiert die kleinen Formate!»

Im Plenum zum Postulat der «Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse» in Stadt und Land konstatierte Rainer Klingholz vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: «Wir müssen akzeptieren, dass die Gleichwertigkeit vermutlich ein Hirngespinnst ist.» Konsens herrschte darüber, dass man gegen «Entleerung nicht anfordern» könne, so Hilmar von Lojewski, Dezernent für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr des Deutschen Städtetages. Chancen für den ländlichen Raum sah Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, in der dezentralen Energieproduktion, in der Veredelung landwirtschaftlicher Produkte bis hin zu Biotechnologie und Tourismus.

Mit weiteren Foren, unter anderem zu bezahlbarem Wohnraum, Kommunalfinanzien, Bildungslandschaften oder Verkehr, mit Exkursionen und nicht zuletzt einer Party bot der Kongress reichlich Gelegenheit, sich gegenseitig auszutauschen. Organisiert wurde er von der Bundesstiftung in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg.

□ Positionspapier

Hinweise zum Umgang von Politik und Verwaltung mit Bürgerbeteiligung:

www.boell.de/sites/default/files/positionspapier_fuer_eine_gruene_kultur_kommunaler_buergerbeteiligung_kommbuko.pdf

Was ist die grüne Erzählung?

Wenn die Welt sich rasant verändert, wächst das Bedürfnis nach Orientierung. Genau das ist der Sinn politischer Erzählungen. Sie geben Orientierung über die Tagespolitik hinaus und bringen ein emotionales Element in den politischen Diskurs, ohne das es kein politisches WIR gibt. In Nachbetrachtung der Ergebnisse der Bundestagswahl 2013 haben wir auf unserem ersten Kongress in der Reihe «Was ist die grüne Erzählung?» Anfang April 2014 nach den originären und originellen Geschichten der Grünen gefragt. Hier ein paar Antworten von Teilnehmerinnen und Teilnehmern unseres Kongresses:



I Andreas Brandhorst, Referatsleiter im Bundesministerium für Gesundheit

« Bei der grünen Erzählung geht es sehr stark um die Ermöglichung von Selbstbestimmung. Das heißt, es geht gar nicht um eine festgefügte Art, die Welt zu sehen, sondern es geht letztendlich darum, dass Menschen die Möglichkeit haben, Dinge selbstbestimmt zu tun – jedoch immer in Rücksichtnahme auf andere. Es ist diese ganz eigene Verbindung von Selbstbestimmung und Solidarität, die Grüne von anderen unterscheidet. »



II Anna Lena Düren, Neuropsychologie-Studentin und Stipendiatin der Stiftung

« Für mich ist die grüne Geschichte eine Erzählung der grünen Kernthemen, an der wir uns orientieren können. Bei Themen wie Atomkraft oder Energie ist diese Erzählung eindeutig, aber bei Themen wie Freiheit, Soziales oder Migration, da haben wir nicht so eine Geschichte. Diese Erzählungen zu klären wäre wichtig, damit man nicht andauernd überlegen muss, wo man eigentlich hin will. »



III Lisa Herzog, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung der Goethe-Universität Frankfurt

« Es gibt sicher viele grüne Erzählungen. Eine, die zu stärken sich lohnen würde, ist die der Bürgerrechts-tradition. Elementare Freiheitsrechte müssen heute nicht nur vor dem Zugriff durch den Staat, sondern auch durch unregulierte Märkte geschützt werden. »

«Die grüne Erzählung hat für mich viel mit der Überlegung zu tun: Wie viel Staat möchte man haben, und wo möchte man den Staat haben? Das ist für mich auch die Frage, wie der Staat die Lebensgestaltung des Einzelnen unterstützt. Dabei spielt der Begriff der Inklusion eine Rolle. Das heißt, dass man den Staat nicht als eine abgeschlossene Institution betrachtet, sondern dass man auf die Bürgerinnen und Bürger zugeht und versucht, sie zum Staat zu bringen. Das ist für mich etwas Urgrünes. »



iv Philipp Jung, Physikstudent

«Die grüne Erzählung ist für mich eine Erzählung, die unterschiedliche Bausteine des Sozialen, der Ökologie und des Verhältnisses zum Staat in ein Narrativ verwebt, das dazu dienen könnte, Leute davon zu überzeugen, dass es sich bei den Grünen eben nicht um eine Single-Issue-linksbürgerliche Milieupartei handelt. Sondern um eine Partei, die zukunftsfähige Antworten auf alle großen Herausforderungen einer modernen Gesellschaft bietet. »



v Andreas Baumer, Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg

«Die grüne Erzählung verbindet unterschiedlichste Begrifflichkeiten: Es geht dabei an erster Stelle um Nachhaltigkeit, das heißt, das Denken an zukünftige Generationen auf allen möglichen Ebenen. Es geht dabei um das gute Leben, um die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen. Es geht dabei um Solidarität, also um einen Gemeinschaftssinn und gleichzeitig um die Freiheit des Individuums. Dieses Verhältnis von Gemeinschaft auf der einen Seite und Vielfalt und Individualität auf der anderen – das sind für mich die Kernbotschaften der grünen Erzählung. »



vi Bastian Hermisson, Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington

Fazit: Bei aktuellen Themen wie der Energiewende darf es nicht nur um Zahlen gehen. Es muss daraus eine Erzählung entwickelt werden, die Zuversicht vermittelt und die zeigt, wie unser Leben und die Welt neu und besser gestaltet werden können.

Eine grüne Erzählung von Freiheit könnte sich als Mosaik all derer entwickeln, die anders sind oder anders sein wollen. Im Umgang mit Ausgrenzungen in der Gesellschaft liegt viel Stoff für ein grünes

Narrativ. Dazu gehört eine Erzählung des Zugewinns von Selbstbestimmung und Autonomie ebenso wie die der Gestaltung unserer öffentlichen Institutionen.

Grüne Politik hat den Anspruch, ihre Themen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Um das glaubhaft vermitteln zu können, muss sie den Menschen zuhören und deren Erzählungen in die grüne Erzählung einbinden.

📄 **Online-Dokumentation**

www.boell.de/de/dokumentation-was-ist-die-gruene-erzaehlung



Für ein starkes und geeintes Europa

Noch ist die Eurokrise nicht ausgestanden und die wirtschaftliche Schwäche in weiten Teilen Europas nicht überwunden. Aber fest steht: Die Finanzkrise hat die Europäische Union tiefgreifend verändert. Der Aufschwung des Front National in Frankreich und anderer populistischer Parteien von rechts und links in Europa signalisiert die starke Wiederkehr nationaler Egoismen. Jetzt geht die Grundsatzdebatte über die Zukunft der EU erst richtig los: Wie viel Europa wollen wir, wozu brauchen wir Europa, welche Rolle soll Europa in der Welt im 21. Jahrhundert spielen? Die Krise in der Ukraine führt uns gerade vor Augen, wie wichtig ein einiges und handlungsfähiges Europa ist. Ob daraus eine Stärkung der Institutionen der EU hervorgeht, ist und bleibt aber eine offene Frage. Wir wollen die Debatte über nötige Reformen befördern. Wir denken europäisch, bringen Stimmen aus Europa und damit Europas Vielfalt zu Gehör und stellen unsere Arbeitsergebnisse europaweit zur Diskussion.

Populismus in Europa

Bei den Europawahlen im Mai 2014 haben integrationsfeindliche und nationalistische Kräfte europaweit deutlich gewonnen, wenngleich mit großen Unterschieden zwischen einzelnen Ländern. Während in den Ländern Südeuropas, die von der Eurokrise am stärksten betroffen waren, vor allem linke Parteien gewonnen haben, konnten rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in den meisten nördlichen Ländern deutlich zulegen.



! Kampagne «Select Respect» gegen Rassismus und Diskriminierung in Griechenland

Ungarn: Strategien gegen Rechtsextremismus

In Ungarn wurde im April 2014 ein neues Parlament gewählt. Ministerpräsident Viktor Orbán ging mit der Partei Fidesz als Sieger dieser Wahl hervor. Seine rechtspopulistische Regierung hat ihre 2010 gewonnene Zweidrittelmehrheit für eine autoritäre Wende genutzt. Auch aufgrund einer von der Orbán-Regierung im Alleingang verabschiedeten Änderung des Wahlgesetzes gewann die Regierungallianz aus Fidesz und KDNP (Christlich-Demokratische Volkspartei) bei einer Wahlbeteiligung von 62 Prozent über 90 der insgesamt 106 Direktmandate. Im neu gewählten Parlament verfügte die Regierung mit knapp 45 Prozent der abgegebenen Stimmen abermals über eine Zweidrittelmehrheit, die sie bei der Nachwahl für einen Parlamentssitz im Februar 2015 verlor. Das Oppositionsbündnis «Regierungswech-

sel» erhielt nur knapp 26 Prozent der Zweitstimmen. Die grüne LMP übersprang die Fünf-Prozent-Hürde.

Erschreckend sind die Erfolge der rechtsextremen Partei Jobbik, die bei der Parlamentswahl 20 Prozent erzielte. Auch bei den Kommunalwahlen im Herbst legte Jobbik zu: In 18 von 19 regionalen Verwaltungsbezirken wurde sie zweitstärkste Partei, auch in den Großstädten gewann Jobbik im Vergleich zu 2010 dazu.

Seit 2014 unterstützen wir ein Projekt des ungarischen Political Capital Institute und des Social Development Institute. Die beiden Institute entwickeln Strategien gegen Rechtsextremismus und untersuchen darüber hinaus auch die Verbindungen europäischer rechtsextremer Parteien zu russischen Machteliten. Erste Ergebnisse dieser Recher-

Web

Weitere Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine pluralistische Gesellschaft unter:

www.boell.de/de/rechtsradikalismus-rechtspopulismus-rassismus

Policy Paper

Gemeinwesenarbeit und Demokratie:
www.boell.de/de/2014/11/03/policy-paper-gemeinwesenarbeit-und-demokratie

Kampagne

<http://selectrespect.org/>



II Mit Bierdeckeln und Plakaten gegen jede Form von Diskriminierung. Foto: Select Respect

chen wurden bei der Forum 2000-Jahreskonferenz in Prag und auch in Berlin bei einem Fachgespräch vorgestellt. Laut einer Studie des Political Capital Institute ergreifen 15 von 24 einflussreichen europäischen Rechtsparteien offen Partei für Putin, sechs weitere sind offen für solche Bündnisse. Eine ganze Reihe von Schnittmengen sind offenkundig: die antiwestliche Einstellung und der offenkundige Antiamerikanismus, das autoritäre Politikverständnis, die Verachtung der «liberalen Dekadenz», das konservative Familienbild, die Homophobie etc. Sie alle treffen sich in der Gegnerschaft zur Europäischen Union. Fazit der Fachgespräche: Die Ultrarechten sind für den Kreml eine Art Trojanisches Pferd, um die EU von innen heraus auszuhöhlen. Darüber hinaus dienen sie als Multiplikator/innen für russische Propaganda im Westen, von den Parlamenten bis ins Internet. Umgekehrt verschafft ihnen der Kreml die Anerkennung, die ihnen so wichtig ist.

Netzwerk gegen menschenverachtende Ideologien

Gemeinsam mit der Amadeu Antonio Stiftung bauen wir derzeit ein Netzwerk gegen menschenverachtende Ideologien und für eine demokratische Alltagskultur auf. Wir wollen Menschen aus Mittel-, Ost- und Südeuropa, die gegen Fremdenhass und Diskriminierung kämpfen, mit ihren Kolleg/innen aus Deutschland zusammenbringen und einen Austausch ermöglichen. Im Jahr 2014 kamen dazu Vertreter/innen der ungarischen Zivilgesellschaft nach Deutschland und lernten Nichtregierungsorganisationen in Berlin und Dresden kennen. Ein Besuch des Berliner Stadtteils Marzahn-Hellersdorf, wo Rechtsextreme immer wieder gegen Flüchtlinge und die Errichtung von Unterkünften aufmarschieren, aber auch der Pegida-Hochburg Dresden führte die Gruppe aus Ungarn an Orte, wo die Auseinandersetzung der demokrati-

schen Zivilgesellschaft mit Intoleranz und Ausgrenzung unmittelbar stattfindet. Geplant sind weitere Austauschreisen mit Kolleg/innen aus Tschechien, der Slowakei, Griechenland und Polen.

Fachkommission Rechtsextremismus

Anfang 2014 haben wir gemeinsam mit unseren Landesstiftungen die Fachkommission «Ideologien der Ungleichwertigkeit und Neonazismus in Deutschland» ins Leben gerufen. Schnell zeigte sich, dass sich die Arbeit der Kommission nicht auf die Ränder der Gesellschaft beschränken darf, alle gesellschaftlichen Gruppen müssen in den Blick genommen werden. Im November 2014 legte die Kommission ihr erstes Policy Paper «Gemeinwesenarbeit und Demokratie» vor, das sich mit der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Gemeinden und Städten beschäftigt. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass gerade die kommunale Arbeit einer externen Beratung und Begleitung bedarf, die u. a. durch Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen geleistet wird. Darüber hinaus sind hier aber in speziellen Problemlagen auch längerfristige Interventionen notwendig, die über die von Mobilen Beratungsteams leistbaren zeitlichen und personellen Möglichkeiten hinausgehen – dafür braucht es in den Kommunen angestellte professionelle Fachkräfte. Erst durch eine längerfristige Vor-Ort-Arbeit unter Beteiligung der Bürger/innen kann eine fundierte Beratung erfolgen.

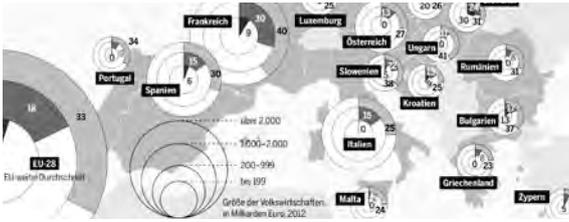
Griechische Kampagne gegen Rassismus und Diskriminierung

Unser Büro in Thessaloniki hat kurz vor den Europawahlen gemeinsam mit griechischen Menschenrechtsorganisationen die Kampagne «Select Respect» gestartet. Die Kampagne will Zeichen setzen gegen Nationalismus, Rassismus und Diskriminierung jedweder Art. Auf Bierdeckeln erinnern Symbole grundlegender Bedürfnisse und Werte wie Liebe, Gesundheit oder Gerechtigkeit daran, dass deren Verwirklichung unabhängig von der Hautfarbe ist bzw. sein sollte. Die Bierdeckel wurden auch an Restaurants und Kneipen verteilt. Teil der Kampagne war auch ein 68-seitiger Bericht über die aktuelle Situation von Rassismus und Diskriminierung in Griechenland. Er liefert Analysen und Fakten über die komplexen gesellschaftspolitischen Ursachen der Reproduktion von rassistischen und diskriminierenden Einstellungen und Verhaltensweisen in weiten Teilen der griechischen Gesellschaft.

I-II

Download

Racism and Discrimination
in Greece today:
[http://gr.boell.org/en/2014/
10/14/racism-and-discrimi-
nation-greece-today](http://gr.boell.org/en/2014/10/14/racism-and-discrimination-greece-today)



I «Chefinnen und Managerinnen in Unternehmen» – eine von vielen Grafiken des Europa-Atlases Foto: CC-BY-SA

«Europa-Atlas – Daten und Fakten über den Kontinent»

Europa ist mehr als Schuldenkrise, Bürokratie und nationale Kleingeisterei. Dies zeigt der «Europa-Atlas», den wir gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, dem European Council of Foreign Relations und *Le Monde diplomatique* im Vorfeld der Europawahlen herausgegeben haben. Europa ist nach wie vor Sehnsuchtsort vieler Menschen. Es verkörpert Wohlstand und Frieden. Europa heißt aber auch Vielfalt, es ist komplex und voller Unterschiede. In 20 Kapiteln liefert der Atlas Wissenswertes über Europa und räumt nebenbei mit mancherlei Klischees auf:

- Pro Kopf sind es die Länder Schweden, Dänemark und Luxemburg, die am meisten netto in den EU-Haushalt zahlen, nicht Deutschland.
- Die Dänen sind von allen Europäer/innen am ehesten davon überzeugt, dass ihre Stimme in der EU zählt, die Griechen und Zyprioten dagegen am wenigsten.
- In den Vorzeigeländern Schweden, Finnland und Dänemark sind zwar rund drei Viertel der Frauen erwerbstätig, aber es gibt fast keine weiblichen Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzende.
- Die stärkste Bevölkerungszunahme wird künftig im Norden und Westen Europas zu verzeichnen sein, während in Ost- und Mitteleuropa die Bevölkerung schrumpfen wird.
- Der deutsche Atomausstieg ist mitnichten ein Sonderweg, nur in 14 der 28 EU-Mitgliedsstaaten wird überhaupt Atomstrom produziert.
- Die EU ist aktuell in 15 zivilen und militärischen Auslandseinsätzen aktiv.
- Die meisten Facebook-Nutzer/innen gibt es in der Türkei.

Mit einer Gesamtauflage von mehr als 100.000 Exemplaren war der Atlas sehr gefragt. Auch in Schulklassen kam er vielfach zum Einsatz.

Publikation und Download

Europa-Atlas – Daten und Fakten über den Kontinent
3. Auflage, Berlin 2015,
50 Seiten
Download: www.boell.de



II Ulrike Liebert, Politikwissenschaftlerin, auf der Konferenz «Gleichstellungsprojekt Europa?»

Gleichstellungsprojekt Europa?

Die Europäische Union gründet auf einer Reihe von Werten, darunter auch jenen der Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Sie wird eigens in der Grundrechte-Charta der EU betont (Artikel 23). Aber auf welche Weise setzt die EU den Wert der Gleichstellung der Geschlechter durch? Und welche Herausforderungen stehen für die nächsten Jahre an? Die Konferenz «Gleichstellungsprojekt Europa?» des Gunda-Werner-Instituts in der Heinrich-Böll-Stiftung zog im März 2014 Bilanz und diskutierte Ansätze für eine europäische Geschlechterpolitik, vor allem mit Blick auf Rechtspopulismus, Menschenhandel sowie die Friedens- und Flüchtlingspolitik.

Viele der rund 200 Besucher/innen waren überrascht zu hören, wie negativ die internationalen Referent/innen die Auswirkungen der deutsch geprägten EU-Politik auf die Lebensbedingungen z. B. von Frauen und Minderheitengruppen erleben und einschätzten. Ein Panel zu Rechtspopulismus in Europa verdeutlichte, wie Homophobie, Sexismus, Rassismus und Xenophobie in vielen europäischen Ländern einhergehen mit Rechtspopulismus und Nationalismus. Neokonservative Geschlechterrollenbilder werden wieder populärer und stellen emanzipatorische Geschlechterpolitiken in Frage. Ein weiteres Panel vermittelte, wie viel mehr an politischem Handlungsbedarf hinter den Begriffen Menschenhandel und Zwangsprostitution steckt, als in der alltäglichen Debatte vermittelt wird. Betont wurde, dass zwischen Zwangsprostitution (Menschenhandel zum Zwecke der körperlichen und sexuellen Ausbeutung) und Sexarbeit klar zu unterscheiden sei und dass die Debatten darüber oft unzulässig vermischt würden.



III Ska Keller



IV Niels Spierings

Webdossier

«Gleichstellungsprojekt Europa» mit zahlreichen Beiträgen und Interviews aus EU-Ländern:

www.gwi-boell.de/de/dossier-gleichstellungsprojekt-europa

Europas gemeinsame Zukunft

Die Europäische Union steht vor der Entscheidung: Geht sie den Weg in Richtung mehr Gemeinsamkeit, oder verabschiedet sie sich vom Projekt einer europäischen Integration? Schon jetzt nehmen nationale Ressentiments zu, und bereits überwunden geglaubte Gräben reißen wieder auf. Die EU muss ihre Institutionen stärken. Und sie muss ihren Bürger/innen eine stärkere Beteiligung ermöglichen. Hier ist es besonders wichtig, dass sich auch die nachfolgenden Generationen für die Idee eines gemeinsamen Europas engagieren. Nur so wird die europäische Integration eine Zukunftsperspektive haben.



v «Reclaiming our Future» – unter diesem Motto stand die Jugendkonferenz in Thessaloniki

Mehr Austausch unter der europäischen Jugend

Die wirtschaftliche und politische Krise trifft vor allem die jungen Menschen in den Ländern Süd- und Südosteuropas. Durch die anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit schwinden bei Millionen junger Europäer/innen die Zuversicht und der Glaube an Europa. Und damit schwindet auch die Energie, die ein alternder Kontinent braucht. «Reclaiming our Future» – wir wollen unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen, war das Motto einer viertägigen Jugendkonferenz im Mai 2014 in Thessaloniki. Organisiert wurde sie von unserem Büro in Griechenland zusammen mit acht weiteren Stiftungsbüros sowie griechischen und europäischen Partnern. Ziel war es, Strategien für mehr Mitsprache- und Beteiligungsrechte für Jugendliche zu erarbeiten. Ihre Stimmen sollen gehört und ihr Tatendrang nicht länger gebremst werden. Die Konferenz ermöglichte einen regen Austausch unter den jungen Europäer/innen. In Workshops, öffentlichen Foren und Begleitprojekten diskutierten sie den Wert der europäischen Zusammenarbeit für die Interessen der Jugend, erarbeiteten Strategien

für eine erfolgreichere Vertretung dieser Interessen und verabredeten gemeinsame europäische Projekte wie das Sustainable Energy Youth Network oder das Network Social Economy.

Im Herbst unterstützten wir das europäische Netzwerk European Alternatives bei der Durchführung eines Workshop-Camps mit jungen europäischen Aktivist/innen. Das Camp fand unter dem Motto *#FixEurope* im Schloss Wartin bei Berlin statt. Es ging vor allem um die Frage, wie sich die Bürger/innen in europäische Politik einmischen und sie mitbestimmen können. In Seminaren zu Kampagnenführung, zu Leadership oder der Nutzung sozialer Netzwerke konnten die Aktivist/innen ihr Wissen erweitern. Im Anschluss an das Workshop-Camp fand eine Konferenz in Berlin statt. Unter den Gästen war auch die New Yorker Soziologin Saskia Sassen von der Columbia University. Sie machte deutlich, welche Chancen mit transnationalem Engagement verbunden sind. Bürgerschaft definierte sie über deren gesellschaftlichen Beitrag.

v

Blog

Blog Young Voices of Europe: <http://young-voices.boellblog.org/>

Serbien zwischen den Stühlen – zwei Publikationen unseres Büros in Belgrad

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlangte das sozialistische Jugoslawien Ansehen und Einfluss durch eine geschickt inszenierte Politik der Blockfreiheit zwischen dem kommunistischen Osten und dem demokratisch-kapitalistischen Westen. Der Zusammenbruch des Kommunismus und die Überwindung der Blöcke ließen auch Jugoslawien zerfallen. Als auch das Nachfolgeprojekt eines Großserbien blutig scheiterte, war für alle Völker des Balkans der Weg frei für die Annäherung an den Westen. Ein beschwerlicher Weg, der über räuberische Privatisierungen, Elitenwillkür und Verarmung führt. Am schwersten tun sich damit heute Serbien und die serbische Entität in Bosnien-Herzegowina. Hier kommt das Gefühl hinzu, dass die durch die Nato herbeigeführte Niederlage von Diktator Milošević keine Befreiung war und dass der eigentliche Freund der Serben Russland sei. Russland habe zwar nicht geholfen, aber wenigstens auch nicht angegriffen. Serbien strebt heute zwar in die EU und führt Beitrittsverhandlungen. Doch seine eigentliche Chance sieht es seit dem Krieg in der Ukraine in einer Position zwischen der EU und Russland. Serbien hat sich den von der EU verhängten Sanktionen gegen Russland nicht angeschlossen und will vorerst vom Unterlaufen der Sanktionen profitieren. Im Jahr 2014 hat es seine Agrarexporte nach Russland fast verdoppelt. Wie sich Russlands Einfluss in Wirtschaft, Sicherheitsapparaten und politischer Kultur Serbiens manifestiert, mit welchen Propagandamitteln er unterfüttert und mit welchen energiewirtschaftlichen Druckmitteln Moskau Gefolgschaft erzwingt, zeigen zwei Publikationen unseres Büros in Belgrad: «The Western Balkans and the Ukraine crisis – a changed game for EU and US policies?» und «Serbien zwischen allen Stühlen – Will Serbien der russischen Einflusszone angehören oder der Europäischen Union beitreten?».

taz.lab: I love EU – Solidarität ist machbar

Im April 2014 haben wir uns mit drei Podiumsdiskussionen am «taz.lab 2014» im Berliner Haus der Kulturen der Welt beteiligt. Solidarität ist machbar war das Motto. Das Programm bestach durch seine Vielfalt: Neben einigen Podien zu hochaktuellen politischen Fragen – zum (Rechts-)Populismus, zur Ukraine, zur «Orbanisierung» Europas oder zur NSA-Snowden-Krise – gab es eine Fülle von Angeboten zur Annäherung an das, was wir Europa nennen: Nachbarschaft, Heimat, Demokratie, Partizipation, Sicherheit. Wir waren auf dem «taz.lab» mit folgenden Themen vertreten: «Zwischen Verheißung und Enttäuschung – Wie weiter mit Europa?», «Gefährdet die EU die Energiewende oder braucht die Ener-

giewende die EU?» und «Europas Jugend – Solidarität in Zeiten der Krise».

10 Jahre in der EU: Ansichten aus der Slowakei und Tschechien

10 Jahre nach der EU-Osterweiterung und 25 Jahre nach der Samtenen Revolution fehlt in der Slowakei und in Tschechien ein lebendiger öffentlicher Diskurs zur Zukunft des europäischen Projekts. Die Beteiligung an den Europawahlen im Mai lag in beiden Ländern unter 20 Prozent, in der Slowakei sogar bei nur 13 Prozent. Wo liegen die Ursachen für diese Entwicklungen? Wie veränderten sich in den letzten 10 Jahren die demokratischen Institutionen und die politische Kultur? Welche Hoffnungen verbinden die Bürger/innen mit der EU-Mitgliedschaft? Diese und weitere Fragen stellten wir 18 renommierten Autor/innen aus der Region. Ihre Beiträge sind ein Appell an politische Entscheidungsträger/innen, sich aktiver in die Debatte zur Zukunft der EU einzubringen und einen Beitrag zur Vertiefung der europäischen Integration zu leisten. Die slowakisch-tschechische Publikation «Desat rokov v Únii: Slovenská a česká cesta» (Zehn Jahre in der EU: Der slowakische und tschechische Weg), die in Zusammenarbeit mit dem Institute for Public Affairs (IVO, Bratislava) herausgegeben wurde, kann auf der Website unseres Prager Büros heruntergeladen werden. 

Europäisches Geschichtsforum 2014

100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges und 75 Jahre nach Beginn des Zweiten fanden vielerorts Gedenkveranstaltungen statt. Auch unser Europäisches Geschichtsforum im November beschäftigte sich mit den Kriegen des 20. Jahrhunderts und untersuchte die Indienstnahme von Geschichtsschreibung zum Zwecke von Krieg und Propaganda. Die Teilnehmenden kamen aus Deutschland, Ost- und Südosteuropa, Polen und dem Südkaukasus. Ob es sich um neue Putin'sche Verratstheorien vom Vorabend des Ersten Weltkrieges oder um die Renaissance der Heldenverehrung von Gavrilo Princip handelte – der derzeitige Informationskrieg um die Ostukraine drängte sich als Parallele auf. Die junge Kiewer Aktivistin Margaryta Gontar erntete entsprechenden Beifall, als sie ihre Informationsplattform zur Entlarvung von russischen Falschmeldungen, «Stop Fake», vorstellte.

Die von uns in Kooperation mit unserem russischen Partner Memorial gemeinsam begonnene Initiative «Europäisches Geschichtsforum» hat das Ziel, vor allem jüngeren Historiker/innen und Mitarbeiter/innen von Museen, Medien und Nichtregierungsorganisationen aus Ost-, Südost- und Westeuropa die Gelegenheit zum Austausch zu geben.



«Reshaping Europe» –
unser EU-Blog:
[http://reshaping-europe.
boellblog.org/](http://reshaping-europe.boellblog.org/)



Büro Prag
www.cz.boell.org

Europas Flüchtlingspolitik

50 Millionen Menschen, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, sind weltweit auf der Flucht. Die meisten suchen Schutz vor Krieg und Gewalt – zunächst in ihren eigenen oder in den Nachbarländern. Nach Europa kommen vergleichsweise wenig. Es sind vor allem der Libanon, Jordanien, die Türkei, die die meisten syrischen Flüchtlinge aufnehmen, oder Pakistan, das seit Jahren Flüchtlingen aus Afghanistan Zuflucht bietet. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich zwar mit der Genfer Flüchtlingskonvention zum Schutz von Flüchtlingen verpflichtet, dennoch tut die Gemeinschaft eine Menge, um sie von der Union fernzuhalten. Mehr als 3.000 Flüchtlinge sind im Jahr 2014 bei dem Versuch gestorben, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen.



I Szene aus dem Film «Harragas»
(Algerien 2009, 98 min.)

Filmtage über Flucht und Migration

Am 3. Oktober 2013 ertranken vor der italienischen Küste bei Lampedusa über 360 Flüchtlinge. Knapp ein Jahr danach kündigte die italienische Regierung an, die infolge der Tragödie eigens eingerichtete Seenot-Rettungsaktion «Mare Nostrum» aus Kostengründen zu beenden. Eine nennenswerte Reform der EU-Flüchtlingspolitik, die Schutzverantwortung und Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt, ist dagegen nicht auszumachen, und weiter sterben Tausende auf dem gefährlichen Weg nach Europa. Auf unseren Filmtagen über Flucht und Migration im Oktober 2014 in Kooperation mit dem Kino Arsenal zeigten wir Bilder von der anderen Seite des Meeres: Geschichten über Menschen, Ziele und Hoffnungen, über die Fliehkräfte bewaffneter Konflikte und die Orte des Transits. Das öffentliche Interesse am Thema ist groß, das zeigten die vielen Besucher/innen und die regen Diskussionen mit Regisseur/innen und Protagonist/innen im Anschluss an die Vorführungen. Zum Abschluss der Filmtage diskutierten die Filmemacher Stefano Liberti und Zakaria Mohamed Ali, Dr. Jörg Bentmann vom Bundesministerium des Innern, die grüne Europaabgeordnete Ska Keller und Günter Burkhardt von Pro Asyl vor 300 Gästen Handlungsoptionen und -barrieren einer humaneren Flüchtlingspolitik in Europa.

Doku

Dokumentation unter:
www.boell.de/de/refuge-filmtage-flucht-und-migration



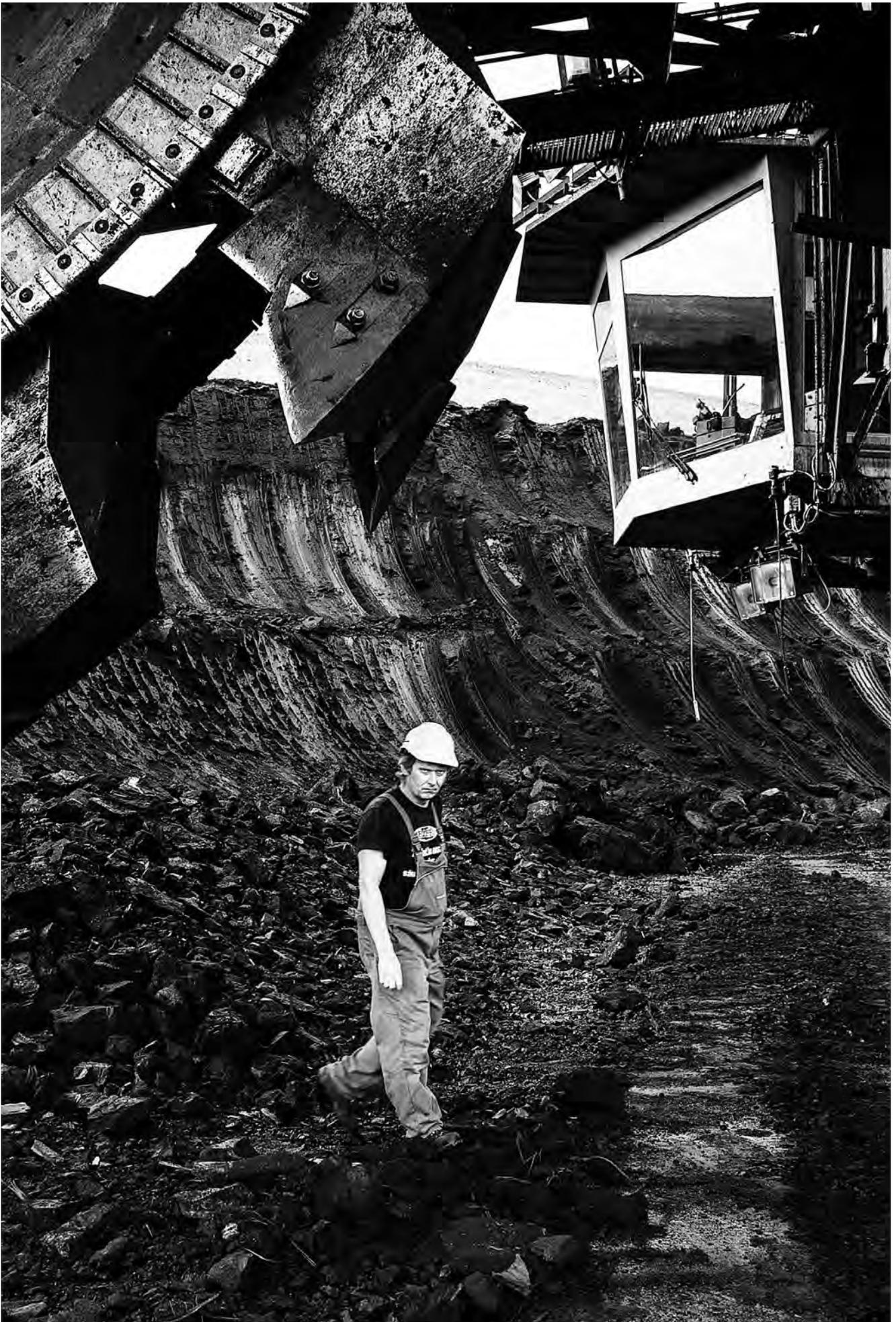
II Böll.Thema 3/2014:
Niemand flieht ohne Grund

Böll.Thema 3/2014: Niemand flieht ohne Grund

Es kann nicht oft genug betont werden: Es existiert ein unveräußerliches Menschenrecht auf Asyl, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert ist und somit einen international geltenden Rechtsrahmen schafft. Fluchtursachen gibt es viele, niemand flieht ohne Grund. So auch der Titel der Ausgabe 3/2014 unseres Magazins «Böll.Thema». Die Autor/innen analysieren, warum Menschen ihre Heimat verlassen: von Krieg und Vertreibung bis hin zu Klimawandel und verfehlter EU-Agrar- und Fischereipolitik. Das Heft liefert auch Hintergrundinformationen zu Fluchtwegen und den Geschäften mit der Flucht. Außerdem befasst es sich mit den unzulänglichen Antworten europäischer Politik auf die Flüchtlingsproblematik. Immer wieder sterben Menschen, weil sie gefährliche Routen nach Europa über das Mittelmeer nutzen. Europa aber schottet sich ab, militarisiert seine Grenzen und zieht seine Zäune immer höher. Dafür werden Abermillionen ausgegeben, zugleich werden aber die Seerettungsaktionen zur Eindämmung des Massensterbens im Mittelmeer beendet.

Download

Das Heft zum Download und weitere Beiträge zum Thema unter: www.boell.de/de/2014/12/18/boellthema-flucht-migration



Aufbruch in die ökologische Moderne

Klimawandel, der Verlust fruchtbarer Böden und die zunehmende Wasserkrise in vielen Weltgegenden sind Alarmzeichen für einen drohenden Kollaps unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir befinden uns schon jetzt in einem Wettlauf mit der Zeit. Wir wollen den Übergang in eine kohlenstoffarme, ressourceneffiziente und gerechte Weltgesellschaft beschleunigen – weg vom Raubbau an der Natur hin zur Kooperation mit der Natur. Dafür erarbeiten wir Reformalternativen: ob für eine globale Energiewende, für eine andere Ressourcenpolitik oder für eine nachhaltige Landwirtschaft. Wir unterstützen die soziale und ökologische Transformation überall, zu Hause in Deutschland und Europa, von Nigeria bis nach Afghanistan. Wir streiten für eine drastische Senkung des Ressourcenverbrauchs, für verbindliche Transparenz und Rechenschaftspflichten für europäische Konzerne. Ökologie, Demokratie und Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen.

Für ein Klima der Gerechtigkeit

Weltweit ist spürbar, wie unser Klima sich verändert. Und die Wissenschaft schlägt Alarm wie nie zuvor. Höchste Zeit zum Handeln, wenn wir den Klimawandel noch in erträglichen Grenzen halten wollen. Es gibt eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, sozialen Bewegungen und Organisationen, die von New York bis Lima auf die Straße gehen, um Klimaschutz und vor allem Klimagerechtigkeit zu fordern. Auch wir haben Klimapolitik zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht. Wir setzen uns ein für ein globales Klimaabkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen. Gleichzeitig bearbeiten wir die Themen Klimaschutz, Anpassung, Finanzierung und faire Lastenteilung. Wir setzen uns dafür ein, diejenigen rechtlich und finanziell zur Verantwortung zu ziehen, die mit ihrem Handeln und ihrem Geschäftsmodell die Hauptverantwortung für den Klimawandel tragen: die fossile Industrie.



1 In Dublin protestierten junge Leute anlässlich der COP in Lima gegen das Schweigen der Presse zum Thema Klimagerechtigkeit. Foto: CC BY-NC-Lizens, Andrej Blagojevic

Klimaverhandlungen in Zeitlupe

Am 14. Dezember 2014 ging der Klimagipfel in Lima (COP 20) in den frühen Morgenstunden zu Ende. Nach zwei langen Verhandlungswochen erklärten die Delegierten schließlich ihren Willen, den 2011 in Durban gestarteten Verhandlungsprozess für ein neues Abkommen ab 2020 fortzusetzen. Das Schlussdokument erhielt den hochtrabenden und irreführenden Titel «Lima Call for Climate Action» und ist keineswegs als Erfolg, sondern vielmehr als ein sehr enttäuschendes Ergebnis zu bezeichnen. Eine Allianz von politischen und wirtschaftlichen Eliten aus Industrie- und Entwicklungsländern machte auch die kleinsten Prozessfortschritte am Ende unmöglich. Statt den Fortschritt zu beschleunigen und höhere Ziele zu stecken, droht das dürftige Ergebnis von Lima, die UN-Klimaverhandlungen auf dem Weg zur Klimakonferenz 2015 in Paris in ein Zeitlupentempo zu versetzen. In Paris soll von den Regierungen ein neues globales Klimaschutzabkom-

men unterzeichnet werden. Mit dem schwachen «Lima Call for Climate Action» ist die Zukunft der internationalen Klimapolitik jedoch auf besorgniserregende Weise ungewiss.

Wir waren mit einer kleinen Delegation vor Ort und haben uns mit Side Events, einer Dinner-Debate und Veranstaltungen beim alternativen Gipfel der Zivilgesellschaft in die Debatten eingemischt. Gut besucht war zum Beispiel ein Workshop zum Thema «Neue Ökonomie der Natur», den unser Büro in Rio de Janeiro organisiert hatte. Immer mehr Konzerne und Regierungen sehen in der Natur eine Ware, oder genauer: einen Finanztitel. Sie wollen die Natur und ihre Dienstleistungen bepreisen oder gar an Börsen handeln. Bei diesen Finanzialisierungsmaßnahmen ist oft nicht nur der Klima- und Umweltschutz mehr als fraglich. Solche Projekte verursachen soziale Konflikte; sie bedrohen die Lebensweisen und sogar das Leben der Menschen, die etwa als Indigene in

Blog

Unser Blog zu Klima- und Ressourcengerechtigkeit: www.klima-der-gerechtigkeit.de

Link

www.deutschemklimafinanzierung.de/
www.germanclimate-finance.de

Link

Die Studie: Szenarien einer nachhaltigen Kraftwerksentwicklung in Deutschland.

www.boell.de/de/2014/11/19/studie-szenarien-nachhaltige-kraftwerksentwicklung-deutschland

Brasilien in und vom Regenwald leben. Im Workshop machten zahlreiche Analysen und Statements von Betroffenen die Mechanismen dieser neuen Maßnahmen und ihre Verbindung zu den Eck- und Konfliktpunkten der internationalen Klimapolitik deutlich.

Klimakiller zur Verantwortung ziehen

Nur 90 Unternehmen – teils private, teils staatseigene Konzerne – sind für die Förderung bzw. Herstellung der Kohle, des Öls, des Erdgases und des Zements verantwortlich, die zusammengenommen seit Beginn der Industrialisierung 63 Prozent der CO₂-Emissionen in die Atmosphäre bewirkt haben. Zu diesen Unternehmen, den sogenannten Carbon Majors, zählen u.a. Chevron, ExxonMobil, Saudi Aramco, BP, Gazprom und Shell, aber auch RWE, RAG und Heidelberg Cement. Diese Unternehmen haben von der Förderung und dem Verkauf der fossilen Energieträger, die den Klimawandel verursachen, massive Profite erwirtschaftet. Für den Schaden, der dadurch entstanden ist und weiter entsteht, sind sie bisher nicht zur Rechenschaft gezogen worden – weder finanziell noch strafrechtlich. Gemeinsam mit dem Climate Justice Programme (CJP) befassen wir uns mit der Verantwortung der «Carbon Majors» für vom Klimawandel verursachte Schäden und Verluste. Sie sollen sowohl rechtlich als auch finanziell (im Rahmen der UNFCCC) zur Verantwortung gezogen und die Opfer des Klimawandels entschädigt werden.

Deutsche Klimafinanzierung auf einen Blick – Website und Datenbank

Auf unserer Website www.deutschemklimafinanzierung.de machen wir die finanzielle Unterstützung Deutschlands für Klimaschutz, Anpassung und Waldschutz in Entwicklungsländern transparent. Wir geben einen Überblick über zugesagte und geleistete Summen sowie über die verwendeten Instrumente und Kanäle. Und wir zeigen auf, nach welchen Kriterien die Wirkung klimarelevanter Projekte beurteilt werden kann. Die zweisprachige (Deutsch/Englisch), gemeinsam mit Brot für die Welt, Germanwatch und Oxfam Deutschland betriebene Seite enthält auch einen Blog und eine Projektdatenbank.

Szenarien einer nachhaltigen Kraftwerksentwicklung

Die Abschaltung alter und CO₂-intensiver Kohlekraftwerke in Deutschland könnte einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung leisten. Den Szenario-Rechnungen einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) zufolge, die wir zusammen mit der European Climate Foundation in Auftrag gegeben haben, könnten im Jahr 2015 rund 23 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid weniger ausgestoßen werden, wenn Steinkohlekraftwerke mit einer Kapazität von drei Gigawatt und Braunkohlekraftwerke mit einer Kapazität von sechs Gigawatt vom Netz genommen würden.



|| Barbara Unmüßig

Natura oeconomica – eine riskante Wette

Auszug aus dem Essay von Barbara Unmüßig

||

Die Debatte um die Valuing-Nature-Konzepte – die Wertschätzung der Natur und der Ökosystemdienstleistungen – ist komplex und kompliziert, weil sich hinter dem Stichwort sehr Verschiedenes verbirgt. Welcher Wert zu welchem Zweck erfasst werden soll, muss klar auseinandergehalten werden. Die Valorisierung von Natur kann sinnvoll sein, wenn ihre Werte sichtbar gemacht und ihre Zerstörung in gesamtwirtschaftliche Berechnungen einbezogen werden. Es ist klar, dass Valorisierung nicht gleichbedeutend ist damit, an Naturdienstleistungen ein Preisschild zu hängen. Sie kann sinnvoll und nützlich sein, wenn wir monetäre Kompensationen für die Zerstörung von Natur berechnen wollen. Wertschätzung von Naturdienstleistungen kann helfen, wichtige politische Entscheidungen zu treffen und ein Ökosystem zu schützen. Der Grat von Wertschätzung der Natur zu ihrer Finanzialisierung ist allerdings schmal, wenn einzelne Funktionen der Natur selektiv monetarisiert werden, aus ihnen handelbare Güter und sogar Finanzmarktprodukte gemacht werden. Klima-, Umwelt- und Naturschutz werden so finanzmarktcompatibel gemacht. Die Erfahrungen zeigen: Der Markt kann versagen. Die Natur in die Hände des Marktes zu überführen, ist mit einem hohen Risiko verbunden. Denn wenn der Markt versagt, verlieren wir die Natur – unwiederbringlich. Einen automatischen Schutz von biologischer Vielfalt und Ökosystemen durch ökonomische Anreize und Marktmechanismen gibt es nicht.

Das Abschalten einzelner Kraftwerke allein würde allerdings kaum ausreichen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Weitere Maßnahmen im Strombereich wären nötig, darunter eine Reform des europäischen Emissionshandels, ein verstärkter Ausbau erneuerbarer Energien und eine weitere Verbesserung der Energieeffizienz. Auch andere Sektoren wie Verkehr, Industrie, Handel und private Haushalte müssten einen relevanten Beitrag leisten, sind sich das DIW Berlin, die Heinrich-Böll-Stiftung und die European Climate Foundation einig.

Die Studie des DIW Berlin ist der Auftakt einer längerfristigen Kooperation zwischen den drei Projektpartnern im Hinblick auf die Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015.

Energiewende – in Deutschland, Europa und weltweit

Die Umstellung auf erneuerbare Energien ist die zentrale Herausforderung auf dem Weg in eine nachhaltige Industriegesellschaft. Deutschland zeigt durch seine «Energiewende», ob und wie dies gelingen kann. Der Start war vielversprechend. Der Anteil an erneuerbaren Energien ist schnell gewachsen, jetzt geht es um einen Systemwechsel. Da gibt es noch viele offene Fragen. Sie müssen in einer breit angelegten Debatte zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beantwortet werden. Gerade da können wir als Stiftung aktiv werden und die verschiedenen Milieus zusammenführen.

Fachkonferenz: Energiewende 2.0

Die erste Phase der Energiewende – die Energiewende 1.0 – wird weithin als Erfolg verbucht. Hunderttausende Arbeitsplätze sind entstanden, innerhalb von 10 Jahren stieg der Anteil von erneuerbaren Energien am Strommarkt um 20 Prozent. Nur, wie geht es weiter? Wie wird sie aussehen, die Energiewende 2.0? Die Debatte in der Fachwelt ist in vollem Gange, aber noch gibt es wenig Foren für einen qualifizierten Abgleich der Reformkonzepte und für konstruktiven Dialog. Mit unserer Fachtagung «Energiewende 2.0» im Februar 2014 wollten wir ein solches Forum bieten. Offenbar haben wir einen gesellschaftlichen Nerv getroffen. Fast 400 Menschen aus verschiedenen Ländern kamen, darunter auch zahlreiche Interessierte, die nicht beruflich mit der Energiewende zu tun haben.

Versteht man die Energiewende als ein weltweites Pilotprojekt, so ist ihr Erfolg oder Misserfolg für die internationale Entwicklung entscheidend. Das bestätigte Rainer Baake, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Entscheidend sei es, die Kosten niedrig zu halten. Dafür müssten jetzt die politischen Weichen gestellt werden. So müsse zum Beispiel das Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) reformiert werden. Baake zählte vier Hauptpunkte der Reform auf: ein verlässlicher Ausbaukorridor, möglichst geringe Kosten, eine gute Marktintegration der erneuerbaren Energien und eine gerechte Kostenverteilung.

Geht es um die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende, stellt sich natürlich die Frage: Wer bezahlt und wer profitiert? Darüber diskutierte eine kleine Runde um den grünen Fraktionsvorsitzenden Anton Hofreiter. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion zeigten sich klare Meinungsverschiedenheiten und Spannungen zwischen Europa und Deutschland. So sah sich Bartłomiej Gurba von der Europäischen Kommission mit zahlreichen Fragen zum Verfahren der Kommission gegen das EEG konfrontiert. Zudem gab es einige Vorwürfe – etwa, dass die Kommission dezentrale Strukturen und Bürgerbeteiligung zerstöre. Fest steht also: Es wird nicht die letzte Diskussion zur Energiewende in Deutschland und Europa gewesen sein.

Energiewende 2.0 und Braunkohle – zwei Publikationen

Der bisherige Erfolg der Energiewende – vor allem das rasche Wachstum von Wind- und Solarstrom – führt zu paradoxen Phänomenen, die für die Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar sind. Je größer der Anteil der erneuerbaren Energien, desto stärker fallen die Großhandelspreise an der Strombörse. Gleichzeitig steigen die Strompreise für die privaten Haushalte. Zu allem Überfluss gehen die CO₂-Emissionen in Deutschland seit zwei Jahren wieder nach oben, obwohl wir viele Milliarden in die klimaverträglichste Form der Stromproduktion – die erneuerbaren Energien – investieren. Alte Braunkohlekraftwerke laufen rund um die Uhr, während hochmoderne Gaskraftwerke eingemottet werden. Diese Widersprüche müssen dringend aufgeklärt und behoben werden, damit die Energiewende eine Erfolgsgeschichte bleibt.

Die derzeit betriebene Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist erst der Anfang und ein wichtiger Richtungsanzeiger. Worauf dabei geachtet werden muss, das zeigt der Energieexperte Gerd Rosenkranz in unserer Publikation «Energiewende 2.0».

Unsere Publikation «Braunkohle – Irrläufer der deutschen Stromerzeugung» gibt Einblick in die Gründe des sogenannten Energiewendeparadoxes: Die erneuerbaren Energien haben zwar den Wegfall des Atomstroms mehr als kompensiert, aber auf dem heutigen Strommarkt werden die klimaschädlichsten Kapazitäten bevorzugt; in Deutschland ist das vor allem Strom aus Braunkohle. Dies ist vor allem ein «Kapazitätsparadox»: Denn durch die Neubauprojekte der letzten Jahre existieren nun Überkapazitäten an Kohlekraftwerken. Wie man aus diesem Dilemma herauskommt, beschreiben die Autoren Craig Morris und Arne Jungjohann.

Website und Blog: www.EnergyTransition.de

Unsere Website www.EnergyTransition.de hat sich zum Flaggschiff für die Außenkommunikation der grünen Energiewende entwickelt. In neun Sprachen erzählt sie die «Geschichte der Energiewende»: Englisch, Deutsch, Chinesisch, Spanisch, Französisch,



I Rainer Baake, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie



II Bastian Hermisson, Heinrich-Böll-Stiftung, und Dr. Camilla Bausch, Ecologic Institut, Berlin

Japanisch, Polnisch, Russisch und Koreanisch. Das dazugehörige englische Blog wird beinahe täglich mit aktuellen energiepolitischen Meldungen aus der ganzen Welt bespielt. Ein festes Autorenteam setzt die deutsche Energiewende in einen internationalen Kontext und macht sie für Leser/innen auf der ganzen Welt anschlussfähig. Das Autorenteam verfasst politische Analysen und stellt Infografiken bereit, letztere werden von den Usern gern in eigene Präsentationen eingebaut.

Die Klickzahlen sind 2014 von durchschnittlich 7.000 auf ca. 11.000 Besucher pro Monat gestiegen. Inzwischen haben wir 11.000 Follower auf Twitter und 1.800 Fans auf Facebook. Die Inhalte werden vielfach verlinkt, insbesondere von internationalen Meinungsführern wie *The New York Times* oder *The Guardian*.

Die höchsten Downloadzahlen haben wir bei der englischen Version, danach folgt die französische, dann die polnische. Die Zugriffszeiten konzentrieren sich auf die Bürozeiten und sprechen dafür, dass wir mehrheitlich von Fachleuten gelesen werden. In Deutschland ist die Seite in der grünen Szene, aber auch in den Ministerien und dem Parlament die Referenzwebseite zur deutschen Energiewende. Immer noch kommt die Mehrheit der Besucher aus den USA, gefolgt von Deutschland und Großbritannien.

Mehr grüne Energie, weniger Kohle

Polen, Tschechien und Deutschland sind die Kohlehochburgen Europas: 79 Prozent der Steinkohle und 68 Prozent der Braunkohle innerhalb der EU werden in diesen drei Ländern gefördert. Sie erzeugen insgesamt 55 Prozent des von Kohlekraftwerken generierten Stroms in der EU. Die Frage nach dem Übergang in eine klimafreundlichere Energiegewinnung und dem Ausstieg aus der Kohle wird sich früher oder später in allen drei Ländern stellen. Im Vorfeld des EU-Klimagipfels im März 2014 in Brüssel haben wir den Report «Greening the Heartlands of Coal in Europe – Einblicke in einen polnisch-tschechisch-deutschen Dialog zu Energiefragen» vorgestellt. Er ist das Resultat einer trilateralen Expertengruppe, die sich auf Einladung der Stiftung und des Ecologic Institut regelmäßig traf, um die Auswirkungen der deutschen Energiewende auf Deutschlands Nachbarländer Polen und Tschechien zu diskutieren. Je höher der Anteil der erneuerbaren Energien in der Bundesrepublik, desto deutlicher sind derzeit die Auswirkungen auf unsere Nachbarn, insbesondere deren Stromsysteme. Polen und Tschechien sehen in der Energiewende ein hochriskantes Projekt. Die polnische Regierung sieht in der Förderung von heimischem Schiefergas und einem Einstieg in die Atomkraft einen Ausweg aus der Abhängigkeit von russischem Erdgas. Polen setzt auch in Zukunft auf Kohle; die Steinkohleimporte nehmen zu. Tschechien plant den Ausbau der Atomkraft. Diese unterschiedlichen Strategien erschweren eine Einigung auf europäischer Ebene. Sie führen zu Misshelligkeiten zwischen den Ländern, wenn es um die mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen geht. Der Bericht liefert Hintergründe und Analysen, warum die Debatten in den jeweiligen Ländern so unterschiedlich verlaufen. Mit einem Set von Empfehlungen plädieren die Autor/innen bei allen Unterschieden für eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und einen intensiveren Dialog, um den energie- und klimapolitischen Herausforderungen gemeinsam begegnen zu können.

Im November 2014 lud die Stiftung auch zu einem Fachgespräch nach Berlin ein, um die Situation der Kohleförderung im Dreiländereck zu analysieren und Strategien für eine zukunftsfähige Energie- und Klimapolitik zu diskutieren. Auch hier bestand Einigkeit, dass der grenzüberschreitende Dialog zum Thema Kohleausstieg vertieft werden müsse. Wir werden diesen Austausch auch in Zukunft unterstützen.



Publikation

Energiewende 2.0. Aus der Nische zum Mainstream
Von Gerd Rosenkranz.
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, April 2014, 128 Seiten



Publikation

Braunkohle – Irrläufer der deutschen Stromerzeugung
Von Arne Jungjohann und Craig Morris (unter Mitarbeit von Thomas Gerke)
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung 2014, Berlin, November 2014, 48 Seiten



Publikation

Greening the Heartlands of Coal in Europe.
Insights from a Czech-German-Polish Dialogue on Energy Issues
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung 2014, Berlin, März 2014, 63 Seiten

Internationale Ressourcenpolitik

Der Abbau von Teersanden in Nordamerika und im Kongo, Landkäufe im großen Stil in Asien und Afrika, Chinas Investitionen in der Mekong-Region, Bergbau und Sojaanbau in Lateinamerika – die Ausbeutung der globalen Ressourcen ist in vollem Gange. Der Run auf die Ressourcen führt nicht – wie vielfach erhofft – zu einer fairen Verteilung der Erlöse, zum Abbau von Armut. Im Gegenteil: Ökonomische und wirtschaftliche Macht konzentriert sich, die Umwelt wird zerstört, und soziale Ungleichheit nimmt zu. Ressourcenpolitik, Transparenz und politisch-soziale Teilhabe gehören für uns zusammen. Wir suchen nach Wegen, die Nutzung natürlicher Ressourcen so zu gestalten, dass die ökologischen Grenzen unserer Welt respektiert und gleichzeitig Menschenrechte und Demokratie gestärkt werden.

Gerechtigkeit gestalten – Ressourcen-Memorandum

Mit unserem Projekt «Ressourcengerechtigkeit in einer endlichen Welt» haben wir junge Menschen aus 29 Ländern zum Thema Ressourcenpolitik in Dialog gebracht. Sie trafen sich dazu in zehn «Zukunftswerkstätten» in ihrer jeweiligen Region: in Lateinamerika, in Europa, im Nahen Osten, in Afrika und in Asien. Bei einem gemeinsamen Workshop in Berlin diskutierten Delegierte jeder dieser Zukunftswerkstätten dann Erfahrungen und Visionen mit dem internationalen Team der Stiftung und einer Beratungsgruppe aus elf Umwelt- und Menschenrechtsexpert/innen aus aller Welt. Das Memorandum «Gerechtigkeit Gestalten – Ressourcenpolitik für eine faire Zukunft» ist das Ergebnis dieses zweijährigen Dialogprozesses (engl./span./dt./arab.). Das Memorandum versteht sich als ein möglicher Baustein einer ressourcenpolitischen Strategie. Es zeigt mit Hilfe eines neuen Politikansatzes, der Ökologie, Demokratie und Menschenrechte verknüpft, zukunftsweisende Wege für eine faire und nachhaltige Ressourcenpolitik in der Welt.

Lokale Interessenvertretung beim Großprojekt LAPSSET

Von Kenias Hauptstadt Nairobi ist es nur ein kurzer Flug nach Lodwar, der Hauptstadt des nordwestlichen Bezirks Turkana. Seit Jahrzehnten von den jeweiligen Regierungen ignoriert, haben sich die Menschen dort jedoch noch nie als Teil des Landes verstanden. Der wirtschaftlich und sozial marginalisierte Norden Kenias soll nun durch ein Mega-Infrastrukturprojekt erschlossen werden: den Lamu Port South Sudan Ethiopia Transport-Korridor – kurz LAPSSET. Es ist ein Flaggschiffprojekt in Kenias ambitioniertem Entwicklungsplan «Vision 2030». Mit Hilfe einer Autobahn, eines Schienennetzes und einer Ölpipeline soll es die Küste mit dem Hinterland

verbinden und 3 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beitragen. Derzeit wächst die kenianische Wirtschaft jährlich um knapp 6 Prozent.

Der Hafen in Lamu – der geografische Beginn von LAPSSET – ist kein neues Projekt. Bereits in den 1980er Jahren forderten lokale Politiker einen Hafen, um die Entwicklung der vernachlässigten Region anzukurbeln. Erst mit den südsudanesischen Ölexporten sowie den Ölfunden in Uganda und Kenia bekam LAPSSET neuen Antrieb. Seit anderthalb Jahren unterstützt unser Büro in Nairobi die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Gruppen, die von LAPSSET betroffen sind. Daraus hat sich das LAPSSET Community Forum (LCF) gegründet, das die Interessen der Fischer in Lamu genauso vertritt wie die der Pastoralisten (Viehhirten in Naturweidewirtschaft) in Turkana. Denn die Interessen der Menschen entlang des Korridors sind bislang die einzigen, die nicht im Projekt vertreten sind. Die Regierungen in der Region begrüßen Entwicklung um jeden Preis. Das Forum dagegen argumentiert, dass der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung sich nur entfalten kann, wenn das Projekt die Land- und Ressourcenrechte lokaler Gruppen genauso anerkennt, wie es Umweltfolgen abschätzt und minimiert.

Vom Bruttosozialprodukt wird man nicht satt

Über viele Jahrzehnte hinweg galt Afrika als ein verlorener Kontinent, geprägt von Konflikten, Krisen und Katastrophen. Seit einigen Jahren jedoch ist der Kontinent im Aufschwung, denn unter den am schnellsten wachsenden Ökonomien der Welt befinden sich besonders viele afrikanische Volkswirtschaften. Ende 2010 schwärmte das McKinsey Global Institute gar von den «Löwen auf dem Sprung».

Auf unserem internationalen Forum «I can't eat GDP – Was ist dran an Afrikas wirtschaftlichem Aufschwung?» im Februar 2014 in Berlin warfen



Publikation

Gerechtigkeit gestalten – Ressourcenpolitik für eine faire Zukunft
Ein Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin, Juni 2014,
56 Seiten



Link

The Mipakani-Projekt, die open-access Webseite zu LAPSSET:
<http://mipakani.net/>



Publikation

Perspectives Africa: Africa Rising. Who benefits from the continent's economic growth? Ed. by Heinrich-Böll-Foundation, February 2014, 56 pages



Download

www.boell.de/perspectives

wir einen Blick hinter die beeindruckenden Wachstumszahlen. Dort verbergen sich sehr unterschiedliche Realitäten: Der Zufluss an Investitionen und das internationale wirtschaftliche Engagement auf dem Kontinent konzentrieren sich primär auf einige ressourcenreiche Länder. Nach wie vor müssen in den subsaharischen Ländern fast 70 Prozent der Menschen ihr Leben mit unter 2 US-Dollar am Tag bestreiten, und die Einkommensungleichheit bleibt eklatant. Vom Boom profitieren in erster Linie die etablierten Eliten, während sich eine Mittelschicht nur sehr zaghaft herausbildet. Die Chancen, die Volkswirtschaften inklusiver zu gestalten und sozialen Fortschritt voranzutreiben, müssen entschiedener genutzt werden. Auch dürfen ökologische Perspektiven und Fragen der Nachhaltigkeit nicht länger die Fehlstellen des «Aufstiegs-Diskurses» bilden. Diese Herausforderungen, Potentiale und Chancen wurden im Rahmen des öffentlichen Forums und in einem Mediengespräch kritisch beleuchtet.



1 Szene aus dem Filmmusical «The Good Life»

The Good Life – ein Filmmusical

1

Wahlkampf in Nigeria. Ein Pick-up fährt vor, die Ladefläche voll mit Reissäcken und Kanistern mit Speiseöl, Wahlposter kleben an der Stoßstange. Sie-gessicher steigt die Kandidatin aus. Sie will eine kurze Rede halten, ihre Gaben verteilen und dann wieder weg: der Wahlbezirk ist < eingeehmt >. Ein softer afrikanischer Beat untermalt die Szene – alles geht glatt, so werden in Nigeria Wahlen gewonnen. Doch dann erscheint eine junge Rapperin auf der Bildfläche. Sie kreuzt den Schulhof, singt die Männer an, die dort im Schatten ihren Reis essen: «Einen Sack Reis für einen Sack Stimmen ... und nach einem oder zwei Monaten seid ihr vergessen!» – das sind Szenen aus dem Filmmusical «The Good Life». Unser Büro in Nigeria hat es im Vorfeld der Wahlen 2015 unterstützt und über Partnerorganisationen und soziale Medien verbreitet.

In Nigeria verdient eine kleine Elite überproportional am Ressourcenreichtum des Landes, wäh-

rend die Mehrheit mit wachsender Armut zu kämpfen hat. Meist haben die Menschen nicht mal Strom, der unabdingbar ist für wirtschaftliche Entwicklung. Im Musical hat sich Frisör Tomi eine kleine Solaranlage gekauft. Zum ersten Mal kann er mit dauerhafter Stromzufuhr rechnen. Sein Geschäft erregt den Neid der ganzen Nachbarschaft. Als die Kandidatin ins Viertel kommt und den «Gemeindeältesten» einen Pakt anbietet, schütteln die nur mit dem Kopf: Mit dem Geld hätte sie schließlich Strom für alle anschaffen können!

Als unsere Partnerorganisation Center for Social Justice (CSJ) das Filmmusical bei einem Bürgertreffen im Vorfeld der Wahlen zeigte, wurde prompt der Vertreter einer politischen Partei ausgebuht, der mit den üblichen, eher leeren Versprechungen kam. «Wohl eine Reaktion auf den Film», sagt Ikenna Ofuegbu von CSJ, die Leute seien sich nach dem Film bewusster über das Gewicht ihrer Stimme.

Rap

Mach dir nichts vor
Ein Sack Reis für einen Sack Stimmen
Nach ein, zwei Monaten ist alles vergessen
Jahrelang haben wir auf Sicherheiten gewartet
Mach dir nichts vor
Lass dich nicht abspeisen
Glaub nur an die, die wirklich für dich in Aktion treten.

An die Kandidaten

Du hast versprochen, du wärst immer für uns da
Du hast gesagt, alles würde nun besser werden
Du hast mir Brot mit Butter versprochen!
Alles Lüge
Du kümmerst dich einen Dreck um uns.

Rap

Mikrofoncheck ... eins... zwei
Mama mit Kindern, mit roten Augen
Das Leben ist rotgerändert
Krass, wie die Regierung sich hinlegt
Während wir stehen und warten
Wofür die Kampagnen?
Mein Nachbar ist wütend
Wieder keine Schule
Das Öl ist alle
Und du verteilst Fisch zum Mittag
Du sagst, wir sollen wählen
Das dauert ewig
Dieses Warten auf nichts
Wir wollen nichts mehr ausprobieren
Unsere Hoffnung ist am Sterben
Alles dreht sich ums Geld
Korruption baut das Haus auf deinem Haupt
Das Staatsoberhaupt
Ist der Staatskoffer
Aaaah!!!



1 Auszug aus dem Film «Was ist eigentlich Neo-Extraktivismus?» Zu sehen unter www.boell.de

Neo-Extraktivismus in Lateinamerika

Mit dem weltweiten Rohstoffboom hat auch Lateinamerika seit Ende der 1990er Jahre den Abbau und Export natürlicher Ressourcen intensiviert. Welche Auswirkungen dies für die Zukunft der Demokratie in der Region hat, haben wir auf einer internationalen Konferenz im Mai 2014 in Berlin mit Referent/innen aus Lateinamerika, Deutschland und Europa diskutiert. Das Thema ist weltweit relevant; für Lateinamerika ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen Rohstoffausbeutung und Demokratie aber besonders spannend. Hier sind nämlich überwiegend durch Wahlen demokratisch legitimierte Regierungen an der Macht, die den Anspruch erheben, die soziale Teilhabe zu erhöhen und durch gezielte Geldtransfers und Sozialprogramme Armut und soziale Ungleichheiten zu reduzieren. Die Einnahmen aus der intensiven Ressourcenextraktion verschaffen ihnen hier den entsprechenden finanziellen Spielraum. Während es bereits eine breite und kritische Debatte darüber gibt, ob dieser sogenannte Neo-Extraktivismus sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig ist bzw. sein kann, wurde auf der Konferenz vor allem darüber diskutiert, in welcher Weise dieses Entwicklungsmodell politische Herrschaftsmuster und politische Regeln in Lateinamerika beeinflusst.

Eine sehr gut besuchte Konferenz unseres Büros in Mexiko-Stadt im Oktober 2014 widmete sich ebenfalls dem Thema Extraktivismus. Heftig debattiert wurde hier vor allem das Fracking, das besonders in Argentinien, aber seit einigen Jahren auch in Mexiko mit erheblichen Umweltfolgen praktiziert wird. Die Teilnehmenden tauschten Protest- und Widerstandserfahrungen im Bergbau aus und diskutierten die Bandbreite legaler Instrumente, die für eine echte Partizipation bei wichtigen Entscheidungen in der Rohstoffpolitik hilfreich sein können. Am Ende stand die provokante Frage: «Was passiert, wenn wir Ressourcen wie Gold, Lithium oder Öl einfach in der Erde lassen?» – und damit ein Nachdenken über die Spielräume eines postextraktiven Entwicklungsmodells.

Afghanisches Netzwerk für Ressourcenfragen

Afghanistan verfügt über gewaltige Rohstoffvorkommen. Ob ihre Förderung tatsächlich zur erhofften wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt – z. B. durch Ausbau der Infrastruktur oder neue Arbeitsplätze – hängt davon ab, wie transparent Vertragsentscheidungen diskutiert und kommuniziert werden. Wir haben in Afghanistan ein zivilgesellschaftliches Netzwerk initiiert, das sich mit Ressourcenfragen beschäftigt, zum Beispiel mit der illegalen Förderung von Mineralien. Im Jahr 2014 adressierte es zu diesem Problem offene Briefe an Präsident Karzai, an Vertreter/innen der NATO und an die chinesische Regierung. Ein wichtiges Thema ist auch der Schutz der natürlichen Ressourcen Wald und Wasser. Für Mitglieder des Netzwerks und Vertreter/innen aus Gemeinden in fünf Provinzen haben wir Fortbildungskurse und Austauschprogramme zu diesem Thema organisiert. Gestützt auf die Rückmeldungen aus den Gemeinden arbeitet das Netzwerk derzeit an einer nationalen Kampagne zum Thema Wasserschutz.

Einige Gemeindemitglieder erlernten auch die Grundlagen des journalistischen Schreibens, um ihre Erfahrungen und Beobachtungen entsprechend dokumentieren zu können. Ein regelmäßig erscheinender Nachrichtenbrief hat sich inzwischen als wichtiges Kommunikationsmittel zwischen Gemeindemitgliedern verschiedener Provinzen etabliert. Auch Universitäten, Nichtregierungsorganisationen und Regierungsstellen beziehen daraus ihre Informationen. Auf diese Weise gelingt es, Umweltthemen aus dem Südosten und Nordwesten Afghanistans national bekannt zu machen. Seit 2014 gibt es in Kabul auch einen Botschafter für Umweltschutz. Frahad Darya, ein überaus populärer afghanischer Musiker, wurde dazu ernannt. Er war auch der Schirmherr eines 60-Sekunden-Filmfestivals zum Thema Umwelt in Kabul, das die Tageszeitung *8am* mit Unterstützung der Stiftung organisiert hatte.

Für eine globale Agrarwende

Die Weltbevölkerung wächst, immer mehr Menschen müssen ernährt werden. Durch den Einsatz moderner Techniken wie HochleistungsSaatgut, Mineraldünger oder Pflanzenschutzmittel konnten die landwirtschaftlichen Erträge weltweit gesteigert werden. Kaum beachtet wird, dass gerade die industrielle Landwirtschaft massiv zum Klimawandel, dem Verlust der Artenvielfalt oder zur Wasserknappheit beiträgt. Die große Herausforderung ist, immer mehr Menschen zu ernähren und gleichzeitig weniger Ressourcen zu verbrauchen. Das kann gelingen, wenn sich Konsum- und Produktionsstrukturen ändern. Wir brauchen ein Umdenken in der Landwirtschaft – eine nachhaltige Produktion, die Klimaschutz, die Bekämpfung von Hunger und Armut sowie effiziente Ressourcennutzung und den Schutz der Biodiversität verbindet.



ii Soup & Talk – der Politische Suppentopf in der Heinrich-Böll-Stiftung

Eine andere Landwirtschaft ist möglich!

Jedes Jahr im Januar findet in Berlin die Internationale Grüne Woche statt – die weltweit größte Messe für Ernährung und Landwirtschaft. Für den Bauernverband und das Landwirtschaftsministerium eine Gelegenheit, ihr Image zu pflegen. Und für uns ein guter Zeitpunkt, auf die Fehlentwicklungen in der aktuellen Agrarpolitik hinzuweisen. Mit Lesungen, politischen Diskussionen und einem Kulturprogramm zeigten wir in unserer Themenwoche: «Landwirtschaft anders – unsere Grüne Woche», dass eine andere Landwirtschaft möglich ist.

Der Fleischatlas – unser Erfolgsprodukt

Einen großen publizistischen Erfolg landeten wir mit der Veröffentlichung des «Fleischatlas 2014»

in Kooperation mit BUND und *Le Monde diplomatique*. Im Jahr zuvor hatte bereits der «Fleischatlas 2013» mächtig eingeschlagen. Darin hatten wir gezeigt, welche Auswirkungen Europas Fleischkonsum auf die Schwellen- und Entwicklungsländer und aufs Klima hat. Der «Fleischatlas 2014» brachte nun Licht ins Dunkel des Big Business Fleisch – von Europa über die USA bis hin zu den aufstrebenden Volkswirtschaften China und Indien. Thematisiert werden u. a. aktuelle Tendenzen beim Fleischkonsum in den Industriestaaten, «Landgrabbing» in Entwicklungsländern und mögliche Auswirkungen des derzeit verhandelten USA-Europa-Freihandelsabkommens. Der «Fleischatlas 2014» zeigt aber auch, dass jenseits der «Massenindustrie Fleisch»

Publikation

Fleischatlas 2014 – Daten und Fakten über Tiere als Lebensmittel
Fleisch geht alle an; ein Großteil der Menschen konsumiert

es täglich. Die Folgen des Fleischkonsums stehen nicht auf den Verpackungen im Supermarkt. Wir wollen mit unserem Fleischatlas über die

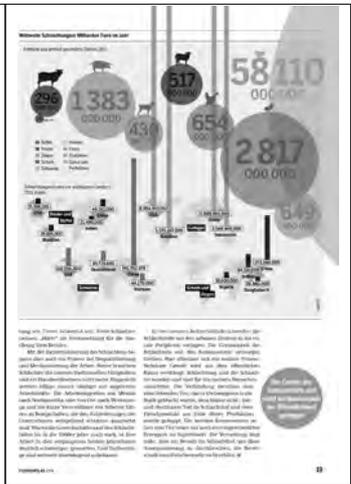
vielfältigen Dimensionen der Fleischproduktion informieren und Einblicke in globale Zusammenhänge der Fleischerzeugung geben.



I «Fleischatlas 2014»: Cover



II «Fleischatlas 2014»: In den Schlachthöfen der Welt, S. 18–19



I-II

Alternativen möglich sind. Die Medienresonanz auf unseren Fleischatlas war enorm. Selbst der britische Sender BBC und das American National Radio haben berichtet. Wie bereits sein Vorgänger hat auch der «Fleischatlas 2014» eine Auflage von über 100.000 Exemplaren erreicht. Es gibt ihn mittlerweile auf Englisch, Französisch, Tschechisch, Spanisch und Türkisch.

Wir sind mit dem Fleischatlas auch auf Tour gegangen. Anfang September 2014 zum Beispiel präsentierte ihn unser Büro Washington in New Orleans auf der Jahreskonferenz der US-amerikanischen Umweltjournalist/innen. Bei den über 700 Teilnehmenden stieß er auf großes Interesse. Auch im bayrischen Darsing haben wir den Atlas präsentiert. Dort waren neben vielen Öko-Bäuerinnen und -bauern auch konventionelle Landwirte vertreten, die große Tierbestände bewirtschaften. Die Diskussion war sehr lebendig und zeigte, dass auch neue Allianzen entstehen können – auch mit den Produzent/innen.

Zum Welternährungstag im Oktober haben wir einen «Fleischatlas extra» herausgegeben, der sich mit Abfall und Verschwendung von Fleisch beschäftigt. Das kleine Heft zeigt anschaulich, wie viel schonender Ressourcen genutzt werden könnten, wenn nicht nur weniger Fleisch gegessen, sondern vor allem auch weniger Fleisch weggeworfen würde. Desweiteren haben wir uns im Rahmen der Kampagne «Meine Landwirtschaft» am ersten «Wir haben es satt»-Kongress beteiligt. Dort brachten internationale Referent/innen auf Einladung der Stiftung ihre Sicht die europäische Agrarpolitik und ihre globalen Auswirkungen ein.

The 15th Garden – Selbstversorgung in Syrien

Syrien war einst Weizenlieferant für die ganze Region. Heute können sich viele Menschen dort nur

schlecht mit Nahrungsmitteln versorgen. Oft werden ganze Ortschaften von der Lebensmittelversorgung abgeschnitten. Das ist Teil der Strategie des Regimes, um den Widerstand in der Bevölkerung zu brechen.

Unsere Partnerorganisation The 15th Garden – ein Netzwerk benannt nach dem Jahrestag der syrischen Revolution und den 15 Gründungsmitgliedern – hat sich zum Ziel gesetzt, Nahrungsmittelsouveränität in ganz Syrien und den Nachbarländern zu erreichen. Doch es gibt etliche Hindernisse: In einigen Gebieten gibt es kaum Trinkwasser, geschweige denn Wasser für die Felder. Auch ist der Anbau auf Dachflächen aufgrund von Scharfschützen meist zu gefährlich. Beete werden deshalb innerhalb von zerbombten Häusern angelegt. In manchen Gegenden mangelt es auch an Saatgut.

Für Menschen, die Urban Gardening betreiben wollen, ist das Netzwerk The 15th Garden eine wichtige Anlaufstelle. Es stellt biologisches und vor allem vielfältiges Saatgut zur Verfügung und bietet eine Plattform zum Austausch über Landwirtschaft. Nachdem bereits mehrere Treffen des Netzwerks in der türkisch-syrischen Grenzregion stattgefunden hatten, unterstützte unser Büro in Beirut im August 2014 die Aktivist/innen bei der Ausrichtung eines Workshops im Libanon. Biologischer Anbau ist in Syrien heute nicht nur ein Mittel der Wahl, anders könnten in derzeitigen Situation gar keine Nahrungsmittel angebaut und Saatgut reproduziert werden. Der lokale Anbau von Lebensmitteln stärkt auch die lokalen Ökonomien und macht die Lebensmittel auf den Schwarzmärkten der belagerten Gebiete wieder erschwinglicher. Die Möglichkeit, in so extremen Situationen wie in Syrien und den Flüchtlingslagern seine eigene Nahrung produzieren zu können, stärkt das Selbstvertrauen der Beteiligten und macht sie unabhängiger.

Tip: Die Fleischatlas-App

Die Nutzer/innen können sich spielerisch durch zwei Quizmodule arbeiten und zum «Fleischerstehler» und «Fleischprofi» werden. Die Fragen beziehen sich auf

den eigenen Fleischkonsum und dessen Auswirkungen auf das soziale und ökologische Umfeld. Dies und einen Rechner zum eigenen Fleischverbrauch auf www.boell.de/fleischatlas

Internationale Handelspolitik

Der globale Wettbewerb um ökonomische und damit auch geopolitische Einflussphären ist in vollem Gange. Vor allem bilaterale Handelsabkommen sind dabei probates Mittel, sich ökonomische und politische Vorteile zu sichern. Damit Ökologie und Gerechtigkeit im globalen Handel nicht auf der Strecke bleiben, braucht es dringend Alternativen zu den heutigen (bilateralen) Handelsabkommen. Wir sind seit Jahren in verschiedenen Initiativen um eine alternative Handelspolitik involviert. Es geht darum, Handelspolitik neu zu denken – so, dass sie den ökologischen und sozialen Herausforderungen und Notwendigkeiten des 21. Jahrhunderts gerecht wird.



III Protest gegen das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP).
Foto: Garry Knight/flickr.com (CC BY 2.0)

TTIP – ein heftig umstrittenes Abkommen

Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen den USA und der EU gehört zu den umstrittensten überhaupt. Die Handels- und Industrie-Lobbyist/innen sehen den geplanten Vertrag als eine Chance für die Wirtschaft und die strategische Zusammenarbeit in Europa, den USA und darüber hinaus. Dagegen mobilisieren große Teile der globalen Zivilgesellschaft – sie weisen auf die Risiken für den Verbraucherschutz, die Umwelt und die sozialen Folgen (zum Beispiel bezüglich Arbeitnehmerstandards) auf der ganzen Welt hin. Wir begleiten die laufenden Verhandlungen zu TTIP mit Veranstaltungen und Publikationen kritisch. In zwei Fachgesprächen ging es um die Problematik der Schiedsgerichte in Investitionsabkommen (ISDS) und um regulatorische Kooperation, d. h. lau-

fundende Verfahren zur Einigung über den zukünftigen Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen. Zu beiden Themen haben wir in Kooperation mit dem Ecologic Institut zwei englischsprachige Studien in unserer TTIP-Reihe veröffentlicht. Die Studie zur Schiedsgerichtsbarkeit schaffte es sogar in die Top 10 des renommierten internationalen Social Science Research Network (SSRN).

Zwei größere Konferenzen zielten darauf, Interessengruppen und Expert/innen aus Deutschland, Europa und den USA miteinander ins Gespräch zu bringen. Die Konferenzen fanden als sogenannte internationale Foren für Stakeholder in Kooperation mit der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University im April in Washington und im November in Berlin statt.

□ TTIP-Reihe

Alle Papiere der TTIP-Reihe unter:
eu.boell.org/en/product-series/ttip-series

□ TTIP-Dossier

Mit unserem Dossier informieren wir über Inhalte, Ziele und Kontroversen des TTIP. Unsere Expert/innen begleiten den Verhandlungs-

prozess. Für den Schnelleinstieg bieten wir TTIP für Anfänger. Wer vertiefende Analysen sucht, findet diese auf den Seiten TTIP für Profis und TTIP-Index.

Zu finden unter:
www.boell.de/de/ttip-index

Global Governance

Der Aufstieg der Schwellenländer verändert die Weltordnung massiv. Multilaterale Regelungen werden immer komplexer. Hinzu kommen die zahlreichen neuen regionalen und globalen Clubs für wirtschaftliche und sicherheitspolitische Themen wie die G20 oder BRICS. Diese «Club-Governance» erschwert die politische Kontrolle, denn Mitspracherechte dort müssen erst noch erstritten werden. Immer komplexere Konstellationen staatlicher und ökonomischer Akteure lösen das alte Nord-Süd-Muster ab. Und Süd-Süd-Kooperationen der Zivilgesellschaft sind noch sehr unterentwickelt. Hier sind wir als Stiftung gefragt, und engagieren uns im Kapazitätsaufbau und unterstützen die Vernetzung der Zivilgesellschaft.



1 Proteste zum Auftakt des G20-Gipfels im australischen Brisbane
Foto: Paul Cunningham/flickr.com (CC BY 2.0)

Das BRICS-Projekt

Politikbeobachtung und Informationen für eine kritische zivilgesellschaftliche Begleitung der globalen Machtverschiebungen sind wichtige Aufgaben der Stiftung. Seit beim Gipfel der BRICS-Staaten im Juli 2014 im brasilianischen Fortaleza die neue BRICS-Entwicklungsbank offiziell gegründet wurde, richten unsere Büros in Brasilien, Südafrika, Indien, China, Washington und die Berliner Zentrale das kritische Augenmerk besonders auf die Politik dieser neuen Bank der Schwellenländer. Die Bankgründung soll vor allem deren Anspruch untermauern, die Hegemonie der alten Industrieländer in den internationalen Finanzinstitutionen (wie Weltbank) zu knacken. Doch auch praktisch ist die Bank bedeutsam. Sie soll vorrangig große Infrastrukturprojekte nach dem Modell öffentlich-privater Partnerschaf-

ten finanzieren. Die Schwellenländer sehen hierin ein zentrales Mittel ihres Entwicklungskonzepts. Große Infrastrukturprojekte haben erhebliche soziale und ökologische Auswirkungen. Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie Mitspracherechte für die Bevölkerung und nationale wie regionale Parlamente gibt es bislang nicht. Wir möchten gemeinsam mit unseren Partner/innen solche Kriterien entwickeln helfen und Transparenz und die Rechenschaftspflichten der neuen Bank zum Thema machen.

Parallel zum BRICS-Gipfel in Fortaleza gab es einen Kongress der Zivilgesellschaft. Wir organisierten dort ein internationales Seminar und stellten die Ergebnisse von Länderstudien zu den Normen und Schutzklauseln der jeweiligen nationalen Entwicklungsbanken der BRICS vor. Die vergleichende

Büro Brasilien

Unser Büro in Brasilien hat 2014 ein BRICS-Länder-Verbundprojekt initiiert.

e-Newsletter

G20 Update e-Newsletter – zu abonnieren unter: www.boell.de/news



|| Beim G20-Gipfel in Brisbane spielte die Weltwirtschaft aufgrund des beherrschenden Topthemas Ukraine nur eine Nebenrolle. Foto: Paul Cunningham/flickr.com (CC BY 2.0)

Gesamtstudie erscheint 2015. Es wurde deutlich, dass eine Zusammenarbeit nicht nur zur Beobachtung der neuen Bank, sondern umfassender zum Thema Entwicklungsfinanzierung im Bereich Infrastruktur sinnvoll und notwendig ist. Dies wird nun der Fokus der weiteren Arbeit sein.

G20-Update-e-Newsletter

Mit unserem englischsprachigen Newsletter informieren wir über Neuigkeiten zum G20-/und BRICS-Prozess. G20 steht für die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer; BRICS steht für die Anfangsbuchstaben der aufstrebenden Volkswirtschaften Brasiliens, Russlands, Indiens, Chinas und Südafrikas. Der Newsletter bietet unter anderem Analysen und Berichte aus den verschiedenen regionalen und politischen Perspektiven sowie Literaturtipps zum Thema.

Ausverkauf natürlicher Ressourcen in Kambodscha

In Kambodscha sind Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen zufolge beinahe drei Viertel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche von der Regierung an Konzerne verpachtet worden. Mehr als 500.000 Menschen wurden in den vergangenen Jahren gezwungen, ihren Grund zu verlassen. Auf den meisten Flächen wird nun entweder Kautschuk für den Export nach China und Indien angebaut oder Zucker für den europäischen Markt. Oft sind es thailändische und vietnamesische Konzerne, die den Zucker in Monokulturen anbauen, nach Europa exportieren und die Gewinne einstreichen. Kambodscha profitiert nicht davon. Im Gegenteil: Bodenverlust und die Verarmung der vertriebenen Landbevölkerung sind die Folge. Nach Protesten und Beschwerden unserer Partnerorganisation Equitable Cambodia hat die Deutsche Bank ihre Anteile an dem vietnamesischen Konzern HAGL, der massiv an Landraub beteiligt ist, zurückgefahren. Der Raubbau an den natürlichen Ressourcen, inklusive illegaler Waldabholzung, der auch durch Korruption und ein fehlendes Justizwesen ermöglicht wird, geht unternommen weiter. Die Partnerorganisationen unseres Büros in Kambodscha engagieren sich gegen den

zerstörerischen Raubbau an der Natur, vor allem in den indigenen Gebieten im Nordosten des Landes. Ein informelles Netzwerk schafft Öffentlichkeit und prangert Korruption und Menschenrechtsverletzungen an. Durch Lobbyarbeit auch auf internationaler Ebene wurde die Problematik bereits auf die Tagesordnung der Europäischen Union gebracht.

Chinas Auslandsinvestitionen

Mittlerweile gibt es kaum noch Regionen in der Welt, in denen China nicht wirtschaftlich aktiv ist. 2014 übertraf das Volumen chinesischer Auslandsdirektinvestitionen erstmals die Summe der aus dem Ausland nach China fließenden Investitionen. Dieser Trend wird auch in den kommenden Jahren anhalten. Doch nicht selten stehen chinesische Großprojekte aufgrund negativer ökologischer und/oder sozialer Auswirkungen international in der Kritik. Unser Büro in China befasst sich bereits seit vielen Jahren intensiv mit diesem Thema. Es initiiert und unterstützt Forschungsarbeiten und Fallstudien vor allem in Afrika und Südost- und Zentralasien, organisiert Studienreisen und internationale Konferenzen. Damit wollen wir auf chinesischer Seite ein stärkeres Bewusstsein für potentielle Risiken und negative Auswirkungen geplanter Investitionen in den Empfängerländern schaffen. Eine wirksame Regulierung und Kontrolle der Investitionsprojekte ist letztendlich das Ziel. Ein Meilenstein unserer Arbeit ist das Ende September 2014 erschienene Buch mit Fallstudien zu ökologischen und sozialen Risiken chinesischer Auslandsinvestitionen. Chinesische Autoren analysieren darin erstmals eine Reihe von Investitionsprojekten in verschiedenen Ländern. Die Fallstudien wurden in mehreren Workshops und Fachgesprächen Vertreter/innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien vorgestellt und diskutiert. Das Buch soll auch als Lehrmaterial an Universitäten eingesetzt werden. Neben Handlungsempfehlungen für Politik und Wirtschaft stellt es Maßnahmen und praktisch anwendbare Instrumente zur Vermeidung von Risiken und Konflikten sowie zur besseren Umsetzung vorhandener Richtlinien und Bestimmungen vor.

Herausforderungen für die Gesellschaft – Der demografische Wandel

Der demografische Wandel ist ein internationales Phänomen. Ob Europa, China, Japan, die USA oder der arabische Raum: der demografische Wandel wirkt sich massiv auf die Gesellschaften dieser Länder aus. Er betrifft die Finanzierung und Ausgestaltung von Sozialsystemen, die Arbeitsmärkte, die Investitionen in Bildung und Forschung, die öffentliche Infrastruktur und die Wachstumsdynamik der Wirtschaft.



1 Kongress «Baustelle Neuer Generationenvertrag» in der Heinrich-Böll-Stiftung

I-IV

Der Generationenkongress in Berlin

Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung sind wichtige Bezugspunkte grüner Politik. Dazu gehört auch ein fairer Interessenausgleich gegenwärtiger und künftiger Generationen. Die Frage der Generationengerechtigkeit stellt sich derzeit neu, weil die Gesellschaft sich verändert: Wir leben länger, wir werden weniger, und wir werden vielfältiger. Auf unserem Kongress «Baustelle Neuer Generationenvertrag» im Juni 2014 kam der Berliner Philosoph Stefan Gosepath zu dem Schluss, dass wir künftig wohl nur noch Entscheidungen treffen dürfen, die revidierbar und korrigierbar sind. Der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen, eine stetig steigende Staatsverschuldung oder Atommüll wären mit einer so verstandenen Generationengerechtigkeit nur schwer in Einklang zu bringen. Wo genau die Grenze der Revidierbarkeit jedoch zu ziehen sei, darüber müsse erst noch eine gesellschaftspolitische Debatte geführt werden. Gesine Schwan plädierte für eine neue Arbeitszeitpolitik, damit Menschen

wieder mehr Verantwortung füreinander übernehmen könnten – innerhalb der Familie und in anderen Zusammenhängen.

Bei der Diskussion um die Selbstverständnisse von Generationen wurde im Schlagabtausch zwischen Vertreter/innen unterschiedlicher Generationen (den 68ern, Generation Golf usw.) schnell klar, dass sich ihre Sichtweisen auf die Rolle von Parteien oder öffentlichen Institutionen stark unterscheiden. Hier wurde ein stärkerer Austausch zwischen den Generationen gefordert.

Kathrin Göring-Eckardt, Yasmin Fahimi und Dietmar Bartsch monierten mangelnde Weitsicht und Nachhaltigkeit in der Politik: «Wir fahren das Land auf Verschleiß», so die eindrückliche Mahnung. Vor allem die Rentenbeschlüsse der großen Koalition standen in der Kritik. Wegen der hohen Kosten des Rentenpakets fehlten Mittel für drängende Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur. Das Ziel einer generationengerechten Politik gerate zusehends aus dem Blick.

Thesepapier

Das Thesepapier «Zeit für einen Neuen Generationenvertrag!» finden Sie auf www.boell.de

Publikation

Böll.Thema 2/2014: «Wir müssen uns mal unterhalten!» – Schwerpunkt Generationenvertrag,

Berlin 2014, 40 Seiten
Bestellung oder Download unter: www.boell.de/thema

Link

www.boell.de/de/deutschland-im-pflegenotstand-perspektiven-und-probleme-der-care-migration



II Prof. Dr. Stefan Gosepath



III Prof. Dr. Gesine Schwan

Das Thema «Generationenvertrag» bzw. «Generationengerechtigkeit» wird auch 2015 eine wichtige Rolle in unserer politischen Bildungsarbeit spielen.

Deutschland im Pflegenotstand – eine Tagung

Die höhere Lebenserwartung bringt mit sich, dass mehr Menschen in ihrem Alltag eingeschränkt und auf (fremde) Hilfe angewiesen sind. Für Angehörige von Pflegebedürftigen keine einfache Situation. Sie wollen für ihre Verwandten da sein, gleichzeitig müssen sie auch den Anforderungen von Arbeitgeber/innen gerecht werden. Oft fehlt es an Zeit und auch an Geld, z. B. für eine Vollzeitpflege. Die Hauptlast der Sorgearbeit liegt meist bei den Frauen. Um Beruf, Familie und Pflege überhaupt über einen längeren Zeitraum vereinbaren zu können, greifen viele auf Pflege- und Hauswirtschaftskräfte aus dem Ausland zurück. Das Deutsche Institut für Angewandte Pflegeforschung geht davon aus, dass derzeit rund 150.000 Migrant/innen pflegebedürftige Menschen betreuen – häufig illegal, ohne vertraglich abgesicherten Lohn und geregelte Arbeitszeiten. Familien, die diese Form der häuslichen Pflege in Anspruch nehmen, bewegen sich in einem Graubereich zwischen illegaler und legaler Beschäftigung. Unsere Fachtagung «Deutschland im Pflegenotstand» im März 2014 hat sich mit diesem Problem beschäftigt. Wir haben auch ein umfangreiches Online-Dossier zusammengestellt. Es liefert Informationen zum Fachkräftemangel und zur Arbeit von Migrant/innen in der Pflege in privaten Haushalten sowie im ambulanten und stationären Bereich.



IV Sarah Bosetti & Daniel Hoth (Poetry-Slam)

Der Generationenkongress kurz gefasst von den Berlinern Sarah Bosetti & Daniel Hoth (Poetry-Slam):

Sie leben zusammen, die Jungen, die Alten
 Sie müssen trotz Krisen zusammenhalten
 Sie teilen das Wissen und teilen das Werden
 Die einen vermissen, die anderen sterben
 Wo sie schufen, gemeinsam, das große Wohl für ein Land
 Da waren noch keine Probleme bekannt
 Wie ein Mangel an Arbeit, wie rohe Roboter
 Da waren nur Trümmer, da lagen noch Leichen im Schotter
 Sie hausten beisammen, sie gaben sich Halt
 Doch die Jungen von damals sind heute schon alt
 Und sie jammern und meckern über eine Generation
 Die sie von sich stoßen wie einen gefallenen Sohn
 Und diese Töchter und Söhne klagen ihrerseits an
 Dass die Generation X nichts für ihre Ahnen kann
 «Sie waren halt Nazis, dumm und verführt
 Und haben das Menschsein aus dem Menschsein entführt»
 Schließlich die Generation, die zu klein ist
 Deren Perspektive noch immer geheim ist
 Der demografische Wandel ist ihre Bibel
 Und schon lange geschält ist die klassische Zwiebel
 Scheint die Welt wohl komplexer, aber viel kleiner
 So versteht sie heute wie damals immer noch keiner
 Und dann sitzen sie da und reden von Verträgen
 Versuchen die Gesellschaft in Stücke zu sägen
 Sezieren das Leben, suchen die Anatomie
 Treten in Dialog über dessen Physiologie
 Gerecht soll es sein, Chancen für alle
 Sie warnen vor der demografischen Falle
 Lebenswert soll die Welt sein für die Menschen von morgen
 Selbstverständlich, dass wir die Gegenwart nur von ihnen borgen
 Auf dass sie uns, ihre Ahnen, nicht verdammen
 Darum kommen wir heut für den Dialog hier zusammen
 Wie viel Du steckt im Ich?

Inklusion in Städten

Bald werden 75 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben und 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften. Die meisten Menschen kommen in Städte, um erfolgreich zu sein und ein besseres Leben zu führen. Gelingt es, sie zu integrieren, ihnen Chancen und Teilhabe zu ermöglichen, so kann es urbanen Wohlstand für alle geben. Scheitern sie, sind Ausgrenzung, Armut und soziale Spannungen die Folge.



1 | Keynote von Mahzarin R. Banaji, Professor of Psychology & Social Ethics, Harvard University Boston

Cities of Migration – Eine Agenda des Wohlstands für alle

I-WI

Menschen, die in Städten leben, sind vielfältig. Sie unterscheiden sich durch Herkunft, Lebensweise, Bildung, Religion und vieles mehr. Doch Städte gehen sehr unterschiedlich mit ihrer Vielfalt um. Wie offen und liberal eine Stadt ist, zeigt sich nicht nur daran, wie viel gutverdienende Kreative sie anzieht. Eine offene Stadt zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass auch Menschen, die mit wenig ankommen, eine Chance bekommen. Auf unserer internationalen Konferenz «Cities of Migration» im Juni 2014 in Berlin haben wir die Zukunft internationaler Migrationsstädte aus verschiedenen Blickwinkeln beleuch-

tet: inklusive Stadtpolitik, ökonomischer Wohlstand und urbane Demokratie. Ein «Marktplatz der Ideen» zeigte Beispiele gelungener Inklusionspolitik, die Migrant/innen willkommen heißt und Voraussetzungen für Integration, Partizipation und Erfolg schafft. Über 350 Gäste aus mehr als 80 Ländern nahmen an der Konferenz teil. Sie wurde in enger Kooperation mit der kanadischen Maytree Foundation organisiert und fand mit Unterstützung der Bertelsmann-Stiftung, der Botschaft von Kanada, der Stiftung Mercator und vielen anderen statt.

🔗 Link

Heimatkunde – unser migrationspolitisches Portal präsentiert Informationen, Analysen und Meinungen zu den großen Themen Migration, Teilhabegesellschaft und Diversity Management: <http://heimatkunde.boell.de/>



II Heather Shoter: Executive Director, Committee for Auckland



III Teilnehmer/innen der internationalen Konferenz «Cities of Migration»



IV «Neighbourhood Walks» durch Kreuzberg, Mitte, Neukölln und Pankow



V Ravi Jain, Theaterkünstler, und Donna Williams, Chief Audience Development Officer, The Metropolitan Museum of Art



VI Stephanie Oueda, International Diversity Manager, L'Oreal, Paris, France

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Die 16 Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftung sind selbständige Vereine, sie arbeiten aber untereinander und auch mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger schärfen, zu bürgerschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern. Die Landesstiftungen organisieren selbst oder in Kooperation mit Projektpartnerinnen und Projektpartnern Veranstaltungen unterschiedlichster Art. Sie bedienen sich dabei der Formen «klassischer» politischer Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen, Publikationen) genauso wie anderer Formate (Fahrradkino, Vereinswerkstätten, Lesungen, Ausstellungen). Hier eine kleine Auswahl an Projekten aus dem Jahr 2014:

↗ Fachkonferenz

Baden-Württemberg: Fachkräftebedarf und Willkommenskultur

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine der größten wirtschaftlichen Herausforderungen in Deutschland. Einem drohenden Mangel müssen Länder und Regionen durch gesteuerte Zuwanderung und durch verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt von hier lebenden Migrant/innen begegnen. Welche Ansätze auf der politischen und rechtlichen Ebene gibt es hierfür bereits? Kann die Attraktivität für internationale Fachkräfte durch den Aufbau einer Willkommenskultur gesteigert werden? Diese Fragen diskutierte die Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg im Juni mit internationalen Fachleuten und rund 120 Gästen, viele davon Multiplikator/innen aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft. Migrant/innen berichteten aus eigener Erfahrung, wie es um die Willkommenskultur im Ländle bestellt ist. Die Fachkonferenz in Stuttgart fand in Kooperation mit der Bundesstiftung und der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart statt.

↗ Tagung

Bayern: Technik Macht Kriege

Die Armeen westlicher Staaten verändern sich grundlegend – eine «Revolution in Military Affairs», wie die Fachleute sagen. Immer mehr High-Tech-Waffensysteme gelangen in die militärischen Arsenale, die Systeme werden zunehmend vernetzt, und das Cyberspace wird intensiv für militärische Zwecke genutzt. Entscheidungenverlagern sich immer stärker

vom Menschen auf den Computer. Was aber bedeutet das für die Friedenspolitik? Ermöglichen diese Technologien eine Kriegsführung unterhalb der Schwelle des klassischen Krieges? Werden so die internationalen Vereinbarungen zur Eindämmung von Kriegsgefahren und -zerstörungen schleichend ausgehebelt? Auf einer Fachtagung der Petra-Kelly-Stiftung im Januar in München diskutierten Expert/innen aus der Friedens- und Konfliktforschung, dem Humanitären Völkerrecht und der Politik über die neuen Kriegsführungstechnologien und ihre Auswirkungen auf die Friedenspolitik.

Kino

Berlin: Trashed – No Place for Waste

Ein Kinoerlebnis der besonderen Art ermöglichte das Bildungswerk Berlin zusammen mit dem Internationalen Kulturzentrum ufaFabrik: Mit selbst erzeugtem Strom brachten die Kinobesucher/innen den mehrfach ausgezeichneten Dokumentarfilm «Trashed – No Place for Waste» (USA 2012) von Jeremy Irons ins Rollen, der sich mit den Auswirkungen des globalen Müllproblems auseinandersetzt. Auf den eigens zu diesem Zweck konstruierten Standfahrrädern radelten jeweils zehn Personen, um die Generatoren für den Filmprojektor am Laufen zu halten (die Energie wird ähnlich wie bei einem Dynamo umgewandelt). Auf diese Weise schärfte die Veranstaltung das Bewusstsein für ökologische Themen und machte auf kommunikative Weise nachhaltige Energieerzeugung erfahrbar. In den kurzen Radelpausen kommentierten Expert/innen zentrale Passagen der Dokumentation.

↗ Link

Die Debatte online unter:
www.boell-bw.de/archiv

↗ Link

Tagungsbericht unter:
[www.petrakellystiftung.de/
programm/veranstaltungs-
details/article/technik-
macht-kriege/14.html](http://www.petrakellystiftung.de/programm/veranstaltungs-details/article/technik-macht-kriege/14.html)

Brandenburg: Einblick in fremde Lebenswelten

Was passiert, wenn sich der Forstchor Templin und der Gebärdenchor Berlin begegnen, um gemeinsam zu singen? Was, wenn ein Tischtennisverein gegen blinde Showdown-Spieler/innen antritt? Und wie klingt es, wenn eine Neuruppiner Schüler/innen-Band mit einer Gruppe rumänischer Straßenmusikanten auf der Bühne steht? In 15 «Vereinswerkstätten», die die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg zwischen 2012 und 2014 durchführte, trafen sich je zwei Vereine, die ähnliche Interessen haben, sich aber aufgrund unterschiedlicher Hintergründe, Lebensweisen oder Wohnorte im Alltag nur selten begegnen. Gemeinsam wurde gesungen, fotografiert, musiziert, geangelt, gekocht, geimkert und Bäume wurden gepflanzt. Vereine sind ohnehin zentrale Orte des zivilgesellschaftlichen Engagements und Austauschs. Die Vereinswerkstätten boten darüber hinaus Gelegenheit, in ungezwungener Atmosphäre andere Lebenswelten kennenzulernen. Für die Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt eine wichtige Voraussetzung!

Verschiedene Formate

Bremen: Städtische Räume gemeinsam entwickeln

Gibt es eine Krise der Demokratie? Bei einem Round-Table-Gespräch der Heinrich-Böll-Stiftung Bremen setzten die Diskutanten der vielbeschworenen Politikverdrossenheit unterschiedlichste Repräsentations- und Beteiligungsformate entgegen: inner- und außerhalb von Parteistrukturen, von Politik oder Zivilgesellschaft initiiert, mit Politiker/innen als Stellvertretende oder Moderatoren. Die Ergebnisse werden 2015 publiziert. In der Praxis findet Beteiligung meist im direkten Umfeld der Bürger/innen statt – in ihrem Stadtteil. In der Reihe «Stadt ist Zukunft» präsentierte Elke Krasny in der Ausstellung «Hands-on Urbanism» Ansätze von Selbstorganisation im urbanen Raum. Kolja Reichert und Carsten Werner diskutierten die Rolle von Künstler/innen in der Stadtentwicklung. Ein weiteres Projekt in Kooperation mit ÖkoStadt Bremen zeigte auf, wie Migrant/innen durch Urban Gardening am öffentlichen Leben beteiligt werden können.

↗ Link

Filmclips der Vereinswerkstätten unter: www.boell-brandenburg.de/de/vereinswerkstaetten

Hamburg: Inklusion und Gebärdensprache – geht das?

Demokratie verspricht, allen Teilen der Gesellschaft soziale Teilhabe zu ermöglichen. Doch Menschen, die auf irgendeine Weise körperlich beeinträchtigt sind, wird dies oft erschwert. Zum Beispiel Menschen mit Hörschwierigkeiten. Politik muss also inklusiver werden, doch wie? Die Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg veranstaltete eine Diskussion zu möglichen Strategien, vom Teilhabegeld bis hin zur Einführung von Gebärdensprachkursen in Kitas. Vorausgegangen waren diverse Workshops mit über 100 Teilnehmenden, darunter auch viele Hörgeschädigte. Die Beiträge wurden simultan in Gebärdensprache übersetzt und auf eine Leinwand transkribiert, so dass auch nicht der Gebärdensprache Kundige folgen konnten. Ein gelungener Abend, der die politische Bildungsarbeit hinsichtlich ihrer praktischen Durchführung um einige inklusive Aspekte bereichert hat.

📺 Debattenreihe

Hessen: Böll Kontrovers

Die Reihe «Böll Kontrovers» der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen greift aktuelle gesellschaftliche Debatten auf und diskutiert sie mit Gästen aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur. Die Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Machtverhältnisse ist hier genauso von Interesse wie die Frage nach emanzipatorischen Strategien und Spielräumen. «Böll Kontrovers» beleuchtet Hintergründe und bringt Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven, Positionen und Argumentationen miteinander ins Gespräch. Besonders spannend waren 2014 die Debatte um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung – das ZDF machte daraus sogar ein Feature – und die Debatte zum Thema «Das optimierte Gehirn. Wie verändert Neuro-Enhancement unser Denken?».

Verschiedene Formate

Mecklenburg-Vorpommern: Aufbruch in die Freiheit

Die Ereignisse von 1989/90 waren Wegbereiter der Demokratie in Zentral- und Osteuropa. Mit der friedlichen Revolution von 1989 haben Menschen Geschichte gemacht. Für die Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern Anlass genug, die Widerstandsbewegung und ihre Motive zu thema-

📺 Video

www.boell-hessen.de/recht-auf-informationelle-selbstbestimmung-2/

📺 Video

www.boell-hessen.de/das-optimierte-gehirnwie-veraendert-neuro-enhancement-unser-denken/

tisieren sowie ihre Ziele mit aktuellen Herausforderungen für Europa zu spiegeln. Neben Diskussionen, Filmvorführungen, einer Theateraufführung und einem Kneipenquiz wurde auch die Ausstellung «Wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht. Frauenwiderstand in der DDR der 1980er Jahre» der Robert-Havemann-Gesellschaft präsentiert. Bei der Eröffnung der Ausstellung zeichnete die Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe die Entwicklung der Widerstandsbe-
 wegung nach und schloss mit einem Zitat von Václav Havel: «Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat – egal wie es ausgeht.»

↗ Workshop

Niedersachsen: Wie gelingt Transformation in der Landwirtschaft?

Wie gelingt eine Transformation in der Landwirtschaft? – so lautete die Leitfrage eines Workshops der Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen über die Zukunftsperspektiven nachhaltiger Landwirtschaft. Er bildete den Auftakt zu einer ganzen Reihe von Veranstaltungen zu diesem Thema. Es geht darum, auszuloten, was überhaupt unter grüner Landwirtschaft zu verstehen ist. Dann, welche Schritte auf dem Weg dorthin notwendig sind und welche Akteure dafür gebraucht werden. Eine gesunde Ernährung gehört ebenso dazu wie der Erhalt von Biodiversität. Städte ziehen immer mehr Menschen an. Aber wie werden sie zukünftig mit Lebensmitteln versorgt? Wie sieht eine ethische Wirtschaftsweise in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion aus? Welche Anforderungen an die schulische sowie berufliche Aus- und Fortbildung ergeben sich daraus, und was bedeutet das alles für die Politik? Erste Antworten finden sich in der Dokumentation Grüner (Land-) Wirtschaften.

Preisverleihung

Nordrhein-Westfalen: Jugendliche ohne Grenzen

Die Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen vergibt jährlich den Ideenpreis «Der Heinrich». Damit ehrt sie neue oder ungewöhnliche Projekte, Aktionen oder Kampagnen und will zum Nachmachen anregen. 2014 ging der Preis an «Jugendliche ohne Grenzen», deren Landesgruppe sich in NRW gerade etabliert. In der selbstorganisierten Gruppe engagieren sich strukturell benachteiligte junge Menschen. Ihre Arbeit folgt dem Grundsatz, dass Betroffene eine eigene Stimme haben und keine «stell-

vertretende Betroffenen-Politik» benötigen. Die Jugendlichen haben sich erfolgreich mit Politiker/innen, Flüchtlingsinitiativen, kirchlichen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen vernetzt und richten sich gegen jegliche Art von Diskriminierung. Roya Issa, syrische Malerin und Stipendiatin der Stiftung im Haus Langenbroich, hat in einer bewegenden Rede den Preis übergeben.

↗ Konzert mit Vortrag und Diskussion

Rheinland-Pfalz: Buen Vivir – Recht auf ein gutes Leben

Das indigene Konzept «Buen Vivir» (Gutes Leben) propagiert – neben einem Leben im Einklang mit der Natur – eine neue «Ethik der Entwicklung», ein soziales und solidarisches Wirtschaften und eine Veränderung im Lebens- und Politikstil. Die Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz hat das Konzept im April 2014 im Mainzer Kulturzentrum KUZ vorgestellt. «Gutes Leben» hat auch immer etwas mit Kultur zu tun. Den sinnlichen und künstlerischen Part der Veranstaltung übernahmen die lateinamerikanische Band Grupo Sal und der Ecuadorianer Alberta Acosta. Acosta gehört zu den führenden Intellektuellen Lateinamerikas und ist der bedeutendste Verfechter des Konzepts «Buen Vivir». Zusammen mit dem Publikum gelang es, die Ebene des lokalen Handelns mit der globalen Perspektive zu verknüpfen.

↗ Lesungen

Saarland: Böll & Hofstätter

Mit «Böll & Hofstätter» hat die Heinrich-Böll-Stiftung Saar eine erfolgreiche Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit dem Saarbrücker Buchhändler Ludwig Hofstätter etabliert. Seit fünf Jahren werden in dieser Reihe zeitgenössische Literatur, große Schriftsteller/innen und junge Talente an wechselnden Orten dem saarländischen Publikum präsentiert. Im Juni 2014 war der schwedische Autor Lars Gustafsson zu Gast. Er las vor über 150 Besucher/innen aus seinem Roman «Der Mann auf dem blauen Fahrrad» sowie neue Gedichte. Die Veranstaltung wurde auch im Kulturmagazin des saarländischen Rundfunks gesendet.

↗ Link

www.slu-boell.de/
 Dokumentation Grüner
 Landwirtschaften Nds

↗ Weitere Informationen

[www.boell-rlp.de/themen/
 oekologie-und-nachhaltig-
 keit/buen-vivir/](http://www.boell-rlp.de/themen/oekologie-und-nachhaltigkeit/buen-vivir/)

Sachsen-Anhalt: Rezepte für Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Der verschwenderische Lebensstil der westlichen Welt führt zu Hungersnöten und Klimawandel, das ist nicht neu. Dass unsere Ernährungsgewohnheiten an diesen globalen Problemen einen wesentlichen Anteil haben, ist dagegen meist weniger bekannt. In der Reihe «Rezepte für Klimaschutz und Nachhaltigkeit» hat die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt an 12 Abenden Überlegungen und Ansätze vorgestellt, wie globale soziale Ungerechtigkeiten verringert und das Klima geschützt werden können – zum Beispiel durch bewussteres Konsumverhalten, weniger Fleisch auf dem Teller und eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion. Dass Umweltschutz und Genuss kein Widerspruch ist, wurde dabei sehr deutlich. Viel Kritik gab es, trotz der noch sehr präsenten «VeggieDay»-Debatte, am hohen Fleischkonsum hierzulande und der (Wirtschafts-)Politik, die dies ermöglicht.

Hörfunksendung und Abendveranstaltung

Schleswig-Holstein: «Wie fühlt sich Armut an?»

Die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland war nie größer als heute. Das gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Stabilität unserer Demokratie. Dennoch findet kaum eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber statt. Die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein hat den Alltag von armen Menschen zum Thema gemacht. In der Abendveranstaltung «Wie fühlt sich Armut an?» erzählte die «Hartz-IV-Rebellin» Inge Hannemann von ihren Erfahrungen mit Hartz IV, den Sanktionierungen und den Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Die 280 Besucher/innen nutzten die Gelegenheit, Fragen zu stellen, Statements abzugeben und von eigenen Erfahrungen zu berichten. Der Abend machte deutlich, dass die Missstände der deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ein Thema sind, das Menschen bewegt. Die Offenen Kanäle in Kiel und Lübeck sendeten den Hörfunkbeitrag der Stiftung zum Thema.

Sachsen: Flucht und Asyl in Sachsen

Menschen sind weltweit auf der Flucht und suchen Asyl. Auch in Sachsen. In vielen Städten und Kommunen steigt die Zahl der Menschen, die hier ankommen und Schutz brauchen. Neue Gemeinschaftsunterkünfte entstehen. Mit ihnen nehmen auch die öffentlichen Diskussionen über Geflüchtete zu. Diese sind oft gekennzeichnet von Unkenntnis, Vorurteilen und Ressentiments, welche durch rassistische Parteien politisch genutzt werden. Das Pocketheft «Mal ehrlich! Flucht und Asyl in Sachsen», herausgegeben von weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, informiert und argumentiert rund um das Thema Asyl im lokalen Umfeld. Die hohe Nachfrage hat gezeigt, dass Thema und didaktischer Ansatz richtig waren. Das Heft wurde als Seminarmaterial in Schulen und Demokratietrainings benutzt, durch Asyl-Initiativen und auf Demonstrationen verteilt, durch Verwaltungsmitarbeiter/innen angefragt und bei politischen Diskussionen und Versammlungen zu Heimbauten ins Spiel gebracht. Es begleitet auch die vielfältigen Bildungsangebote zu Flucht und Asyl, die weiterdenken sachsenweit anbietet.

➤ Ausstellung

Thüringen: «DrogenKultur»

Drogen, Rausch, Sucht – immer wieder wird über diese Begriffe meist wenig sachlich debattiert. Dabei sind Drogen weder gut noch böse, problematisch kann nur der Umgang mit ihnen werden. Die Ausstellung «Drogenkultur – Kulturdrogen», die in Zusammenarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen mit dem akzept e. V. entstand, gibt Hinweise und Anregungen für eine fundierte Beschäftigung mit dem Thema. Die Ausstellung tourte 2014 durch mehrere Städte, wurde in Schulen präsentiert und auch bei verschiedenen Veranstaltungen eingesetzt, zum Beispiel beim Internationalen Diskussionsforum des Palette e. V. in Hamburg. Begleitend ist die CD-ROM «Drogenkultur – Kulturdrogen» erschienen. Sie soll Schulen, Jugendzentren, Sucht- und Drogenberatungsstellen oder auch kirchlichen Jugendgruppen die Möglichkeit bieten, sich diesem Thema in einer Form zu nähern, die auch neue und kritische Sichtweisen zulässt.

➤ Download

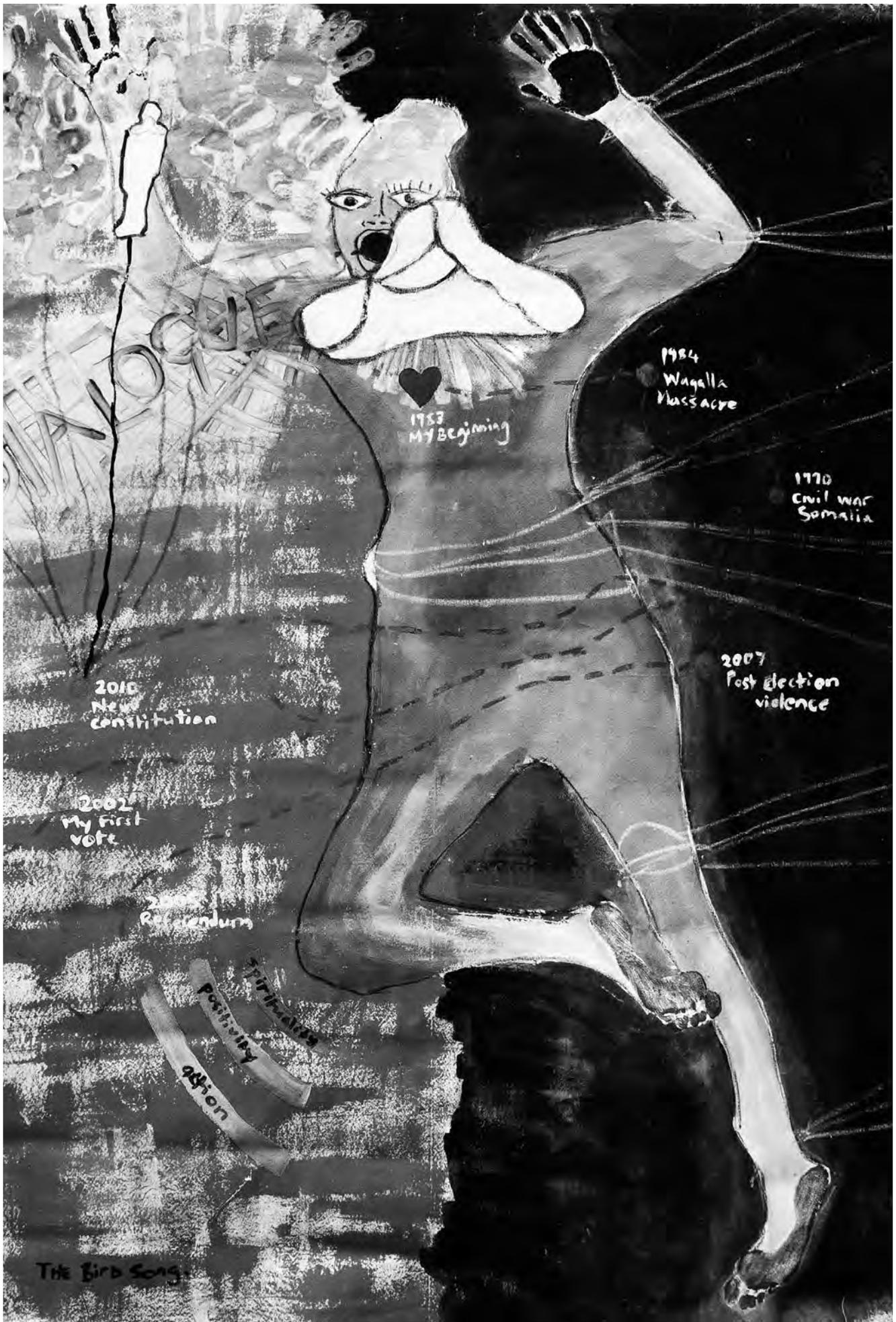
www.slu-boell.de/de/2015/02/24/dokumentation-gruener-land-wirtschaften

➤ Download

Download des Pockethefts:
www.weiterdenken.de

➤ Link

www.boell-thueringen.de/de/drogenkultur-die-ausstellung



1 Bodymap «Birdsong» aus dem Kunstprojekt #WhoWeAreKE (Kenia)

« Immer noch ist die Kunst ein gutes Versteck: nicht für Dynamit, sondern für geistigen Explosivstoff und gesellschaftliche Spätzünder. » Heinrich Böll

Kunst und Kultur im digitalen Zeitalter

Auch Kunst kann ein Mittel politischer Bildung sein: Sie schärft die Wahrnehmung, trainiert die Intuition und inspiriert zu kreativer Einmischung. Die Digitalisierung verschafft den Künstlerinnen und Künstlern ganz neue Möglichkeiten, potenziert die Teilhabe an kulturellen Errungenschaften und wird damit zu einem neuen Spielfeld für gesellschaftliche Einmischung.

Wir untersuchen die Zusammenhänge von Kunst und Aktivismus in sozialen und politischen Bewegungen, online und offline, national wie international. Dafür kreieren wir Ausstellungen und Theaterprojekte, konzipieren und veranstalten Filmfestivals, internationale Workshop-Konferenzen und Podiumsdiskussionen zu Themen der Kultur- und Netzgesellschaft. Bei uns mischt sich Kunst ein – im Netz und vor Ort.



1 «4.48 Psychose» von Sarah Kane, Theater Dortmund Foto: Edi Szekeley

Schauspiel im Livestream – Fluch oder Segen?

Die Musiktheater in New York und München senden seit Jahren erfolgreich digitale Direktübertragungen in die internationalen Cineplexe, der Stream der Netzkonferenz re:publica wird von *Spiegel online* eingebettet – nur im Schauspiel bricht bei diesem Thema ein Kulturkampf aus. Die einen warnen vor Kulturverfall, die anderen sehen darin eine Chance für das Theater. Livestream im Schauspiel – Fluch oder Segen?, das fragten wir in einem Fachgespräch im Dezember. «Wenn schon, dann richtig!», resümierte Mounia Meiburg für die *Süddeutsche Zeitung* die Veranstaltung. Zuerst sollen sich die Künstler/innen mit dem Medium beschäftigen, dann erst die Marketingabteilungen. Es müsse künstlerisch Sinn machen, meinte auch der Berliner Kulturstaatssekretär Tim Renner. Livestreaming sei kein Ersatz für das echte Theatererlebnis, sondern eine Ergänzung – auch für die, die nicht mobil seien, kein Geld hätten, am falschen Ort wohnten oder aus Schwellenangst kein Theater beträten. Kay Voges, der Dortmunder Schauspielintendant und Regisseur des Theaterstücks, das live für die Veranstaltung gestreamt wurde («4.48 Psychose» von Sarah Kane), wies nachdrücklich auf die künstlerischen Chancen des neuen Mediums hin. Die Seele des Theaters nahm nach diesem Abend nicht wirklich Schaden, im Gegenteil: Tim Renner und die anderen Diskussions Teilnehmer/innen trieb die «Sorge um die analogen Kulturstätten» um. Resultat unserer Diskussion: Die Digitalisierung der Hochkultur steht auf der Tagesordnung der Kulturpolitik und der Kunst weit oben.

Theater & Netz, Vol 2 – Workshop-Konferenz

Unsere Workshop-Konferenz «Theater und Netz, Vol 2» im Mai 2014 verband wie im Vorjahr die beiden Hochämter der Berliner Theater- und der Netzszene: das legendäre Berliner Theatertreffen und die größte nationale Konferenz für Internet und Gesellschaft re:publica. Zentrales Thema der Konferenz war das (Theater-)Künstlerbild im digitalen Zeitalter. Gemeinsam gearbeitet wurde einen Tag lang in Social-Media-Workshops mit den Kommunikationsleiter/innen der deutschsprachigen Theater. Mit über 150 Teilnehmenden aus ganz Deutschland, Österreich und der Schweiz waren (fast) alle deutschen Bühnen beteiligt. Gleich danach ging es bei der Sonderveranstaltung «Generation Remix» um aktuelle Fragen des Urheberrechts. Die zusammen mit der Digitalen Gesellschaft komponierte Gesprächsrunde plädierte vielstimmig auf das Recht auf Remix – als eine Chance, Musik und Literatur anderer Autor/innen und Komponist/innen frei verwenden zu dürfen.

Kultur umsonst?

Anfang Dezember veranstalteten wir gemeinsam mit dem ungarischen Festival für zeitgenössisches Theater die Konferenz «Ingyen kultúra? Culture for free?» in Budapest. Der Titel der Konferenz war inspiriert durch das Festival selbst. Denn der langjährigen Festivalleiterin Maria Szilágyi wurde massiv die staatliche Förderung gekürzt. Trotzdem hat sie es geschafft, mit nur wenig Mitteln ein Schaufenster der ungarischen zeitgenössischen Dramatik zu präsentieren. Die ausgewählten Produktionen

stellten die Themen Geschichtsaufarbeitung, Minderheitenrechte und LSBTI in den Mittelpunkt. Mit Unterstützung der Stiftung wurde auch ein Gastspiel aus Bratislava eingeladen, das neben Produktionen aus Deutschland und Rumänien zum europäischen Charakter des Festivals beitrug. Auf den Podien und Workshops der Konferenz debattierten Gäste aus Deutschland, Griechenland und Dänemark sowie ungarische Theaterexpert/innen zur «Self-Sustainability» der Kultur und dem besonders in Ungarn zwischen den politischen Polen umstrittenen Begriff des «Theaters der Hoffnung». Auch abseits der Podien suchten die Konferenzteilnehmer/innen aus allen Teilen Europas nach Zukunftsvisionen für ein Theater in den Zeiten knapper Kassen. In den Workshops wurden dazu digitale Strategien des Theatermarketings präsentiert. Die Veranstaltung ermöglichte den Austausch und die europäische Vernetzung der ungarischen Theaterszene in politisch schwierigen Zeiten.

«Glaubenssachen» – Deutsch-Israelische Literaturtage

Wie gehen unsere Gesellschaften mit Religiosität um? Wer bestimmt heute, was Moral ist? Und ist die Literatur der Ort, diese Fragen zu verhandeln? In Ländern wie Deutschland scheint die Säkularisierung unaufhaltsam voranzuschreiten. Dennoch – oder gerade deswegen – flackern regelmäßig hitzige Kontroversen auf, in denen religiöse Fragen mit verhandelt werden – über Kreuzfixe in der Schule, Beschneidung von Jungen, die Rolle des Islam in Europa oder die Grenzen der Selbstermächtigung des Menschen. Israelische und deutschsprachige Autor/innen haben bei unseren fünften Deutsch-Israelischen Literaturtagen in Kooperation mit dem Goethe-Institut über diese «Glaubenssachen» diskutiert und aus ihren Büchern gelesen. Mit Meir Shalev und Eva Menasse trafen zur Eröffnung im Deutschen Theater ein Autor und eine Autorin aufeinander, die sich in ihren Romanen direkt mit religiösen Lehren auseinandersetzen. Den Einfluss von Religion in Politik und Gesellschaft diskutierten Aviad Kleinberg und Sibylle Lewitscharoff mit Stiftungsvorstand Ralf Fücks im Grünen Salon der Volksbühne. Im Frankfurter Kleist-Forum diskutierte Shelly Kupferberg mit Sarah Blau und Benjamin Stein, was jüdische Identität ausmacht und wie unterschiedlich sie gelebt wird. Zur abschließenden Matinée im Renaissance-Theater Berlin begegneten sich Nili Landesman und Hannah Dübgen zum Thema «Leben ohne Glauben». Welche Werte, Träume und Leiden kommen zum Tragen, wenn «frau» das eigene Schicksal selbst in die Hand nimmt?

Publikation

Brennen ohne Kohle:
Download: www.boell.de/de/2014/04/28/brennen-ohne-kohle

Web

www.boell.de/de/glaubenssachen-deutsch-israelische-literaturtage-2014



II Eva Menasse bei den Deutsch-Israelischen Literaturtagen in Berlin



III Hubert Sauper, Friedensfilmpreisträger 2014, und Paul Simon Lokwang, TV-Moderator aus Südsudan

Friedensfilmpreis an «We Come as Friends»

Der 29. Friedensfilmpreis der Internationalen Filmfestspiele Berlin ging 2014 an den österreichischen Regisseur Hubert Sauper für seinen Film «We Come as Friends». Der Filmemacher flog für seinen Film mit einem selbstgebauten Kleinflugzeug in den Sudan. Bei jeder seiner Landungen begegnete er Menschen, die Akteure in einer für den Kontinent exemplarischen Situation sind. «Der Detailreichtum des Films macht neugierig, auch weil der Film zeigt, dass die Fehler der kolonialen Vergangenheit wiederholt werden. Er kommt genau zum richtigen Zeitpunkt, an dem Afrika von der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wieder entdeckt wird», so die Begründung der Jury. Der Friedensfilmpreis ist mit 5.000 Euro und einer Plastik des Künstlers Otmar Alt dotiert. Die Heinrich-Böll-Stiftung plant und organisiert die Preisverleihung und stellt das Preisgeld. Die Schirmherrschaft liegt bei der Internationalen Vereinigung der Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW).

Link

www.boell.de/de/2014/02/15/29-friedensfilmpreis-we-come-friends



1 | Crashkurs mit David Solomon: Die gesamte jüdische Bibel in einer Stunde – mit Edding-Stiften und einigen Metern Leinwand.

Bibel-Crashkurs mit David Solomon

Für seine Vorträge braucht David Solomon nur ein paar dicke Edding-Stifte und einige Meter Leinwand. Etwa 4.000 Jahre deckt er in seinem Vortrag über die «Jüdische Geschichte in einer Stunde» ab. Durch seine Vortragsreihe «In One Hour» wurde er zu einem der wichtigsten Vermittler des Judentums. Im September 2014 ging es im Rahmen der Jüdischen Kulturtage in Berlin «nur» um 2.000 Jahre: In einer Stunde gab Solomon einen Überblick über den gesamten Tanach, stellte jedes Buch mit seinen Hauptthemen im historischen Kontext dar und beleuchtete den Übergang von den Legenden des alten Israels zur objektiven Realität der jüdischen Geschichte. In einer Zeit, in der sich der Antisemitismus wieder offen zeigt, ist diese Erinnerungsarbeit besonders wichtig. Die Geschichte der jüdischen Bibel erinnert nämlich auch daran, auf welchen geistigen und ethischen Fundamenten das Christentum und die europäische Zivilisation stehen.

SPOKEN WOR:L:DS Nairobi – Berlin

SPOKEN WOR:L:DS, ein Austauschprojekt der Literaturwerkstatt Berlin, führte in die poetischen Topographien zweier energiegeladener Großstädte: Berlin traf auf Nairobi und umgekehrt; Rap und HipHop auf Spoken Word und Lyrik. Berliner Rapper/innen, Spoken-Word-Autor/innen und Lyriker/innen reisten nach Nairobi und arbeiteten dort mit kenianischen Künstler/innen an Texten, Performances und Hip-Hop-Songs. Fünf Monate später – im April 2014 – setzten die kenianischen und deutschen Künstler/innen ihre gemeinsame Arbeit in Berlin auf der Belegtag der Heinrich-Böll-Stiftung fort. Beim Auftaktabend in der Stiftung stellten sie live das Ergebnis ihrer Arbeit vor: eine CD mit Hip-Hop-Tracks, Lyrik und Spoken-Word-Stücken. Es war der Auftakt einer Veranstaltungsreihe mit Gesprächen, Performances und Konzerten in Berlin.



www.youtube.com/watch?v=qIu_iZzuTfM



Website One Hour:
www.inonehour.net/



ii Billy Kahora und Sitawa Namwalie Foto: Olad Aden



iii (v.l.n.r.): Prya Basil, L-Ness, MC Kah und Dr. Susanne Stemmler Foto: Olad Aden



iv (v.l.n.r.): Billy Kahora, Sitawa Namwalie, Josefine Berkholz und Octopizzo Foto: Olad Aden



v (v.l.n.r.): Checkmate Mido, Namatsi Lukoye und Sitawa Namwalie Foto: Olad Aden

Hannah-Arendt-Preis 2014

an Juri Andruchowytsch, Nadeshda Tolokonnikowa und Marija Aljochina

Der Hannah-Arendt-Preis 2014 ging an den ukrainischen Autor Juri Andruchowytsch sowie an die russischen Aktionskünstlerinnen Nadeshda Tolokonnikowa und Marija Aljochina (ehemals Mitglieder von Pussy Riot). Andruchowytsch ist seit Jahren eine wichtige literarische Stimme der demokratischen Bewegung der Ukraine. Nadeshda Tolokonnikowa und Marija Aljochina trugen auf dem Höhepunkt der Demonstrationen gegen die Wiederwahl Putins mit Pussy Riot den Widerstand ins geistige Zentrum des neuen großrussischen Machtgebildes. Mit ihrer Auszeichnung hat die Jury auch all jene gewürdigt, die trotz Verfolgung am Widerstand gegen die reaktionäre Wende in Russland festhalten. Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken wird von der Stadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung vergeben und ist mit 10.000 Euro dotiert. Er wird an Personen verliehen, die in ihrem Wirken mutig das «Wagnis Öffentlichkeit» angenommen haben.



1 «Who I Am, Who We Are», ein Kunstprojekt von Wambui Kamiru (Kenia) und Xavier Verhoest (Belgien)

schriftlichen Verfassung waren auch die letzten Präsidentschaftswahlen von ethnischen Tönen dominiert. Obwohl sie weitgehend friedlich verliefen, hat das Wahlergebnis das Land tief gespalten. Regierung und Opposition bedienen sich auch weiterhin ihrer jeweiligen ethnischen Basis und wieder ist es ethnische Politik, die Kenia in die nächste Krise bringen könnte. Um Argumenten von Ausschluss und Dominanz die Kraft zu politischer Mobilisierung zu nehmen, müssen Ethnizität und Identität neu diskutiert werden. Unser Büro in Kenia hat ein Kunstprojekt unterstützt, was genau dies versucht: «Who I Am, Who We Are» (Wer ich bin, wer wir sind). Es ist Konzeptkunst, Gespräch und Begegnung in einem. Menschen kommen zusammen und kartieren ihre Wahrnehmung von sich selbst auf lebensgroßen Body Maps. Teil des Projekts ist auch ein öffentlicher Silent Room. Dort werden den Besucher/innen Fragen gestellt wie «Sind Sie Kenianer/Kenianerin?», «Was unterscheidet Sie von anderen Kenianer/innen?» oder «Was bedeutet es, Kenianer/Kenianerin zu sein?» – Mehr als 800 Menschen haben diese Fragen bereits beantwortet. Auch wenn sich die Antworten unterscheiden, die Erfahrungen im Silent Room sind ähnlich. Die Besucher/innen denken zum ersten Mal über die Komplexität von Identität nach, ihrer eigenen und der der anderen. Auch das hilft, die Verkürzung auf ethnische Identitäten zu hinterfragen. Body Mapping und Silent Room ziehen von Nairobi auch an den Viktoriasee, die Küste und den Norden Kenias. Am Ende werden die Antworten auf die Frage, wer ich bin und wer wir sind, so vielschichtig ausfallen, wie die Menschen in Kenia selber sind. Doch ein tieferes Verständnis der eigenen Identität sowie einer – wenn auch amorphen – kollektiven Identität schafft Ansprüche und Anteilnahme am eigenen Land und damit auch das Bewusstsein von Verantwortung jenseits der ethnischen Gruppe.

Beyond Borders – Performance-Workshops

Der Völkermord an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges belastet noch immer die Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei. Im interkulturellen Dialog und gerade im Kontext von Konflikten, wo Sprache oft als Mittel für Abgrenzung und Beschuldigung instrumentalisiert wird, könnte nonverbale Kommunikation eine Methode sein, um Feindbilder abzubauen – so die Idee hinter dem Performance-Projekt «Beyond Borders». In einem Workshop, unterstützt von unserem Büro in Georgien, versuchten türkische und armenische Frauen über nonverbale Kommunikation eine Annäherung. Und es gelang tatsächlich, unter den Frauen eine Verbundenheit herzustellen, die ohne Sprache funktioniert. Vorurteile und Ängste gegenüber ihren «Feindinnen» konnten sie durch Solidarität und Verständnis ersetzen. Am Ende entstand eine Performance, die in Jerewan und Aghdzk (Armenien) aufgeführt wurde. Sechs der Teilnehmerinnen führen anschließend zu einem internationalen Theaterfestival in die Slowakei und stellen die Ergebnisse des Projektes vor.

Wer wir sind – Auf der Suche nach Identität in Kenia

Machtkämpfe politischer Eliten in Kenia folgen einer oft kalkulierten ethnischen Logik. Nach den Wahlen im Jahr 2007 hatte diese Art der Identitätenpolitik zu Gewaltexzessen geführt, bei denen mehr als tausend Menschen starben. Trotz einer neuen fort-

Blog Beyond Borders

Ein Projekt begleitender Online-Blog arbeitet mit Texten auf Armenisch, Englisch und Türkisch.
Blog: www.linkingourstories.com/

Refugium für Künstlerinnen und Künstler

Weltweit vertreten Künstlerinnen und Künstler Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Mit unserem Stipendienprogramm im Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e. V. ermöglichen wir unseren Gästen, für einige Monate ungestört, ohne finanzielle Sorgen, frei von Verfolgung und Zensur kreativ zu arbeiten. Mitgetragen wird der Verein von der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen.



II Dara Abdallah, Schriftsteller aus Damaskus. Er ist einer der vielen jungen Kreativen, die die syrische Revolution von Anfang an künstlerisch und journalistisch begleitet haben. Foto: Larissa Bender

Gäste im Heinrich-Böll-Haus 2014

Roya Issa (Jahrgang 1973), Malerin aus Damaskus (Syrien). Die frühe Kindheit verbrachte sie in Algerien, graduiert hat sie an der Faculty of Fine Arts in Damaskus, danach arbeitete sie als freie Künstlerin in Dubai. Seit 2007 arbeitet sie für Kino- und Fernsehproduktionen in Damaskus und ist Kunstlehrerin an der dortigen Pakistani International School. Für ihre Ausstellung im Opernhaus Kairo (Ägypten) wurde sie mit dem Preis der «Lovers of Fine Arts Foundation» ausgezeichnet. Sie ist Mitbegründerin des Projektes «we are puppets» für syrische Flüchtlingsfrauen in Ägypten, das von den Vereinten Nationen unterstützt wird.

Ramy Alasheq (Jahrgang 1998), palästinensisch-syrischer Schriftsteller aus Damaskus (Syrien). «Schwankend zwischen Schmerz und Hoffnung», so charakterisiert er selbst seine Texte. Alasheq ist im syrischen Flüchtlingslager al-Yarmouk in Damaskus aufgewachsen. Infolge der Ereignisse in Syrien

wurde er erneut zum Flüchtling. Über ein Jahr lebte er ohne Aufenthaltsstatus in Amman (Jordanien), da Jordanien syrischen Palästinensern systematisch die Einreise verweigert. Anfang 2014 veröffentlichte er bei einem jordanischen Verlag eine Gedichtsammlung unter dem Titel «Auf Träumen laufen(d)»/«Walking on Dreams». In seinen Texten beschäftigt er sich mit Fragen nach der eigenen Identität, mit dem Leben im Flüchtlingslager oder den Erfahrungen als syrischer Aktivist.

Ebenfalls 2014 zu Gast waren der syrische Schriftsteller und Lyriker Mohammad Matroud (Jahrgang 1969), der georgische Schriftsteller Zaza Burchuladze (Jahrgang 1973), der syrische Schriftsteller Dara Abdallah (Jahrgang 1990), der syrische Lyriker, Journalist und Literaturkritiker Kheder Alaga (Jahrgang 1963) sowie der palästinensisch-syrische Lyriker Raed Wahash (Jahrgang 1981). Sie wurden bereits im Jahresbericht 2013 näher vorgestellt.

II

! Hinweis

Sie können das Heinrich-Böll-Haus Langenbroich durch die Übernahme einer Patenschaft unterstützen.

Mit Ihrer Hilfe können wir Schriftsteller/innen und Künstler/innen zu uns einladen.

I Ulrike Cichon E cichon@boell.de

! Bewerbung

Bewerbungen für Stipendien an:

Heinrich-Böll-Stiftung, Frau Sigrun Reckhaus c/o Stadtbibliothek Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln

T 0221-2834850 F 0221-5102589 E reckhaus@boell.de



Rückenwind für junge Talente

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben einem Stipendium fördern wir auch «ideell», d.h. wir bieten individuelle Beratung und Qualifizierung, regen zur politischen Debatte an und unterstützen unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten darin, sich selbst zu organisieren und zu vernetzen.

Unser Anliegen ist es, Talente zu entdecken und ihre Potenziale zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen, die sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wir kombinieren in unserer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben sehr guten Schul- bzw. Studienleistungen, die im Auswahlverfahren im biografischen Kontext bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und sich für Politik interessieren.

Wer wird gefördert?

Aus rund 2.000 Bewerbungen wählte das Studienwerk 228 Stipendiat/innen in einem dreistufigen Verfahren neu aus. Insgesamt förderten wir im vergangenen Jahr 1.026 Studierende und 225 Promovierende (57 Prozent Frauen und 43 Prozent Männer). Mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung konnten 1166 Stipendiat/innen unterstützt werden, davon 200 Promovierende. Von diesen Studien- und Promotionsstipendiat/innen haben 334 (29 Prozent) eine Migrationsgeschichte, und 434 (37 Prozent) kommen aus einem nichtakademischen Elternhaus. Über Mittel des Auswärtigen Amtes wurden insgesamt 85 internationale Stipendiat/innen gefördert, davon 24 Promovierende. Insgesamt 25 Personen (29 Prozent) kamen aus dem europäischen und 60 (71 Prozent) aus dem außereuropäischen Ausland. Regionale Förderschwerpunkte der Stiftung sind Mittel- und Osteuropa, die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) sowie Nordafrika und Naher Osten (hier vor allem Ägypten, Libanon, Marokko, Tunesien, Syrien und Israel).

Ideelle Förderung:**Beratung – Qualifizierung – Vernetzung**

Wir bieten unseren Stipendiat/innen neben der materiellen Förderung auch persönliche Beratung zur Studienplanung, machen Angebote zur gegenseitigen Vernetzung und legen ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm mit Seminaren, Workshops, Studienreisen, Diskussionsforen u. v. m. auf. Mit unserem Begleitprogramm wollen wir zur politischen Debatte anregen, Schlüsselkompetenzen vermitteln, zum interdisziplinären Dialog ermuntern und das gesellschaftspolitische Engagement unserer Stipendiat/innen fördern.

Themen im Begleitprogramm 2014

In unserem Begleitprogramm fühlen wir uns dem Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) verpflichtet. Es setzt sich zum Ziel, «Menschen zu befähigen, die Zukunft im Sinne nachhaltiger Entwicklung mitgestalten zu können». Viele unserer Veranstaltungen beschäftigten sich demzufolge methodisch und inhaltlich mit dem Thema «Nachhaltigkeit». 2014 fand zum Beispiel an der Universität Maastricht ein Seminar zum Aufbau von «Green Offices» statt. In Maastricht hatten Studierende bereits erfolgreich ein solches Office aufgebaut. Im Seminar erlernten die Teilnehmenden Fähigkeiten, die es ihnen erleichtern, an der eigenen Hochschule ein solches Büro aufzubauen. Ein weiteres Seminar bot einen Schnupperkurs zum Thema «Klimapolitik». Es war Teil einer Veranstaltungsreihe, die insbesondere Studienanfänger/innen die Schwellenangst vor Themen nehmen will, die als «schwierig» empfunden werden.

Auch unsere Sommerakademie, der Campus, zum Oberthema «Mehr Gemeinsamkeit in der Zukunft:

Wie wollen wir leben?» beschäftigte sich mit sozialen und ökologischen Transformationsprozessen. Es ging dabei um Gemeingüter, solidarisches Handeln, die Commons-Debatte und neue Modelle des Wirtschaftens und Haushaltens. Der jährlich stattfindende Alumni-Salon drehte sich 2014 ebenfalls um ein ökologisches Thema. Rund 130 Alumni diskutierten, wie die Politik und auch jeder Einzelne zu einer gerechten Verteilung von Ressourcen beitragen können. Ein Höhepunkt waren die Zukunftswerkstatt «Energie-wende für alle!» und die Szenarientwicklung zur Ressourcenverteilung im Jahr 2050. Während des Alumni-Salons wurden auch aus der Förderung ausgeschiedene Stipendiat/innen feierlich verabschiedet. Sie hatten zudem die Gelegenheit, Workshops zum Berufseinstieg und zu weiteren Entwicklungsmöglichkeiten zu besuchen.

Neben neuen Themen fanden auch altbewährte Veranstaltungsformate wieder ihren Platz. Dazu gehören die zweimal jährlich stattfindenden Einführungsseminare «Ansichten einer Stiftung», in denen die Neustipendiat/innen die Stiftung im Allgemeinen und die ideelle und materielle Förderung des Studienwerks im Besonderen kennenlernten. Sie diskutierten aktuelle Fragen grüner Politik mit Stephan Kühn, Sprecher für Verkehrspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Promotionsförderung

In der Promotionsförderung setzen wir den Schwerpunkt zu Nachhaltigkeitswissenschaft und -forschung fort. Inzwischen werden 24 Promovierende aus unterschiedlichen Fächern in dem Forschungscluster zur «Transformationsforschung» gefördert. Die Teilnehmenden befassen sich aus diversen Perspektiven mit Fragen der ökologischen Transformation. Im Jahr 2014 setzten sie sich mit dem Transformationsbegriff auseinander, erlernten Strategien zur Vermittlung komplexer Fragestellungen an ein breites Publikum und besuchten Institute unserer Kooperationspartner wie das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung und das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change in Berlin.

Highlight für unsere Promovierenden ist das jährlich stattfindende Promovierendenforum. Dort können sie ihre Forschungsarbeiten präsentieren und sich untereinander austauschen.

Selbstorganisation gefragt: Ad-hoc-Gruppen

Zu den möglichen Formen stipendiatischer Selbstorganisation gehören neben den Arbeitsgruppen und den Hochschulgruppen («Lokale Initiativen») sogenannte Ad-hoc-Gruppen. 2014 wurden 20 solcher Ad-hoc-Gruppen-Treffen initiiert. Das Format bietet die Möglichkeit, zu selbst gewählten Themen einmalige Treffen zu veranstalten – das Studienwerk übernimmt die Fahrtkosten. Diese Begegnungen sind hin

und wieder der Auftakt zu größer angelegten Vorhaben, etwa der Gründung einer kontinuierlich tagenden Arbeitsgruppe. Die Themenpalette reicht von philosophischen, gesellschafts- und naturwissenschaftlichen, zeitgeschichtlichen Fragen bis hin zu Betrachtungen aktueller Trends. Sehr häufig sind die Fragestellungen interdisziplinär angelegt, so dass es zu regen Debatten etwa zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaftler/innen kommt. Die Themen reichten 2014 von «Rassismus und Geflüchtetenpolitik» bis zur Gründung eines Orchesters.

Ein Herzstück der ideellen Förderung ist die Arbeit der Lokalen Initiativen: An zahlreichen Hochschulstandorten gibt es Gruppen, die in Eigenregie regelmäßig Treffen konzipieren und organisieren. Diese Initiativen befördern die Vernetzung untereinander und mit der Stiftung. In einigen Städten sind auch Landesstiftungen und Vertrauensdozent/innen involviert. Die Münchner Lokale Initiative unternahm beispielsweise eine Wandertour mit Toni Hofreiter durch das Kaisergebirge bei Kufstein. Die Nürnberger Stipendiat/innen besuchten die Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Zirndorf. Bei einem Treffen in Karlsruhe führten Promotionstipendiat/innen die Studienstipendiat/innen durch ihre Labore und zeigten ihre Arbeitsplätze.

Arbeitsgruppen

Eigenverantwortlich organisierte Arbeitsgruppen der Stipendiat/innen, die zu Schwerpunktthemen der Heinrich-Böll-Stiftung arbeiten, bilden einen wesentlichen Bestandteil des Begleitprogramms. Im Jahr 2014 arbeiteten neun Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:

- AG Gender und Feminismus
- AG Gesundheit, Ethik, Pharma
- AG Internationale Zusammenarbeit
- AG Kunst und Politik
- AG Natur und Technik
- AG Naturnutzung und Naturschutz
- AG Theorie – Gesellschaft – Politik
- AG Wilder Osten
- AG Wirtschaftspolitik

Journalismus-Programm:

«Medienvielfalt, anders: Junge Migrantinnen und Migranten in den Journalismus»

Seit 2008 fördern wir in Kooperation mit mehreren Medienpartnern junge Nachwuchsjournalist/innen mit Migrationsgeschichte. Einige haben bereits den Berufseinstieg erfolgreich geschafft und sind Reporter oder Volontärinnen. Im Jahr 2014 wurde das Programm von Prof. Dr. Margreth Lünenborg von der FU Berlin evaluiert. Sie empfahl unter anderem angesichts einer notwendigen Diversifizierung journalistischer Redaktionen die Ausweitung des Angebots bezüglich der Medienpartner und Zielgruppen und die Hervorhebung des Themas «Diversity im Journalismus» sowie das Werben für dieses Thema.

Studienprogramm «Transformation gestalten»

Das zweijährige Studienprogramm «Transformation gestalten» mit 24 Stipendiat/innen aus acht Begabtenförderungswerken wurde im Dezember 2014 beendet. Es beinhaltete diverse Veranstaltungen, eine gemeinsame Projektarbeit (inkl. begleitender Supervision) und Hospitationen in Unternehmen und Organisationen. Die Teilnehmenden sollten auf ihre künftige Aufgabe im gesellschaftlichen Transformationsprozess vorbereitet und dafür qualifiziert werden. Ziel des Programms war es, einerseits Wissen, andererseits solche Problemlösungs- und Gestaltungskompetenzen zu vermitteln, wie sie im Rahmen von Bildungskonzepten für eine Nachhaltige Entwicklung (BNE) beschrieben werden.

Projektgruppen des Studienprogramms «Transformation gestalten»

Projektgruppe 1

Transformation der Wirtschaft – Nachhaltigkeit & Verantwortung von Anfang an:

Es braucht eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung hin zu nachhaltigen, partizipativen und tragfähigen Strukturen. Dabei spielt die Art des Wirtschaftens eine zentrale Rolle. Unternehmen sind vermehrt gefordert, sich ihres Einflusses auf Mensch und Gesellschaft bewusst zu werden und verantwortungsvoll damit umzugehen. Mit unserem Projektvorhaben unterstützen wir den Wandel der Wirtschaft, indem wir Schulungen für Gründerinnen und Gründer entwickeln, um eine nachhaltige Entwicklung zu motivieren und voranzutreiben.

Projektgruppe 2

NeWeLoPP – Neue Wertstätten, lokale und partizipative Projekte:

Das Projekt «NeWeLoPP» setzt sich mit der Frage auseinander, wie Menschen, die bisher nicht in Neuen Wertstätten oder lokalen partizipativen Projekten aktiv sind, Interesse am Mitmachen entwickeln können. Unser Fokus liegt dabei auf FabLabs und Urban Gardening-Initiativen. Ziel soll nicht eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Thema sein, sondern das Entwickeln von Instrumenten zur milieuspezifischen Ansprache, die wir zusammen mit ausgewählten Projekten erproben und auf ihre Bedürfnisse anpassen.

Projektgruppe 3

WasserWege – Vom Teller zur Produktion:

Die Projektgruppe beschäftigt sich mit den Auswirkungen von exportorientierter landwirtschaftlicher Produktion auf die lokale Verfügbarkeit von Trinkwasser in den Anbauländern. Ziel des Projektes ist es, die Zusammenhänge anschaulich für Verbraucher/innen aufzubereiten und so zum Nachdenken über das eigene Konsumverhalten anzuregen.

Projektgruppe 4

von morgen – alles Gute auf einer Karte:

«von morgen» ist ein umfassendes Online-Tool, das sich mit einer besonderen Kartierungsfunktion als ein Netzwerk und Dienstleister für gemeinschaftliches Glück und Wohlbefinden in der Welt versteht. «von morgen» fragt nach Werten, die unsere Gesellschaft fundieren und bewegen. Ziel der Karte «von morgen» ist es, möglichst viele Menschen auf ihrem Weg zu einem zukunftsfähigen Leben anzusprechen. Es soll ein Werkzeug zur Verfügung gestellt werden, mit dem sie ihre Lieblingsinitiativen für eine Welt von morgen auf eine Karte setzen und dies mit anderen Menschen teilen. Außerdem wird «von morgen» u. a. Workshops und Veranstaltungen anbieten, die dazu einladen, Fragen über Nachhaltigkeit immer wieder neu zu ergründen.



I

Xuezhe Zhang promovierte an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin über das verbraucherschützende Widerrufsrecht im europäischen und deutschen Recht und seine Aufnahme ins chinesische Recht. Sie war von 2004 bis 2006 Promotionsstipendiatin der Stiftung. Im Jahr 2006 beendete sie erfolgreich ihre Promotion. Seitdem arbeitet sie als Associate Professor am College of Comparative Law an der China-Universität für Politik- und Rechtswissenschaft in Beijing. Ihre Forschungsschwerpunkte sind das europäische, deutsche und chinesische Vertrags- und Gesellschaftsrecht, vor allem das Verbraucherrecht.



II

Nicolas J. Beger promovierte an der Universität von Amsterdam, Amsterdam School of Cultural Analysis, und wurde von 1998 bis 2001 mit einem Promotionsstipendium gefördert. Seine Dissertation veröffentlichte er unter dem Titel «Tensions in the struggle for sexual minority rights in Europe: que(e)rying political practices». Beger spezialisierte sich auf die Arbeit mit Nichtregierungsorganisationen, arbeitete als Koordinator der Civil Society Contact Group und daraufhin als Direktor des European Peacebuilding Liaison Offices. Seit 2008 ist er Direktor des Amnesty International European Institutions Offices in Brüssel.



III

Lena Keul studierte internationale Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Lateinamerika in Tübingen und Recife, Brasilien. Sie war von 2007 bis 2009 Studienstipendiatin der Stiftung. Sie war Mitbegründerin der Studierendeninitiative «Greening the University» und an der Einführung eines Umweltmanagementsystems und des transdisziplinären Studium Oecologicum beteiligt. Nach ihrem Studium arbeitete sie bei der Koordinationsstelle Wirtschaft und Umwelt der Hochschule Nürtingen-Geislingen und wirkte an der Erstellung des Klimaschutz-Bildungskonzepts der Stadt Köln mit. Nach der Tätigkeit für eine Kapitalanlagegesellschaft für ethisches Investment, bei der sie das soziale und ökologische Handeln von Unternehmen bewertete, ist sie heute für den Bereich Klimaschutz und Klimawandel im Hessischen Umweltministerium verantwortlich.

Studienwerk goes facebook

Seit 2012 betreut das Studienwerk eine eigene Facebook-Seite, auf der Förderangebote und Sonderprogramme sowie Bewerbungs- und Fördermodalitäten vorgestellt werden. Zudem werden anstehende Termine (z. B. von Info-Tagen an Hochschulen mit Studienwerksbeteiligung), Auszeichnungen und interessante Publikationen von Stipendiaten und Ehemaligen veröffentlicht. 2014 haben wir großen Erfolg mit unseren Posts zu den Einführungsseminaren

sowie zur Öffnung des Bewerbungsverfahrens verzeichnet, aber auch die filmische Aufbereitung unseres ehemaligen Studienstipendiaten Mohamed Amjahid (Teilnehmer des Programms «Medienvielfalt, anders») zu seinen Erfahrungen mit der Ausländerbehörde hat viele Interessierte auf die Seite gelockt. Bis Anfang 2015 haben wir über 2.000 Fans gewinnen können.



iv Der «Campus» – die jährlich stattfindende Sommerakademie



v Stipendiat/innen beim Einführungsseminar



vi Austausch und erstes Kennenlernen beim Einführungswochenende

Gunda-Werner-Institut: Feminismus und Geschlechterdemokratie weiterdenken

Geschlechterpolitiken aus unterschiedlichen Blickwinkeln haben im Gunda-Werner-Institut (GWI) einen festen Platz. Ob (queer-)feministisch oder männerpolitisch – das GWI ist Ort der Analysen und Strategien. Uns treibt die Frage um, wie eine geschlechterdemokratische Gesellschaft aussieht und welche politischen Instrumente uns dorthin bringen. Als offenes, diskursives Konzept lebt Geschlechterdemokratie von der Auseinandersetzung und dem Dialog mit und zwischen allen Geschlechtern, gemäß Gunda Werners Ansatz: «Denkverbote strengstens verboten!» Das GWI stellt die Notwendigkeit von Geschlechterperspektiven in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik heraus (siehe Seite 5), unterstützt feministische Netzpolitik durch Analysen und Interventionen, spürt geschlechterpolitisch emanzipative Politikkonzepte in anderen Ländern auf und überprüft deren Übertragbarkeit auf die deutsche und die EU-Politik (siehe Seite 34). Wir denken über neue Modelle für gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter nach und vermitteln entsprechende Kompetenzen durch Gender-Beratung und -Training.



Christina Thürmer-Rohr, feministische Theoretikerin, emeritierte Professorin und Musikerin

«anfangen» – eine Hommage an Christina Thürmer-Rohr

1 Eine ganze Generation von Frauen fand in den Texten Christina Thürmer-Rohrs Inspiration und Ansporn, sich selbst neu zu erfinden. Der Film «anfangen» von Gerd Conrad in Kooperation mit dem Gunda-Werner-Institut ist eine Hommage an eine Frau, die feministische Geschichte geschrieben hat. Christina Thürmer-Rohrs Kritik am Patriarchat in allen Ausprägungen des sozialen Lebens, im Denken, in der Kunst, in Wissenschaft und Religion war und ist radikal. In den 1980er Jahren gründete sie den Lehrstuhl «Feministische Theorie und Menschenrechte», bis heute inspiriert sie durch ihr vorausschauendes Den-

ken. Zur Premiere des Films im Oktober 2014 in der Heinrich-Böll-Stiftung kamen über 400 Gäste.

StreitWert – Politik im Dialog

Mein Körper gehört mir! Oder? – diese Frage löste kontroverse Debatten aus bei der StreitWert-Veranstaltung im Juni 2014 zum Thema Prostitution und Sexarbeit. Neben historischen Perspektiven, z. B. auf die Parallelen von Huren- und Schwulenbewegung, deren Kämpfe um Anerkennung zeitgleich und ähnlich verliefen, ging es insbesondere um die Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes von 2002.

Link

Zahlreiche Beiträge zu diesem Thema bot über mehrere Wochen auch das Blog:

www.gwi-boell.de/de/mein-koerper-gehoert-mir-oder



II Pieke Biermann, Autorin, frühe Aktivistin der Hurenbewegung



III Volker Beck, MdB, Bündnis 90/Die Grünen



IV Mithu Sanyal, Kulturwissenschaftlerin, Journalistin und Autorin



V Streitwert: Mein Körper gehört mir! Oder? – Die Debatten um Prostitution

Inzwischen werden vor allem von konservativer Seite Nachbesserungen gefordert, bis hin zum Verbot der Prostitution, da Prostitution und Menschenhandel nicht klar voneinander zu trennen seien. Deutlich wurde auf dem Podium: Die Debatten um Prostitution lassen sich kaum jenseits von Moraldebatten führen. Unbeantwortet blieb letztlich die Frage: Wie kann den Frauen sowohl die Freiheit, Sex als Dienstleistung anzubieten, gewährleistet werden als auch der nötige Schutz, wenn sie diese Dienstleistung anbieten?

Ein Recht auf ein Kind?

Green Ladies Lunch zu «Social Freezing»

«Social Freezing» war 2014 eines der meist diskutierten Geschlechterthemen in den Medien. Positionen, die Frauen soziale Kälte und einen Eingriff in die Natur vorwarfen, trafen auf die scheinbar feministische Position einer entspannten Selbstbestimmung durch technologischen Fortschritt. Bei einem «Green Ladies Lunch» des Gunda-Werner-Instituts äußerten die Teilnehmerinnen hingegen vielfältige feministische Kritik: an den neoliberalen Sachzwängen neuer reproduktiver Technologien, an der Normierung von Menschen und an der Verteilung von Care-Arbeit. Appelliert wurde, dass nicht alles, was Frauen als Lösung oder Selbstbestimmung empfinden, automatisch als feministisch zu unterstützen sei. Auch sei nicht alles, was einige Frauen wollen, legalisierbar oder bezahlbar. Eine feministische Kontroverse zwischen Generationen wurde darin aber nicht

gesehen. Die Generationen trenne lediglich das Wissen um frühere Kämpfe. Beim Kampf um den Abtreibungsparagrafen 218 gab es beispielsweise keine Debatte, ob man ein Kind brauche oder nicht. Gefordert wurde ein Abwehrrecht, kein Leistungsrecht.

Was heißt es heute, Mann zu sein?

Tagung des Forum «Männer»

Die Lebensrealität von Männern ist vielfältiger geworden. Heute stellen nicht nur jüngere Männer traditionelle Rollenzuschreibungen und Domänen von Männlichkeit immer mehr in Frage. Für viele ist es schon lange kein Idealbild mehr, nur Karriere zu machen und Alleinernährer in einer heterosexuellen Partnerschaft mit Kind(ern) zu sein. Die Tagung «Männlichkeiten zwischen Hegemonie und Vielfalt» in Kooperation mit dem Forum Männer im September 2014 nahm die Fülle männlicher Lebensentwürfe in den Blick. Diskutiert wurden vor allem die Widersprüche in der Wahrnehmung veränderter Geschlechterbeziehungen. Männer aus männerrechtlichen Bewegungen wollen nicht unbedingt zurück zum Patriarchat, sondern setzen eher auf die alte Differenzordnung. Manche argumentieren hingegen mit der Gleichheit der Geschlechter, stilisieren sich aber zu Opfern im Kampf der Geschlechter. Bemängelt wurde auf der Tagung, dass die Vielfalt männlicher Lebensweisen lediglich verbal auf mehr öffentliche Akzeptanz stöße, die politische Umsetzung von Angeboten wie z. B. Männerberatung käme jedoch nur schleppend voran.

GreenCampus: Politik erfolgreich machen!

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die vielseitigen Weiterbildungsformate der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Mit GreenCampus bieten wir Qualifizierung und Organisationsberatung für politische Organisationen und Akteure – von ehrenamtlich Aktiven bis zu Profis. Dazu gehört auch die interne Weiterbildung der Heinrich-Böll-Stiftung. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Auf- und Ausbau von Kompetenzen für erfolgreiche politische Arbeit und wirkungsvolle gesellschaftliche Partizipation.

Das Politikmanagementzertifikat

Mit einem praxisbezogenen Seminarangebot der Landesstiftungen, das Module aus den unterschiedlichen Bereichen des politischen Handwerks – von Kommunikation bis Personalentwicklung – umfasst, können politisch Aktive ihren individuellen Qualifizierungsbedarf und ihre persönlichen Interessen bei GreenCampus optimal miteinander vereinbaren. Derzeit werden in ganz Deutschland gut 20 thematisch und methodisch aufeinander abgestimmte Module aus den Bereichen Kommunikation, Medien und Organisation angeboten.

Weiterbildung als maßgeschneiderte Dienstleistung

GreenCampus macht politische Weiterbildung mit einer Vielzahl an Bestellseminaren zu einer maßgeschneiderten Dienstleistung. In den letzten Jahren hat GreenCampus in Deutschland und im europäischen Ausland eine Vielzahl an Bestellformaten umgesetzt. Die positive Bewertung des Angebots durch die Teilnehmenden liegt stabil bei knapp 100 Prozent. Die Themenpalette ist vielfältig: Strategie- und Verhandlungstrainings, politische Kampagnen und Krisenkommunikation, Entwicklung politischer Botschaften und Redenschreiben, Teambuilding und Mediation, Führungskräfte- und Medientrainings sowie Gender- und Diversity-Seminare.

Workshop Spezial

Diese Workshops richten sich an einen breiten Kreis von Adressat/innen und dienen neben der Wissensvermittlung auch dem Austausch zwischen Nichtregierungsorganisationen, Initiativen, Parteien, Fraktionen, Gewerkschaften, Vereinen, Universitäten und Unternehmen. Besonders gefragt waren die «Workshops Spezial» zum Schreiben politischer Reden, Social-Media-Strategien und Diversity Mainstreaming für Organisationen.

« Eine sehr gut inhaltlich, methodisch und logistisch vorbereitete Veranstaltung, aus der alle Teilnehmer/innen trotz unterschiedlicher Vorkenntnisse mit Erkenntnisgewinn herausgegangen sind. »

Teilnehmerin des Bestellseminars « Sitzungen und Diskussionen effektiv leiten »

Kommunalpolitische Weiterbildung

Es zeigt sich ein wachsender fachpolitischer Weiterbildungsbedarf auf kommunaler Ebene. Hier unterstützt GreenCampus u. a. die Landesstiftung in Brandenburg beim Aufbau eines eLearning-Kurses zu kommunalen Finanzen. Zudem engagieren wir uns für den deutschlandweiten Austausch unter Anbieter/innen kommunalpolitischer Weiterbildungsangebote.

Stiftungsinterne Weiterbildung

Die interne Weiterbildung der Stiftung ist an den strategischen Zielen der Organisation ausgerichtet. 2014 stand das Thema «Führungskultur» mit mehreren Modulen für Abteilungsleitungen und Mitarbeiter/innen mit Führungsaufgaben im Mittelpunkt.

Trainer/innennetzwerk

Gute Trainer/innen sind für die Qualität unserer Weiterbildungsangebote unverzichtbar. Zum ersten Mal hat im Jahr 2014 eine intensive GreenCampus-Sommerakademie für Trainer/innen stattgefunden. Dort standen die Entwicklung neuer Formate, der Praxis-transfer von Seminarwissen und der kollegiale Austausch im Mittelpunkt.



l (v.l.n.r.) Paulina Berndt, Wolfgang Pohl, Friederike Raiser, Maria Pajonk, Barbara Heitkämper, Christian Neuner-Duttenhofer

Link

Das gesamte Programm und aktuelle Angebote unter:

www.greencampus.de

T 030 / 285 34-144

Archiv Grünes Gedächtnis: Grüne Geschichte zugänglich machen

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Die im Archiv gesammelten Unterlagen werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzregeln der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.



1 (v. l. n. r.) Birgit Meiners, Imke Böhrnsen, Barbara Bussfeld, Rita Werkmeister, Dagmar Kampf und Regina Michalik auf dem Frauenpolitischen Kongress «Das Ende der Bescheidenheit», Frankfurt, vom 28.–29.6.1986
Foto: Irma Schreiber

Archivnutzung

In den vergangenen Jahren lag die Zahl der Archivbesuche zwischen 250 und 450. Nachdem die Besucherzahl im Jahr 2013 bereits angestiegen war, ist sie im vergangenen Jahr noch einmal um 40 Prozent gewachsen. Diesmal waren es vor allem die Zeithistoriker/innen, die zur guten Nutzung der Archivalien beigetragen haben. Das liegt vor allem an der üblichen Schutzfrist von 30 Jahren, die nun bei vielen Archivalien abläuft: Die Grünen sind in der Zeitgeschichte angekommen.

Archivierungen

Die Erschließungsprojekte des Archivs orientieren sich nicht zuletzt an der Nachfrage. Es gab im Zusammenhang mit dem Pädophilie-Skandal ein gesteigertes Interesse an den Archivbeständen der Landesverbände. Deren Beschreibung wurde im vergangenen Jahr vorangetrieben. Außerdem konnten die Unterlagen des Schwulenreferats der Bundestagsfraktion in den 1980er Jahren erworben und verzeichnet werden. Auch zum Frauenreferat der Bundesgeschäftsstelle mit seiner beinahe vollständigen Dokumentation der Sitzungen der BAG Frauen liegt nun das Findbuch vor.

Tagungen

Die Ökologiebewegung ist das Standbein bei der Gründung der Grünen gewesen. Es gibt aber zu dieser keine rundum zufriedenstellende historische Darstellung. Deshalb hat das Archiv im vergangenen November zu einer internationalen Tagung eingeladen. «Transformationen der Ökologiebewegung. Von den Grenzen des Wachstums bis zur Konferenz von Rio» – unter diesem Titel gab es fünf Panels zur Vorstellung von Fallstudien zu regionalen und transnationalen Umweltbewegungen sowie zur Arbeit von Umweltverbänden und Umweltexperten.

Kommunalpolitische Weiterbildung

Die Verbindungen und Berührungspunkte von Frauenbewegung und Grünen haben wir in einem Zeitzeugengespräch mit Sibylle Plogstedt erörtert. Das Interview wird in dem im Herbst 2015 erscheinenden «Jahrbuch Grünes Gedächtnis» veröffentlicht.

Online-Katalog

Ein Projekt, das uns während des ganzen Jahres 2014 beschäftigt hat und noch weiter beschäftigen wird, ist der Aufbau einer neuen Beständeübersicht im Rahmen des Archivportals Europa. Davon versprechen wir uns eine deutlich verbesserte Sichtbarkeit des Archivs und seiner Bestände im Internet.

Lesesaal

Öffnungszeiten des Lesesaals:
Mo/Di/Do 9–17 Uhr,
Mi 12–20 Uhr, Fr 9–16 Uhr

Eldenaer Str. 35, 10247 Berlin
E archiv@boell.de



Chico Whitaker – Mitglied der brasilianischen «Kommission Gerechtigkeit und Frieden», Mitbegründer des Weltsozialforums und Träger des alternativen Nobelpreises. Bei uns war er im April zu Gast auf der Podiumsdiskussion «Strahlende Geschäfte – Das deutsch-brasilianische Atomabenteuer».



Michail Chodorkowskij – früherer russischer Oligarch und Chef des Ölkonzerns Yukos, kam 2003 wegen Steuerhinterziehung in russische Haft. Zuvor geriet er immer wieder durch kritische politische Äußerungen in Konflikt mit der Staatsmacht. Im Jahr 2013 wurde er nach zehn Jahren überraschend begnadigt und freigelassen. Er war unser Gast bei der Matinee «Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde» zur Erinnerung an den russischen Menschenrechtsanwalt Jurij Schmidt, dessen Mandant er war.



Joschka Fischer – ehemaliger grüner Außenminister. Bei einer Veranstaltung der Stiftung diskutierte er im März zusammen mit dem US-amerikanischen Investor George Soros und der Europaabgeordneten Rebecca Harms über die Ukraine-Krise und deren Auswirkungen auf das Verhältnis der Europäischen Union zu Russland.



Rita Süßmuth – CDU-Politikerin, war Bundesministerin für Jugend und Familie sowie Präsidentin des Bundestags. Sie setzt sich seit langem für die Integration von Migrant/innen ein. Im Juni hielt sie die Keynote auf unserer Konferenz «Cities of Migration – Eine Agenda des Wohlstands für alle».



Sibylle Lewitscharoff – deutsche Schriftstellerin, erhielt im Jahr 2013 den Georg-Büchner-Preis für ihr literarisches Schaffen. Ein Jahr darauf sorgte sie mit ihrer Dresdner Rede für Diskussionsstoff, indem sie sich gegen künstliche Befruchtung aussprach. Bei uns war sie zu Gast bei den Deutsch-Israelischen Literaturtagen.



Foto: Karola Riegler

Tim Renner – Musikproduzent, Journalist und Autor. Er war Geschäftsführer der Plattenfirma Motor Music und verhalf Bands wie Tocotronic, Rammstein oder Muse zum Erfolg. Seit 2014 ist er Kulturstaatssekretär von Berlin. Bei uns hielt er die Keynote bei der Veranstaltung «Schauspiel im Livestream – Fluch oder Segen?».



Gesche Joost – Leiterin des Design Research Lab an der Universität der Künste und Internetbotschafterin der Bundesregierung, sie setzt sich für einen besseren Schutz der Privatsphäre ein. Sie hielt die Keynote auf unserer Konferenz «netz:regeln 2014. Verantwortung in der digitalen Gesellschaft».



Madeleine Rees – Generalsekretärin der Internationalen Frauen-Liga für Frieden und Freiheit (WILPF). Als Rechtsanwältin setzt sie sich für Menschenrechte ein und ist insbesondere an Gleichstellungsprojekten beteiligt. So engagiert sich Rees für die Inklusion von Frauen in die Friedenspolitik. Sie war zu Gast bei unserem Fachgespräch «Frauen an die Friedentische».



Rob Hopkins – Mitgründer des Transition Network. Die Transition-Bewegung will Kommunen für den Übergang in eine postfossile, relokalisierte Wirtschaft fit machen. Hopkins stellte bei uns sein Buch «Einfach. Jetzt. Machen! Wie wir unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen» vor. Er schildert darin anhand zahlreicher Beispiele, wie man Probleme vor Ort identifiziert, Lösungen entwickelt und Mitmenschen mobilisiert, frei nach dem Motto: «Mit lokalem Tun die Welt verändern».



Foto: (c) dpa

Ines Geipel – Schriftstellerin und Vorsitzende des Doping-Opfer-Hilfevereins. Ines Geipel war im Jahr 2.000 eine der Nebenklägerinnen im Prozess gegen den wegen systematischen, planmäßigen Dopings verurteilten ehemaligen DDR-Sportchef Manfred Ewald. In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung fand im Januar das Symposium «Von Glanz und Risiken – Elitekörper in Deutschland, Schadensbilanz und Zukunftsprognose» zu Ehren Prof. Dr. Werner Franke statt, dem die Heidi-Krieger-Medaille verliehen wurde.



Dr. Livia Cotta, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung Foto: hbs

Finanzielle Rahmenbedingungen

Das erste Halbjahr 2014 war geprägt von Unsicherheit über die finanziellen Rahmenbedingungen der Stiftung, bedingt durch die vorläufige Haushaltsführung nach der Bundestagswahl 2013. Erst im Juli beschloss der Bundestag über den Haushalt 2014. Im September konnten wir nach zähen Verhandlungen mit den anderen politischen Stiftungen den Verteilungsschlüssel für die kommende Legislaturperiode (+1 Jahr) vereinbaren, so dass nun eine der Variablen für die mittelfristige Finanzplanung 2015 bis 2018 gesetzt ist. Die Erfahrungen aus dieser Verhandlungsrunde unterstreichen einmal mehr, wie unbefriedigend das Fehlen einer transparenten, nachvollziehbaren Verteilungsformel zwischen den politischen Stiftungen ist. Unser Plädoyer für eine Gemeinschaftsinitiative für ein Stiftungs(finanzierungs)gesetz halten wir deshalb immer wieder.

Zusammenarbeit im Stiftungsverbund

Die Zuwendungen sind in Summe weiter gestiegen und bilden eine solide Basis für die vielfältige Arbeit der Stiftung. So auch für die Neuregelung der finanziellen Zusammenarbeit im Verbund mit den Landesstiftungen. Denn dort ist es gelungen, eine transparente, nachvollziehbare Verteilungsformel aufzustellen. Seit Mai 2014 haben die 16 Landesstiftungen und die Bundesstiftung in einem sehr konstruktiven Prozess ein neues Modell zur Globalmittelweiterleitung der Bundesstiftung an die Landesstiftungen entworfen: Die Bundesstiftung leitet auf dieser Grundlage ab 2015 20 Prozent ihrer Globalmittel des Bundesministeriums des Innern an die Landesstiftungen weiter. Die Satzung der Bun-

desstiftung sowie der Rahmenkooperationsvertrag und die Geschäftsordnung mit den Landesstiftungen wurden entsprechend angepasst. Mit dieser Reform ist ein Meilenstein für die weitere Arbeit im Stiftungsverbund erreicht.

Wirtschaftliche Entwicklung

2014 verfügte die Stiftung über rund 55 Millionen Euro für die Erfüllung des politischen Bildungsauftrags. Diese Einnahmen ermöglichen unter anderem Investitionen zum Beispiel in die IT-Infrastruktur. Damit stellen wir sicher, dass wir auch künftig unsere inhaltliche Arbeit mit moderner Ausstattung verwirklichen und unseren Mitarbeiter/innen attraktive Arbeitsplätze bieten können. Circa 1 Prozent unserer Projektmittel erhalten wir von der Europäischen Union und über 8 Prozent in Form von Sondermitteln – zum Beispiel für die Ukraine – aus verschiedenen Ministerien. Vor allem die Sondermittel stellen uns vor Herausforderungen, da sie Möglichkeiten der politischen Einflussnahme bergen und hohen Bearbeitungsaufwand mit sich bringen. Unsere Wirtschaftsprüfer bestätigen uns einen ordnungsgemäßen Umgang mit den uns anvertrauten Mitteln. Um auch weiterhin diesem hohen Anspruch an die strategische Steuerung der Mittel gerecht zu werden, wollen wir unsere Instrumente dafür weiter ausbauen.

Organisationsentwicklung

Die Standardisierung von Infrastruktur und Arbeitsorganisation unserer Auslandsbüros ist in vollem Gange, und der Anschluss der einzelnen Büros an das stiftungsweite Buchhaltungssystem erfolgt nach Zeitplan, sodass 2015 alle Büros angebunden sein werden. In der Finanzabteilung haben wir unsere Strukturen und Prozesse feinjustiert, um auch dort den steigenden Anforderungen weiterhin gerecht zu werden. Das Jahr 2014 stand außerdem ganz im Zeichen des Strategieprozesses, mit dem wir 2013 begonnen haben (s. S. 86). Ebenfalls 2014 haben wir Verhandlungen aufgenommen zu einem Haustarifvertrag. Gelingt 2015 der Abschluss, ist dies der erste Tarifvertrag in der Geschichte der Heinrich-Böll-Stiftung und ein weiterer Meilenstein für die Stiftung.



TuWas-Stiftung

2013 wurde die TuWas-Stiftung für Gemeinsinn mit großem ehrenamtlichen Engagement der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung ins Leben gerufen. Das Stiftungskapital beträgt derzeit rund 82.000 Euro. Um etwas bewirken zu können, braucht die TuWas-Stiftung noch viele Zustifter/innen und Spenden. Mehr Informationen? www.tuwasstiftung.de

Organe des Vereins:

- die Mitgliederversammlung – der Aufsichtsrat
- der Vorstand – der Frauenrat

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich zusammen aus 49 Personen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, 16 Personen aus den Landesstiftungen (eine Person je Landesstiftung) und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und umfasst aktuell zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Mitglieder der Mitgliederversammlung können Vorschläge für die vom Aufsichtsrat zu erstellende Liste einreichen. Der Vorstand verantwortet die strategische Ausrichtung der Stiftung. Er beschließt über die Gesamtziele, Strategien, Visionen, übergreifenden Programme und Projekte sowie die Positionierung der Stiftung in der Öffentlichkeit und die Kommunikationsstrategie.

Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist die **Geschäftsführerin** verantwortlich. Sie gewährleistet die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen und stellt die für Vorstand und Bereichsleitungen notwendigen Werkzeuge, Daten und Ressourcen für alle administrativen Entscheidungen zur Verfügung. Sie führt auch die Unternehmensdienste. Der Aufsichtsrat hat die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes inne. Er besteht aus neun Personen (die Mitgliederversammlung wählt aus ihren Reihen sieben, die hauptamtlichen Mitarbeiter/innen zwei Personen), die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

Der **Frauenrat** wird von der Mitgliederversammlung gewählt und ist ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Er setzt sich aktuell aus neun Frauen zusammen, deren Amtszeit vier Jahre beträgt. Der Frauenrat unterstützt frauenpolitische Ziele der Stiftung und die Umsetzung der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie nach innen und außen. Eine einmalige Wiederwahl in die Mitgliederversammlung, den Aufsichtsrat und den Frauenrat ist möglich.

Die Prüfung unseres Jahresabschlusses durch unabhängige Wirtschaftsprüfer erfolgt in der Regel in der zweiten Jahreshälfte des Folgejahres, da die Zusammenstellung aller Daten unserer Arbeit im In- und Ausland recht zeitaufwendig ist. Zu Redaktionsschluss lag der Bericht für 2014 noch nicht vor. Wir dokumentieren daher hier den Prüfungsbericht des Vorjahres:

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Berlin, für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wesentlich auswirken, mit hinreichen-

der Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Jahresabschluss entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

RBS RoevertBroennerSusat GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Berlin, den 7. November 2014

Bilanzen nach HGB 2012 und 2013 (alle Zahlen in Euro)**Aktiva****Anlagevermögen****31. Dezember 2012****31. Dezember 2013****Immaterielle Vermögensgegenstände**

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten*

382.082

460.537

geleistete Anzahlungen auf Software*

0

32.368

Sachanlagen

Grundstücke, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken*

15.854.807

16.315.559

Betriebs- und Geschäftsausstattung*

1.959.070

2.119.485

Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein

1

1

geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau*

0

36.041

Finanzanlagen

Sonstige Ausleihungen, Kautionen

64.457

48.313

Wertpapiere festverzinslich

50.000

150.000

Sonstige Wertpapiere

119.826

19.706

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

9.946.225

6.080.152

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

7.274.038

7.386.633

Rechnungsabgrenzungsposten

254.992

388.349

Summe der Aktiva**35.905.498****33.037.144****Passiva****Vereinsvermögen**

Vereinsvermögen

184.702

184.702

Rücklagen

332.382

253.994

Ergebnisvortrag

170.379

78.388

Sonderposten aus Zuwendungen

Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen

15.384.851

15.921.098

Sonderposten aus Zuwendungen zu Kautionen

64.457

48.314

Rückstellungen

Steuerrückstellungen

0

8.200

Sonstige Rückstellungen

1.191.429

975.762

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

2.807.763

0

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

960.248

4.149.407

Verbindlichkeiten gegenüber Projektpartnern

460.810

253.643

Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern

158.284

27.997

Sonstige Verbindlichkeiten

387.077

397.811

- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 17.719 Euro

- davon aus Steuern 55.969 Euro

Rechnungsabgrenzungsposten

13.803.116

10.737.828

Summe der Passiva**35.905.498****33.037.144**

* zuwendungsfinanziert

Vorläufige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2014 (alle Zahlen in Euro)

Berichtsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 Stand: 27. März 2015	lfd. Jahr (2015) Planzahlen	Berichtsjahr (2014) Vorläufiges IST	Vorjahr (2013) IST
Einnahmen Globalmittelhaushalt*	20.171.516	18.391.910	17.035.358
Einnahmen anderer Zuwendungsbereiche	39.756.674	36.296.856	33.891.070
Einnahmen Drittmittel	225.133	219.881	296.937
Summe der Einnahmen	60.153.323	54.908.647	51.223.365
Personalausgaben	15.717.400	13.361.164	13.080.837
Sachausgaben	3.005.000	2.778.646	2.827.425
Investitionen	550.000	413.509	298.670
Fachausgaben aus Globalmitteln	1.818.000	1.506.079	1.633.411
Weiterleitung an Landesstiftungen	2.502.096	2.169.235	2.194.525
Ausgaben für Stipendiat/innen	10.009.544	9.533.962	8.109.448
Ausgaben Drittmittel (ohne Personalkosten)	189.133	128.054	196.381
Projektmittel Ausland (BMZ, AA) und Projektmittel EU	24.752.730	23.060.998	22.241.886
Summe der Ausgaben	58.543.903	52.951.647	50.582.583
Mittelübertrag	1.609.420	1.957.000	640.782
Vereinseinnahmen	300.000	227.470	472.058
Vereinsausgaben	275.000	204.830	301.679
Vereinsergebnis	25.000	22.640	170.379

* einschließlich des Mittelübertrages aus dem Vorjahr

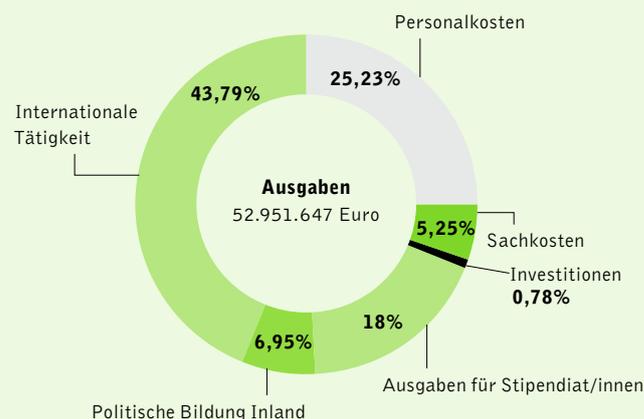
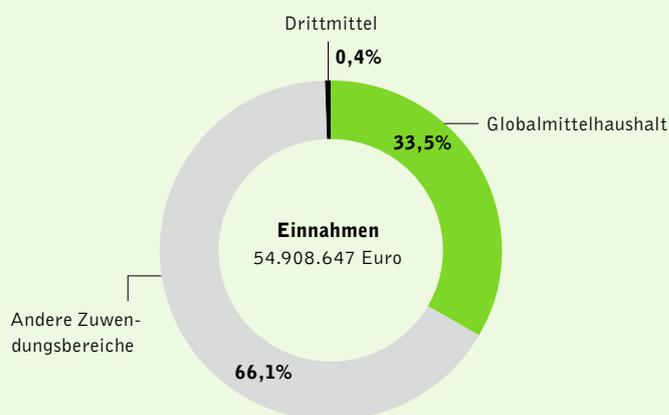
BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

AA: Auswärtiges Amt

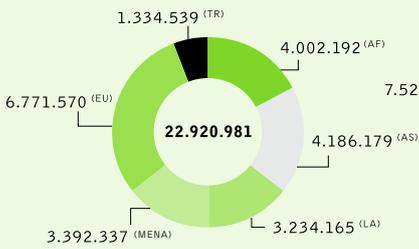
Einnahmen und Ausgaben 2014

Die Heinrich-Böll-Stiftung e. V. finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Berichtsjahr 2014 betragen die Einnahmen insgesamt 54,9 Mio. Euro.

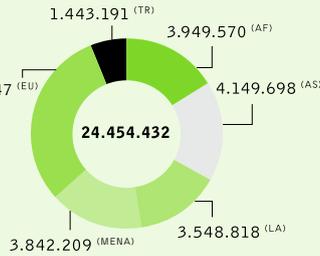
Knapp die Hälfte der Ausgaben entfällt auf die internationale Tätigkeit der Stiftung. Das Vereinergebnis wird für das Jahr voraussichtlich 22.640 Euro betragen. Die weitere Tätigkeit der Stiftung ist grundsätzlich durch mittelfristige Finanzzusagen seitens der Zuwendungsgeber gesichert.



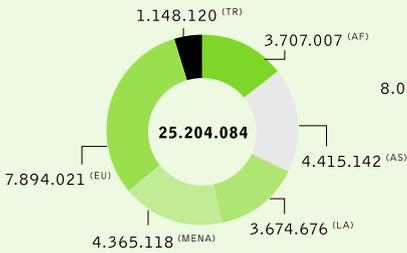
2011



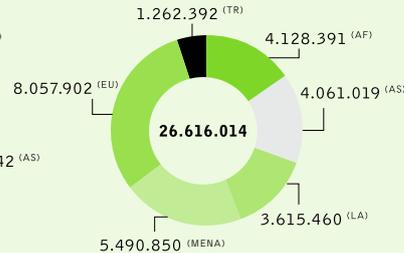
2012



2013



2014



- Afrika (AF)
- Asien (AS)
- Lateinamerika (LA)
- Nahost und Nordafrika (MENA)
- Europa (EU)
- Themenreferate (TR)

Internationale Zusammenarbeit 2014

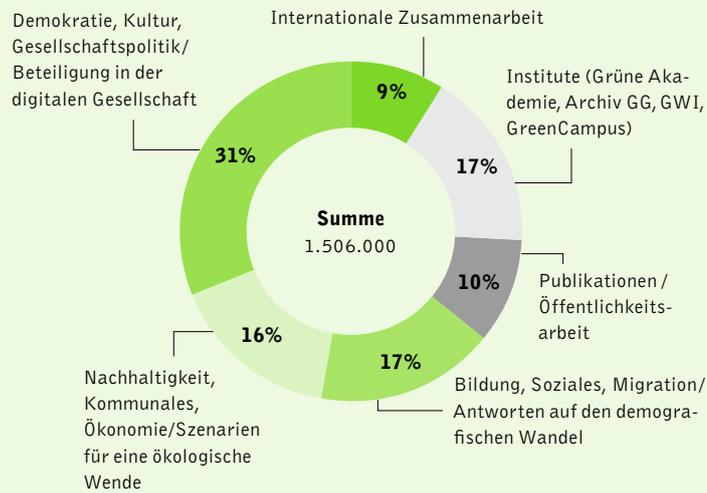
Die Projektmittel für die Internationale Zusammenarbeit betragen im Jahr 2014 etwas mehr als 27 Mio. Euro. In der nebenstehenden Grafik werden nur die durch die Abteilung Internationale Zusammenarbeit verausgabten Mittel dargestellt.

Etwa 210.000 Euro wurden durch andere Abteilungen bzw. Organisationseinheiten der Stiftung verausgabt. Rund 200.000 Euro flossen in das Stiftungsprojekt «Navision Roll» out in die Auslandsbüros. Diese Mittel sind in der Grafik ebenso nicht aufgeführt.

Der größte Mittelgeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit ca. 22,8 Mio. Euro. Darin enthalten sind neben den regulären Programmmitteln auch ca. 822.000 Euro für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern sowie ca. 215.000 Euro für Sondermittel für syrische Flüchtlinge.

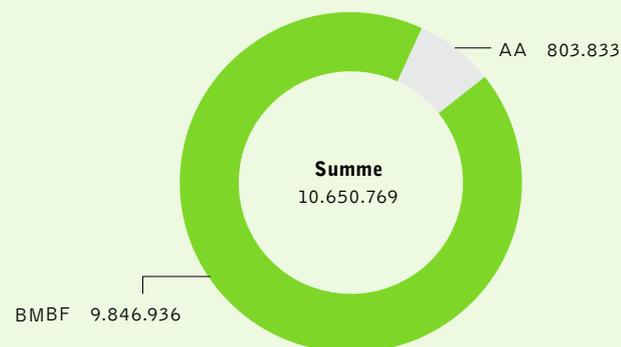
Die Stiftung erhielt vom Auswärtigen Amt ca. 1,344 Mio. Euro und zusätzlich für die Sonderprogramme Griechenland und für Transformationsmittel Tunesien und Marokko insgesamt ca. 750.000 Euro.

Die akquirierten EU-Mittel wurden in Höhe von ca. 950.000 Euro für Projekte in Nahost und Nordafrika (MENA-Region), für überregionale Projekte im Rahmen von Eco Fair Trade und in Südosteuropa und Europa eingesetzt.



Politische Bildung Inland 2014

Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2014 rund 1.506.000 Euro verausgabt. Diese Mittel flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem werden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie Green Campus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt. Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2014 rund 2,169 Mio. Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

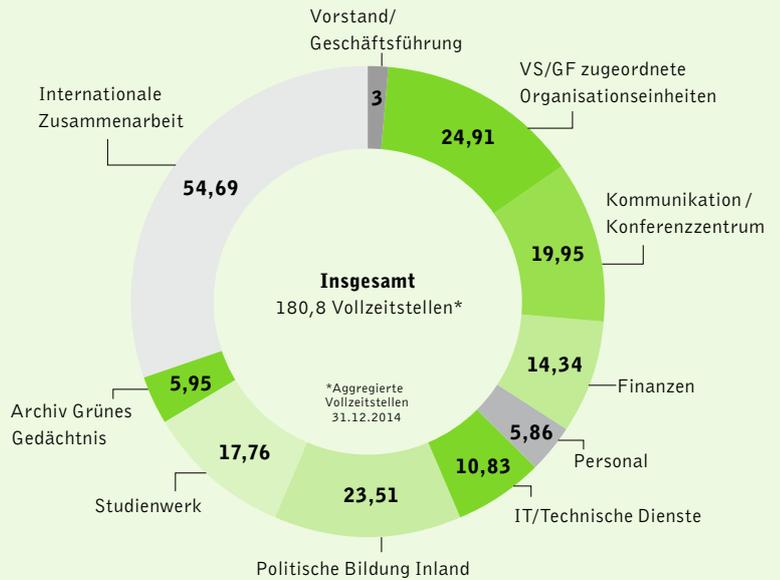


Stipendien und Projektmittel des Studienwerks nach Mittelgebern 2014

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2014 konnten insgesamt 1.251 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 1.026 Studierende und 225 Promovierende. 228 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten 2014 neu in die Förderung aufgenommen werden. Darüber hinaus beteiligte sich die Stiftung auch wieder am «Internationalen Parlaments-Stipendium» des Deutschen Bundestages.

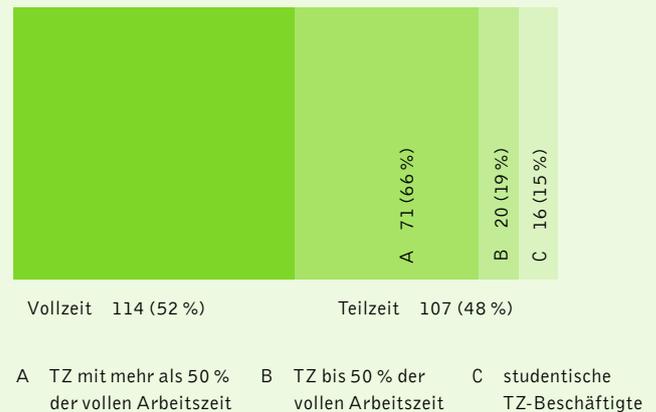
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heinrich-Böll-Stiftung

Zum 31.12.2014 beschäftigte die Heinrich-Böll-Stiftung 249 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon waren 74 Prozent Frauen. In unseren internationalen Büros werden die 28 entsendeten Büroleitungen von ca. 370 Ortskräften unterstützt. Die Stiftung bietet ihren Mitarbeitenden vielfältige, zeitgemäße und spannende Arbeitsfelder: in der politischen Bildungsarbeit im In- und Ausland, den internen Diensten wie zum Beispiel dem Veranstaltungsmanagement, den technischen Diensten und der Verwaltung. Auch Menschen mit Behinderungen einzustellen, ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Diversität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sei es in Bezug auf Ausbildung, Berufs- und Lebenserfahrung, Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft oder sexuelle Orientierung, gehört zu den Stärken unserer Stiftung. 12 Prozent unserer Mitarbeitenden haben einen Migrationshintergrund. 7,7 Prozent aller Mitarbeitenden sind schwerbehindert.



Work-Life-Balance

In der Heinrich-Böll-Stiftung ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie selbstverständlicher Bestandteil der Personalpolitik, sei es zur Wahrnehmung von Pflegezeiten oder für die Aufgaben als Eltern. Über meist flexible Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitszeit werden individuelle Lösungen möglich. Teilzeitbeschäftigung und/oder Freistellung (beispielweise Elternzeit) bieten für einen Großteil der Belegschaft einen Weg, Privatleben und Beruf besser zu vereinbaren. Auf über 60 Telearbeitsplätzen kann von zu Hause aus gearbeitet werden. Unsere Mitarbeitenden können das W-Lan und Internet der Stiftung auch privat nutzen. Es gibt Maßnahmen der Gesundheitsförderung und sehr gut ausgestattete Arbeitsplätze. Soweit dies nicht mit den betrieblichen Belangen kollidiert, fördert die Stiftung wo immer möglich die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben unter Berücksichtigung der individuellen Interessen von Mitarbeiter/innen.

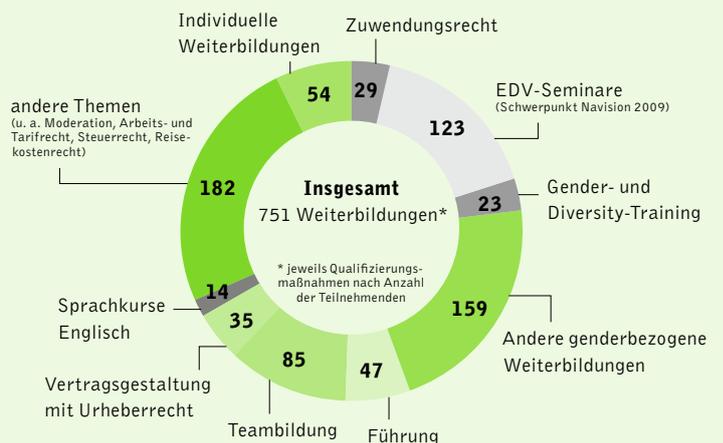


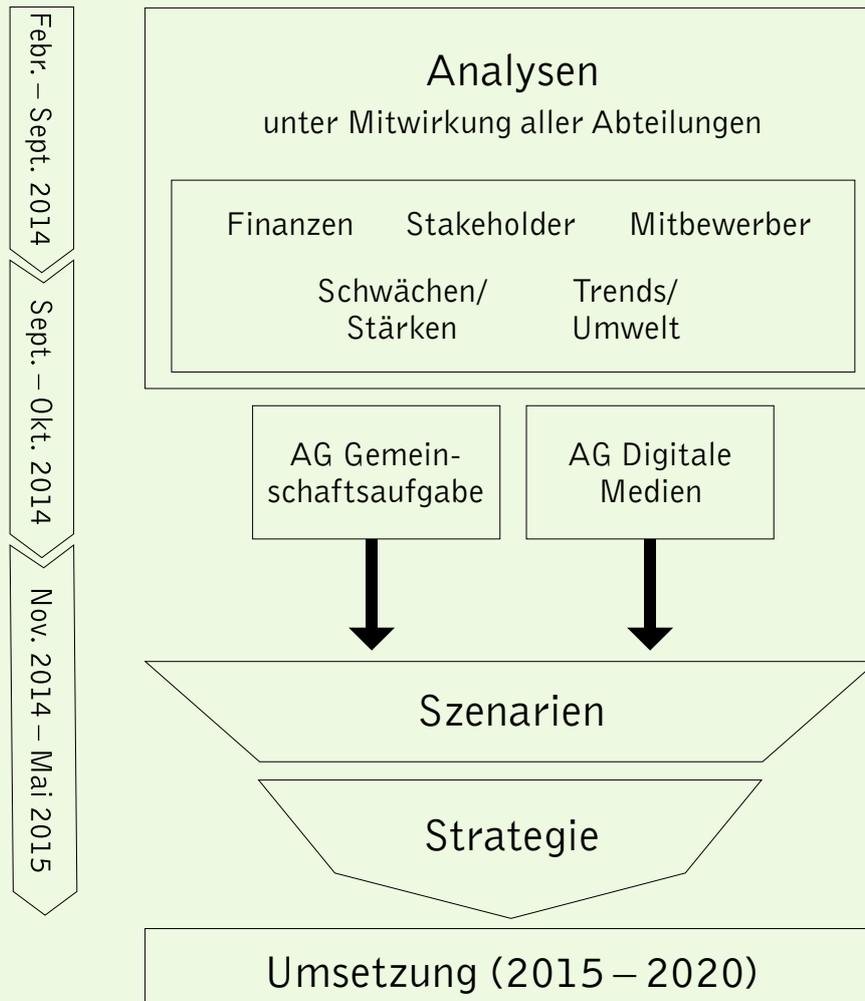
Stiftungsmanagement

Personalentwicklung

Erklärtes Ziel der Personalentwicklung ist es, hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst entsprechend ihrer Fähigkeiten und Potenziale einzusetzen und in den auf unseren Positionen erforderlichen Fähigkeiten weiterzubilden.

- Vermittlung von Führungskompetenz
- Qualifizierung im Organisationsmanagement (Projektmanagement, Teamentwicklung)
- Vertiefung von Fremdsprachenkenntnissen, insbesondere Englisch
- Durchführung von Workshops zu Gender & Diversity
- Vertragsgestaltung
- Vermittlung von Basisqualifikationen (EDV-Schulungen, Zuwendungsrecht)
- Förderung individueller berufsbegleitender Weiterbildungen





I Prozess zur Strategie 2020

Der Prozess zur Strategie 2020

Seit der Stiftungsreform 1996 und dem folgenden Neuaufbau in Berlin sind wir einen weiten Weg gegangen. Das gilt für die politische Bildung im Inland wie für die internationale Arbeit, unsere Internetpräsenz, die Publizistik oder das Studienwerk. Unser Stiftungshaus im Herzen Berlins ist eine erste Adresse für Tagungen, Debatten und kulturelle Veranstaltungen geworden. Auch unsere administrativen Prozesse wurden über die Jahre immer professioneller. Die Kooperation mit den Landesstiftungen ist enger als je zuvor.

Um auch künftig gesellschaftliche Diskurse zu prägen, haben wir 2013 einen Prozess für die Entwicklung einer Strategie 2020 begonnen, in den 2014 viel Zeit und Energie geflossen sind. Wir fragten uns und unser Umfeld kritisch: Wie sollte die Heinrich-Böll-Stiftung inhaltlich und strukturell ausgerichtet sein, um unter veränderten Bedingungen auch in Zukunft erfolgreich zu sein? In einem breit angelegten partizipativen Prozess führten wir mehrere Analysen durch: SWOT-, Umfeld-, Stakeholder- und Mitbewerberanalyse sowie eine umfassende

Analyse unserer internen Finanzströme. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ihre Ideen eingebracht, beispielsweise in Abteilungs- und übergreifenden Workshops, in der Steuerungsgruppe oder einer der verschiedenen Arbeitsgruppen. In einem zweitägigen Workshop entwickelten Vorstand, Geschäftsführung, Leitungen und Mitarbeiter/innen aus jedem Bereich gemeinsam mit Vertreter/innen der Landesstiftungen und unserer Gremien und Organe Szenarien für die Welt im Jahr 2020 und welche Rolle die Stiftung darin einnehmen könnte.

Am Ende dieses Prozesses steht die Strategie 2020, die von der Mitgliederversammlung 2015 verabschiedet werden wird. Sie wird die Richtschnur für die Programmplanung, Arbeitsweise, Organisationsentwicklung, Personalpolitik und Finanzplanung der Stiftung in den kommenden Jahren sein. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Projektleitung sowie allen Beteiligten aus unserem Umfeld, den Gremien, Organen und Landesstiftungen für ihr engagiertes Mitwirken in dem ersten stiftungsweiten Strategieprozess dieser Art!



II Schumannstraße 8 Foto: Jan Bitter

Ressource/ Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Energie in kWh	415.800	426.404	427.119	423.832	402.384
Wasser in m ³	5.706	6.458	5.700	5.988	4.666
Wärme/Heizung in kWh	255.369	250.000	195.777	251.760	235.145
Anzahl Papier- seiten	1.265.271	1.098.001	1.064.462	1.000.965	1.000.988
Bürokosten	18.187	17.839	17.106	16.439	16.813

III Ressourcenverbrauch der letzten fünf Jahre

Unser Gebäude in der Schumannstraße

II Unser Haus in der Schumannstraße 8 hat sich als gute Adresse für Tagungen, Debatten und kulturelle Veranstaltungen im Herzen der Hauptstadt etabliert. Auf unserer Beletage ist ständig etwas los: 2014 hatten wir allein 538 eigene Veranstaltungen, hinzu kamen 71 externe Vermietungen. Die moderne Architektur gefällt vielen. Auch das innovative Energiekonzept stößt auf reges Interesse. Berufstätige und studierende Architekt/innen, Energietechniker/innen sowie politische Entscheider/innen lassen sich gerne durch das Gebäude führen. Dabei ist das internationale Interesse nach wie vor groß: Von den 23 Hausführungen im Jahr 2014 fanden 10 für internationales Publikum statt, darunter Experten/innen aus Brasilien, Südafrika, Belarus und China.

Das Energiekonzept

III Bei einer Bruttogeschossfläche von 6.969 m² fielen 2014 rund 180 Euro/m² Kosten für Heizung und Kühlung an – statt 210 Euro/m² bei konventionellen Geschäftsgebäuden. Das energetische und archi-

tektonische Konzept des Gebäudes setzt eine Vielzahl von neuartigen Komponenten um: die Nutzung der Serverabwärme zum Beheizen der Büros, vierfach verglaste und als Hitzeschutz getönte Scheiben, eine intelligente Steuerung der Jalousien – sie stellt sich nach Außentemperatur und Lichteintrag automatisch optimal ein – sowie das selbstständige Belüftungskonzept durch den Einsatz von CO₂-Fühlern u. v. m. Zum Energiesparkonzept gehört, dass im gesamten Gebäude keine Lichtschalter eingebaut sind, sondern die Beleuchtung der Räume über Bewegungsmelder bedarfsgerecht gesteuert wird. Die Entwicklung der Verbrauchswerte korreliert mit der Zahl der Arbeitsplätze und Veranstaltungen. Unsere Werte liegen weit unter denen von konventionell gebauten Bürogebäuden. Auch im laufenden Betrieb des Stiftungshauses werden weitere kleinere energiesparende Maßnahmen umgesetzt, z. B. in der Steuerung der Aufzüge, mit der Leerfahrten minimiert werden, oder durch die Optimierung der Einstellungen des Lüftungssystems unserer Veranstaltungsetage.

Gremien

(Stand 31.12.2014)

Mitgliederversammlung

Hartmut **Bäumert**
 Klaus **Baumgärtner**
 Carlos **Becker**
 Martin **Berger**
 Marianne **Birthler**
 Dr. Franziska **Brantner** – MdB
 Kajo **Breuer**
 Dr. Gülay **Caglar**
 Prof. Dr. Claudia **Dalbert** – MdL
 Katja **Dörner** – MdB
 Dr. Carolin **Emcke**
 Dr. Naika **Foroutan**
 Ulrike **Gauderer**
 Stefan **Gelbhaar** – MdA
 Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
 Leonore **Gewessler**
 Christa **Goetsch** – MdHB
 Dr. Robert **Habeck**
 Britta **Haßelmann** – MdB
 Dr. Dietrich **Herrmann**
 Michaele **Hustedt**
 Dr. Christa **Karras**
 Michael **Kellner** – BuVo
 Leo **Klotz**
 Elisabeth **Krausbeck**
 Erik **Lohse**
 Chris **Ludwig**
 Christoph **Meertens**
 Prof. Dr. Dirk **Messner**
 Daniel **Mittler**
 Alexander **Müller**
 Klaus **Müller**
 Özcan **Mutlu** – MdA
 Mona **Neubaur**
 Friederike **Pokatis**
 Katrin **Rabus**
 Irene **Reifenhäuser**
 Katrin **Rönicke**
 Norbert **Schellberg**
 Stefanie **Schiffer**
 Heike **Schiller**
 Dr. Fritzhof **Schmidt**
 Dr. Michaele **Schreyer**
 Prof. Dr. Tine **Stein**
 Malti **Taneja**
 Dr. Konstantin **von Notz** – MdB
 Dr. Andreas **Weber**
 Michael **Wedell**
 Prof. Dr. Michael **Zürn**
Stipendiatische Vertreterinnen und Vertreter:
 Christoph **Aust**
 Ha Linh **Tran Thi**
 Alma **Kolleck**
 Ulrike **Ziegermann**
Aufsichtsrat
 Alexander **Baasner**
 Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
 Britta **Haßelmann** – MdB
 Michael **Kellner** – BuVo
 Christoph **Meertens**
 Alexander **Müller**
 Ingrid **Spiller**
 Prof. Dr. Tine **Stein**
 Malti **Taneja**
Frauenrat
 Dr. Sigrid **Arnade**
 Katrin **Bauer**
 Birgit **Dederichs-Bain**
 Mechtild M. **Jansen** (Sprecherin des FR)
 Nina **Katzemich**
 Stefanie **Lohaus**
 Prof. Dr. Cäcilia **Rentmeister**
 Cornelia **Sperling**
 Judith **Strohm**
Koordinationsgremium des Freundeskreises
 Julius **Heinicke**
 Elisabeth **Kiderlen**

Mitglieder Grüne Akademie

Prof. Dr. Claudia **von Braunmühl**
 Prof. Dr. Hubertus **Buchstein**
 Prof. Dr. Heinz **Bude**
 Reinhard **Bütikofer** – MdEP
 Prof. Dr. Thomas **Christaller**
 Prof. Dr. Dr. h.c. Michael **Daxner**
 Prof. Dr. Simone **Dietz**
 Dr. Christine **Dörner**
 Dr. Thea **Dückert**
 Dr. Petra **Eggers**
 Dr. Christoph **Egle**
 Rainer **Emschermann**
 Jan **Engelmann**
 Anke **Erdmann** – MdL
 Stephan **Ertner**
 Prof. Dr. Adalbert **Evers**
 PD Dr. Rainer **Forst**
 Georgia **Franzius**
 Ralf **Fücks**
 Anna-Catharina **Gebbers**
 Kai **Gehring** – MdB
 Prof. Dr. Brigitte **Geissel**
 Karsten **Gerlof**
 Prof. Dr. Arnim **von Gleich**
 Adrienne **Goehler**
 Cristina **Gómez Barrio**
 Prof. Dr. Stefan **Gosepath**
 Dr. Sigrid **Graumann**
 Prof. Dr. L. Horst **Grimme**
 Melanie **Haas**
 Robert **Habeck** – Minister
 Rebecca **Harms** – MdEP
 Dr. Dietrich **Herrmann**
 Dr. Paula Marie **Hildebrandt**
 Imma **Hillerich**
 Dr. Jeanette **Hofmann**
 Prof. Dr. Rahel **Jaeggi**
 Pico **Jordan**
 PD Dr. Otto **Kallscheuer**
 Dipl. -iur, Prof. Dr. Bertram **Lomfeld**
 Sibylle **Knapp**
 Dr. Regina **Kreide**
 Prof. Dr. Georg **Krücken**
 Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**
 Prof. Dr. Bernd **Ladwig**
 Dr. Birgit **Laubach**
 PD Dr. Susanne **Lanwerd**
 Adriana **Lettrari**
 PD Dr. Reinhard **Loske**
 Dr. Linda-Marie **Ludwig**
 Dr. Willfried **Maier**
 Nicole **Maisch** – MdB
 Christoph **Meertens**
 Prof. Dr. Christoph **Menke**
 Prof. Dr. Sigrid **Meuschel**
 Dr. Jan C. **Minx**
 Prof. Dr. Christoph **Möllers**
 Johannes **Moes**
 Dr. Michael **Münter**
 Dr. Carsten **Neßhöver**
 Dr. Gero **Neugebauer**
 Prof. Dr. Frank **Nullmeier**
 Dr. Ralph **Obermaier**
 Prof. Dr. Claus **Offe**
 Dr. Arnd **Pollmann**
 Dr. Andreas **Poltermann**
 Prof. Dr. Ulrich K. **Preuß**
 Prof. Dr. Lothar **Probst**
 Prof. Dr. Dr. Franz J. **Radermacher**
 Prof. Dr. Juliane **Rebentisch**
 Dieter **Rulff**
 Dr. Thomas **Rixen**
 Krista **Sager** – MdB
 Prof. Dr. Thomas **Saretzki**
 Manuel **Sarrazin** – MdB
 Prof. Dr. Birgit **Sauer**
 Joscha **Schmierer**
 PD. Dr. Thomas **Schramme**

Dr. Christine **Schwarz**
 Stephan **Schilling**
 Dr. Simone **Schwanitz**
 Dr. Kirsten **Selbmann-Lobbedy**
 Prof. Dr. Sandra **Seubert**
 Peter **Siller**
 PD Dr. Rudolf **Speth**
 Prof. Dr. Tine **Stein**
 Prof. Dr. Richard **Stöss**
 PD. Dr. Wolfgang **Strengmann-Kuhn**
 Rena **Tangens**
 Dr. Thorsten **Thiel**
 Stefan **Tidow**
 Dr. Ellen **Ueberschär**
 Prof. Dr. Berthold **Vogel**
 Sybille **Volkholz**
 Prof. Dr. Christiane **Voss**
 Mathias **Wagner** – MdL
 Prof. Dr. Gabriele **Wilde**
 Prof. em. Helmut **Wiesenthal**
Fachbeirat Nord-Süd
 Dr. Muriel **Asseburg**
 Dr. Achim **Brunnengräber**
 Hans-Jürgen **Burhardt**
 Prof. Dr. Ulf **Engel**
 Thilo **Hoppe**
 Sebastian **Kasack**
 Michael **Krempin**
 Lotte **Leicht**
 Sabine **Meyer**
 Melanie **Müller**
 Dr. Roger **Peltzer**
 Dirk **Scheelje**
 Dr. Imme **Scholz**
 Anja **Senz**
 Dr. Karl-Heinz **Stecher**
Fachbeirat Europa/Transatlantik
 Eltje **Aderhold**
 Annalena **Baerbock**
 Dr. Annegret **Bendiek**
 Agnieszka **Brugger** – MdB
 Reinhard **Bütikofer** – MdEP
 Rainer **Emschermann**
 Dr. Ulrike **Guérot**
 Jost **Lagendijk**
 Dr. Helmut **Lippelt**
 Brigitte **Luggin**
 Winfried **Nachtwei**
 Dr. Martin **Rocholl**
 Daniela **Schwarzer**
 Jan **Seifert**
 Rainer **Steenblock**
 Dr. Constanze **Stelzenmüller**
 Sylke **Tempel**
 Viola von **Cramon**
 Dr. Elisabeth **Weber**
Fachbeirat Studienwerk
 Dr. Vanessa **Aufenanger**
 Dr. Frieder **Dittmar**
 Prof. Dr. Anita **Engels**
 Stephan **Ertner**
 Kai **Gehring** – MdB
 Ulrike **Gote** – MdL
 Prof. Dr. Uta **Klein**
 Prof. Dr. Peer **Pasternack**
 Prof. Dr. Marco **Rieckmann**
 Krista **Sager** – MdB
 Dr. Ruth **Seidl** – MdL
 Dr. Thorsten **Wilhelmy**

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Aachen Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Prof. Dr. Christoph **Schneider**

Bamberg Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Rainer **Drewello**; Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Thomas **Rixen**; Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Astrid **Schütz**

Bayreuth Universität Bayreuth, Prof. Dr. Erdmute **Alber**; Universität Bayreuth, Prof. Dr. Bernd **Müller-Jacquier**; Universität Bayreuth, Prof. Dr. Stefan **Peiffer**

Berlin Dr. Angelika **Ebrecht-Laermann***; Dr. Susanne **Heim***; Prof. Dr. Rainer **Kuhlen***; Dr. Angela **Lammert***; Prof. Dr. Franziska **Lamott***; Prof. Dr. Ilse **Lenz***; Dr. Gabriele **Wohlauf***; Alice Salomon Hochschule Berlin, Prof. Dr. Sabine **Toppe**; Beuth Hochschule für Technik Berlin, Prof. Dr. Christian **Garhammer**; Beuth Hochschule für Technik Berlin, Prof. Dr. Anne **König**; Freie Universität Berlin, Dr. Achim **Brunnengräber**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Sergio **Costa**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Barbara **Fritz**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Cilja **Harders**; Freie Universität Berlin, Dr. Julius **Heinicke**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Bernd **Ladwig**; Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Kerstin **Pinther**; Freie Universität Berlin, Dr. Eva **Sternfeld**; Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Prof. Dr. Rosemarie **Morana**; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Prof. Dr. Birgit **Mahnkopf**; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Prof. Dr. Heike **Wiesner**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Beate **Binder**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Antje **Bruns**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Claudia **Bruns**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Marc **Buggeln**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Marcelo **Caruso**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Marianne **Kriszio**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Corinna **Langelotz**; Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Beate **Meffert**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Isabel **Schäfer**; Humboldt-Universität zu Berlin, Dr. Anna Dorothea **Schulze**; Mercator Research Institute on Global and Climate Change (MCC), Dr. Jan Christoph **Minx**; MSB Medical School Berlin, Prof. Dr. Anja **Walter**; Technische Universität Berlin, Dr. Nazir **Peroz**; Universität der Künste Berlin, Prof. Dr. Judith **Siegmund**; Universität der Künste Berlin, Mg. Elzbieta **Sternlicht**

Bielefeld Fachhochschule Bielefeld, Prof. Dr. Cornelia **Giebeler**; Universität Bielefeld, Prof. Dr. Klaus **Dammann**; Universität Bielefeld, Dr. Marlene **Müller**; Universität Bielefeld, Dr. Benno **Nietzel**; Universität Bielefeld, Dr. Heinz-Peter **Preußner**

Birkenfeld Fachhochschule Trier, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung, Prof. Dr. Peter **Heck**; Fachhochschule Trier, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung, Prof. Dr. Stefan **Naumann**

Bochum Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, Prof. Dr. Sigrid **Graumann**; Hochschule für Gesundheit, Prof. Dr. Anke **Fesenfeld**; Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Lieselotte **Steinbrügge**

Bonn Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Dr. Nina **Langen**; Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Prof. Dr. Andreas **Pangritz**

Brandenburg Fachhochschule Brandenburg, Prof. Dr. Uwe **Höft**

Braunschweig Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Prof. Dr. Petra **Mischnick**; Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Prof. Dr. Rolf **Nohr**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig, Prof. Dr. Bettina **Wahrig**

Breitenbrunn Staatliche Studienakademie Breitenbrunn, Dr. Christel **Walter**

Bremen Universität Bremen, Dr. Sabine **Horn**; Universität Bremen, Prof. Dr. Karin **Gottschall**; Universität Bremen, Prof. Dr. Michi **Knecht**; Universität Bremen, Prof. Dr. Frank **Nullmeier**; LL.M., Universität Bremen, Prof. Dr. Konstanze **Plett**; Universität Bremen, Prof. Dr. Lothar **Probst**

Chemnitz Technische Universität Chemnitz, Prof. Dr. Cecile **Sandten**

Coburg Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg, Prof. Dr. Gaby **Franger-Huhle**

Cottbus Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Prof. Dr. Marie-Theres **Albert**

Darmstadt Technische Universität Darmstadt, Dr. Franziska **Müller**

Dortmund Technische Universität Dortmund, Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**

Dresden Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Uta **Berger**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Anja **Besand**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Johannes **Rohbeck**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Bernhard **Schlag**; Technische Universität Dresden, Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**; Technische Universität Dresden, Dr. Johannes **Siemens**

Duisburg Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Michael **Kaeding**

Düsseldorf Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Prof. Dr. Simone **Dietz**; Hans-Böckler-Stiftung, Dr. Michaela **Kuhnhenne**; Kunstakademie Düsseldorf, Prof. Dr. Ludger **Schwarte**

Eberswalde Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Prof. Dr. Pierre **Ibisch**

Erfurt Universität Erfurt, Prof. Dr. André **Brodocz**; Universität Erfurt, Prof. Dr. Jamal **Malik**

Erlangen Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Kristina **Giesel**; Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Andrea **Pagni**; Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Dr. Gerd **Sebald**

Essen Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. **Anne Schlüter**

Esslingen Hochschule Esslingen, Prof. Dr. Birgit **Meyer**

Flensburg Universität Flensburg, Prof. Dr. Gerd **Grözinger**; Universität Flensburg, Dr. Christine **Thon**

Frankfurt/M. Johann Wolfgang Goethe-Universität, Prof. Dr. Ursula **Apitzsch**; Fachhochschule Frankfurt am Main, Prof. Dr. Margrit **Brückner**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Prof. Dr. Rainer **Forst**; Fritz Bauer Institut, PD Dr. Werner **Konitzer**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Prof. Dr. Helma **Lutz**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Prof. Dr. Christoph **Menke**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Dr. Andreas **Nölke**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Prof. Dr. Uta **Ruppert**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Prof. Dr. Susanne **Schröter**

Frankfurt/O. Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Prof. Dr. Timm **Beichelt**

Freiburg i.Br. Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré**; Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE, Dr. Jan Christoph **Goldschmidt**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, Dr. Anna Elisabeth **Growe**; Prof. Dr. Michael **Kochen***; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Dr. Lena **Partzsch**; Prof. Dr. Carla **Rosendahl***; Prof. Dr. Britta **Schinzler***

Fulda Hochschule Fulda, Prof. Dr. Susanne **Dern**

Gelsenkirchen Westfälische Hochschule, Prof. Dr. Friedrich **Kerka**

Gießen Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Jörn **Ahrens**; Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Marianne **Friese**; Justus-Liebig-Universität Gießen, Prof. Dr. Regina **Kreide**

Göttingen Georg-August-Universität Göttingen, Prof. Dr. Ilona **Ostner**; Georg-August-Universität Göttingen, PD Dr. Isabel **Richter**

Halle/Saale Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Thomas **Bremer**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Isabella **Hensen**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Dr. Christiane **Lähmann**; Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, Prof. Frithjof **Meinel**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Werner **Nell**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Thomas **Olk**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Pia **Schmid**

Hamburg Universität Hamburg, Prof. Dr. Andrea **Blunck**; HafenCity Universität Hamburg, Prof. Dr. Ingrid **Breckner**; Universität Hamburg, Jun. Prof. Dr. Sina **Farzin**; Universität Hamburg, Dr. Nina **Feltz**; Universität Hamburg, Dr. Irmtraut **Gensewich**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Ursula **Neumann**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Kai-Uwe **Schnapp**; Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Prof. Dr. Louis Henri **Seukwa**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Anke **Strüver**; Hochschule für Bildende Künste Hamburg, Prof. Dr. Friedrich **von Borries**; Universität Hamburg, Prof. Dr. Wolfram **Weiß**; HafenCity Universität Hamburg, Prof. Dr. Gesa **Ziemer**

Hannover Susanne **Eser***; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Prof. Dr. Christine **Hatzky**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, Dr. Christine **Schwarz**

Heidelberg Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Hüseyin **Aguicenoğlu**; Pädagogische Hochschule Heidelberg, Prof. Dr. Havva **Engin**; Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg, Prof. Dr. Omar **Kamil**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Prof. Dr. Christiane **Schwieren**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Steffen **Sigmund**; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Dr. Dr. Momme **von Sydow**

- Hildesheim** Universität Hildesheim, Prof. Dr. Ursula **Bredel**; Universität Hildesheim, Prof. Dr. Michael **Corsten**; Universität Hildesheim, Prof. Dr. Johannes Salim **Ismaiel-Wendt**; Universität Hildesheim, Dr. habil. Heike **Kahlert**; Universität Hildesheim, Dr. Julio **Mendivil**
- Holzminden** HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Prof. Dr. Leonie **Wagner**
- Höxter** Hochschule Ostwestfalen-Lippe, Prof. Dr. Klaus **Maas**
- Ilmenau** Technische Universität Ilmenau, Prof. Dr. Johann **Reger**
- Iserlohn** BiTS gGmbH, Prof. Dr. Thomas **Meuser**
- Jena** Fachhochschule Jena, Prof. Dr. Wolfgang **Behlert**; Friedrich-Schiller-Universität Jena, PD Dr. Stephan **Lorenz**; Fachhochschule Jena, Prof. Dr. Thomas **Sauer**
- Kaiserslautern** Technische Universität Kaiserslautern, Prof. Dr. Michael **Hassemer**; Hochschule Kaiserslautern, Prof. Henrik **Speck**
- Karlsruhe** Karlsruher Institut für Technologie, Dr. Stefan **Bösch**; Karlsruher Institut für Technologie, Prof. Dr. Norbert **Willenbacher**
- Kassel** Universität Kassel, Dr. Manuela **Böhm**; Universität Kassel, Prof. Dr. Christoph **Scherrer**; Universität Kassel, Prof. Dr. Elisabeth **Tuider**
- Kiel** Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Prof. Dr. Uta **Klein**; Fachhochschule Kiel, Prof. Dr. Gerhard **Kockläuner**; Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Prof. Dr. Konrad **Ott**
- Köln** Universität zu Köln, Prof. Dr. Boris **Braun**; Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Josef **Freise**; Universität zu Köln, Prof. Dr. Cornelius **Nestler**
- Konstanz** Universität Konstanz, Prof. Dr. Marius **Busemeyer**; Universität Konstanz, Dr. Oliver **Trevisiol**
- Landau** Universität Koblenz-Landau, Dr. Florian **Bernstorff**; Universität Koblenz-Landau, Heide **Gieseke**
- Leipzig** Universität Leipzig, Prof. Dr. Felix **Ekardt**; Universität Leipzig, Prof. Dr. Ilse **Nagelschmidt**; Universität Leipzig, Prof. Dr. Stefan **Troebst**
- Lüneburg** Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Sabine **Hofmeister**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Daniel J. **Lang**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Gerda **Lischke**; Leuphana Universität Lüneburg, Prof. Dr. Peter **Pez**
- Magdeburg** Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Dr. Thorsten **Unger**; Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Dr. Gerald **Warnecke**
- Mainz** Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Prof. Peter **Kiefer**; Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**
- Mannheim** Universität Mannheim, Prof. Dr. Angela **Keppler**; Medizinische Fakultät Mannheim/Universität Heidelberg, Dr. Nuran **Tunc-Skarka**
- Marburg** Philipps-Universität Marburg, Dr. Atef **Botros**; Philipps-Universität Marburg, Dr. Michaela **Geiger**; Philipps-Universität Marburg, Prof. Dr. Susanne **Maurer**
- Müncheberg** Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung, Dr. Aranka **Podhara**
- München** Katholische Stiftungsfachhochschule München, Prof. Dr. Markus **Babo**; Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Helga **Bilden**; Hochschule für angewandte Wissenschaften - Fachhochschule München, Prof. Dr. Constance **Engelfried**; Technische Universität München, Prof. Dr. Mariacarla Gadebusch Bondio; Dr. Gabriele **Hooffacker***; Prof. Dr. Yolanda M. **Koller-Tejeiro***; Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Reinhard **Markowetz**
- Münster** Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Prof. Doris **Fuchs**; Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Dr. Harry **Mönig**; Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Prof. Dr. Gabriele **Wilde**
- Neubiberg** Universität der Bundeswehr München, Prof. Dr. Franz **Kohout**
- Nürnberg** Walter **Sehrer***
- Offenburg** Hochschule für Technik, Wirtschaft und Medien Offenburg, Prof. Dr. Anke **Weidlich**
- Oldenburg** Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Gesa **Lindemann**; Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Paul **Mecheril**; Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**; Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Prof. Dr. Silke **Wenk**
- Osnabrück** Universität Osnabrück, Prof. Dr. Ulrich **Schneckener**; Universität Osnabrück, Prof. Dr. Helen **Schwenken**; Hochschule Osnabrück, Prof. Dr. Ursula Eva **Wiese**
- Paderborn** Universität Paderborn, Prof. Dr. Michael **Hofmann**
- Passau** Universität Passau, Prof. Dr. Christian **Thies**
- Potsdam** Universität Potsdam, Prof. Dr. Joachim **Gessinger**; Moses Mendelssohn Zentrum, Dr. Ines **Sonder**; Universität Potsdam, Prof. Dr. Theresa **Wobbe**; Universität Potsdam, PD Dr. Gert **Zöllner**
- Regensburg** Fachhochschule Regensburg, Maïke **Berndt-Zürner**
- Rostock** Universität Rostock, Dr. Gudrun **Heinrich**; Universität Rostock, Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
- Saarbrücken** Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Holger **Buck**; Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Klaus **Kraimer**; Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, Prof. Dr. Ulrike **Zöllner**
- Stendal** Hochschule Magdeburg-Stendal, Prof. Dr. Maureen Maisha **Eggers**
- Stuttgart** Universität Stuttgart, PD Dr. Ralph O. **Schill**
- Trier** Fachhochschule Trier, Prof. Dr. Helge **Rieder**; Universität Trier, Prof. Dr. Michael **Schönhuth**; Universität Trier, Dr. Rita **Voltmer**
- Tübingen** Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Prof. Dr. Gabriele **Abels**; Dr. Karin **Widmayer***
- Vechta** Universität Vechta, Prof. Dr. Marco **Rieckmann**
- Wiesbaden** Hochschule RheinMain, Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil**
- Witten** Universität Witten/Herdecke, Prof. Dr. Martin **Schnell**
- Wolfenbüttel** Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften, Prof. Dr. Ludger **Kolhoff**; Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften, Dr. Corinna **Voigt-Kehlenbeck**
- Wuppertal** Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Rita **Casale**; Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Hans J. **Lietzmann**; Bergische Universität Wuppertal, Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**
- Würzburg** Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Dr. Viktoria **Däschlein-Geßner**; Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Dr. Thomas **Kestler**
- Im Ausland**
- Bern** Universität Bern, Dr. Renate **Ruhne**
- Klagenfurt** Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Prof. Dr. Ulrike **Loch**
- Linz** Johannes Kepler Universität Linz, Dr. Waltraud **Ernst**
- Luzern** Hochschule Luzern, Prof. Dr. Marlies **Fröse**; Universität Luzern, Prof. Dr. Martin **Hartmann**
- Oxford** University of Oxford, Dr. Wolfgang **Zumdick**
- Paris** Université Paris - Panthéon-Sorbonne, Dr. Milosz **Matuschek**
- Stockholm** KTH Royal Institute of Technology, Dr. Sabine **Höhler**
- Utrecht** Universiteit Utrecht, Dr. Christoph **Baumgartner**
- Wien** PD Dr. Cornelia **Klinger***

Mitglieder der Auswahlkommission des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Najat **Abdulhaq**
 Prof. Dr. Gabriele **Abels**
 Prof. Dr. Viola **Balz**
 Hartmut **Bäumer**
 Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**
 Dr. Florian **Bernstorff**
 Dr. Manuela **Böhm**
 Dr. Atef **Botros**
 Paula **Bradish**
 Prof. Dr. André **Brodocz**
 Dr. Marc **Buggeln**
 Prof. Dr. Stephan **Bundschuh**
 Dr. Sebastian **Büttner**
 Dr. Frieder **Dittmar**
 Anne **Dudeck**
 Sandra **Dümer**
 Dr. Ellen **Euler**
 Dr. Nina **Feltz**
 Prof. Dr. Juliane **Filser**
 Dr. Michaela **Geiger**
 Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
 Prof. Dr. Gerd **Grözinger**
 Dr. Katrin **Grüber**
 Fabian **Hamák**
 Dr. Julius **Heinicke**
 Prof. Dr. Isabell **Hensen**
 Dr. Sabine **Horn**
 Dr. Manja **Hußner**
 Prof. Dr. Johannes Salim **Ismail-Wendt**
 Prof. Dr. Omar **Kamil**
 Trudel **Karcher**
 Prof. Dr. Claudia **Kraft**
 Tim **Krause**
 Prof. Dr. Regina **Kreide**
 Dr. Sylvia **Kruse**
 Prof. Dr. Margitta **Kunert-Zier**
 Dr. Christiane **Lähnemann**
 Dr. Ilka **Lennertz**
 Dr. Britta **Leusing**
 Prof. Dr. Andreas **Lob-Hüdepohl**
 Helmuth **Lohan**
 Dr. Daniel **Lübbert**
 Dr. Alexandra **Lübcke**
 Prof. Dr. Paul **Mecheril**
 Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**
 Prof. Dr. Birgit **Meyer**
 Holger **Michel**
 Dr. Jan Christoph **Minx**
 Dr. Birgit **Möller**
 Dr. Benno **Nietzel**
 Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**
 Dr. Ipek **Ölcüm**
 Dr. Lena **Partzsch**

Vera **Rabelt**
 PD Dr. Isabel **Richter**
 Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**
 Prof. Dr. Thomas **Rixen**
 Prof. Dr. Mieke **Roscher**
 Dr. Renate **Ruhne**
 Dr. Bianca **Schemel**
 Prof. Dr. Christoph **Scherrer**
 Dr. Jens **Schneider**
 Jörg **Schreiber**
 Prof. Dr. Joachim **Schulze**
 Dr. Christine **Schwarz**
 Dr. Siebo **Siems**
 Dr. Rajinder **Singh**
 Prof. Hendrik **Speck**
 Dr. Katharina **Spiegel**
 Steffen **Stadler**
 Judith **Strohm**
 Achim **Toennes**
 Prof. Dr. Sabine **Toppe**
 Prof. Dr. Elisabeth **Tuider**
 Nina **Turani**
 Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
 Prof. Dr. Gerald **Warnecke**
 Dr. Inga **Winkler**

Adressen

Stand: April 2014

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-2853 40 **F** 030-2853 41 09
E info@boell.de **W** www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260 **F** 030-285 34-52 60
E archiv@boell.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung Europa und Nordamerika

Bosnien und Herzegowina

Heinrich-Böll-Stiftung
Čekaluša 42, 71000 Sarajevo
Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450 **F** +387-33-260 460
E info@ba.boell.org **W** www.ba.boell.org

Region Europäische Union

Heinrich-Böll-Stiftung, Rue d'Arlon 15,
1050 Bruxelles, Belgien
T +32-2-743 41 00 **F** +32-2-743 41 09
E info@eu.boell.org **W** www.eu.boell.org

Kroatien

Heinrich-Böll-Stiftung, Preobraženska 2
10000 Zagreb, Kroatien
T +385-1-4812 530 **F** +385-1-481 89 77
E info@hr.boell.org **W** www.hr.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Prag)

Heinrich-Böll-Stiftung
Opatovická 28, 110 00 Praha 1, Tschechien
T +420-251 81 41 73 **F** +420-251 81 41 74
E info@cz.boell.org **W** www.cz.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Warschau)

Heinrich-Böll-Stiftung
ul. Żurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-594 23-33 **F** +48-22-594 23-37
E pl-info@pl.boell.org **W** www.pl.boell.org

Region Nordamerika

Heinrich-Böll-Stiftung, 1432 K Street, NW
Suite 500, Washington, DC 20005, USA
T +1-202-462 75 12 **F** +1-202-462 52 30
E info@us.boell.org **W** www.us.boell.org

Russland

Heinrich-Böll-Stiftung, Grusinskij Pereulok 3-231,
123056 Moskau, Russland
T +7-499-254 14 53 **F** +7-495-935 80 14
E info@ru.boell.org **W** www.ru.boell.org

Region Südlicher Kaukasus

Heinrich-Böll-Stiftung
38, Zovreti st., 0160 Tbilisi, Georgien
T +995-32-238 04 67 **F** +995-32-291 28 97
E info@ge.boell.org **W** www.ge.boell.org

Region Südosteuropa

Heinrich-Böll-Stiftung
Mišarska 8, 11 000 Belgrad, Serbien
T +381-11-33 41 353 **F** +381-32 30 999
E info@rs.boell.org **W** www.rs.boell.org

Türkei

Heinrich-Böll-Stiftung
Inönü Caddesi, Hacı Hanım Sok 10/12+4
Gümüüşsuyu 34439, Istanbul, Türkei
T +90-212-249 15 54 **F** +90-212-245 04 30
E info@tr.boell.org **W** www.tr.boell.org

Ukraine

Heinrich-Böll-Stiftung, Wolodymyrska Str. 18/2,
Office 3, 01034 Kiev, Ukraine
T +38 044 279 98 58 **F** +38 044 270 52 78
E ua-info@ua.boell.org **W** www.ua.boell.org

Griechenland

Heinrich-Böll-Stiftung
Aristotelous Str. 3, 54624 Thessaloniki
T +30 2310 282829 **F** +30 2310 282832
E info@gr.boell.org **W** www.gr.boell.org

Asien

China

Heinrich-Böll-Stiftung
8, Xinzhong Xijie, Gongti Beilu
Asia Hotel, Office Building No.309, 100027 Beijing,
China
T +86-10-66 15 46 15 **F** +86-10-66 15 46 15-102
E info@cn.boell.org **W** www.cn.boell.org

Indien

Heinrich-Böll-Stiftung
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area,
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405 **F** +91-11-26 96 28 40
E in-info@in.boell.org **W** www.in.boell.org

Kambodscha

Heinrich-Böll-Stiftung, #8, Street 476
Sangkat Toul Tompoung I, Khan Chamkar Mon
Phnom Penh, Kambodscha
T +855 23 210 535 **F** +855 23 216 482
E info@kh.boell.org **W** www.kh.boell.org

Myanmar

Heinrich-Böll-Stiftung
 No. (141/149), Bargayar Condominium
 Bargayar Road
 Kyun Taw (South) Ward
 Sanchaung Township
 Western District, Yangon Region
T +959 31 685 846 **E** boell.yangon@gmail.com
W www.th.boell.org

Region Pakistan

Heinrich-Böll-Stiftung, House# 5, Street# 90,
 G-6/3, Embassy Road, Islamabad
T +92-51-2271545 **F** +92-51-2271548
E info@pk.boell.org **W** www.pk.boell.org

Region Südostasien

Heinrich-Böll-Stiftung
 75 Sukhumvit 53 Klongton Neua, Wattana
 Bangkok 10110, Thailand
T +66-2-6625960-2 **F** +66-2-6627576
E office@th.boell.org **W** www.th.boell.org

Afrika**Nigeria**

Heinrich-Böll-Stiftung, 3rd Floor, Rukayyat Plaza
 93, Obafemi Awolowo Way, Jabi District, Abuja
T +234-1-761 23 53
E info@ng.boell.org **W** www.ng.boell.org

Region Ostafrika/Horn von Afrika

Heinrich-Böll-Stiftung, Forest Road
 P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-26 80 745 **F** +254-20-374 91 32
E ke-info@ke.boell.org **W** www.ke.boell.org

Region Südliches Afrika

Heinrich-Böll-Stiftung
 8th Floor Vunani Chambers, 33 Church Street,
 Cape Town 8000, Südafrika
T +27-21-461 62 66 **F** +27-21-424 40 86
E info@za.boell.org **W** www.za.boell.org

Nahost und Nordafrika**Israel**

Heinrich-Böll-Stiftung
 1 Har Sinai St. 2nd floor, Tel Aviv 65816, Israel
T +972-3-516 77 34 **F** +972-3-516 76 89
E info@il.boell.org **W** www.il.boell.org

Region Arabischer Naher Osten

Heinrich-Böll-Stiftung, Tal az-Zaatar St. 6
 P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-296 11 21 **F** +972-2-296 11 22
E info@ps.boell.org **W** www.ps.boell.org

Region Mittlerer Osten

Heinrich-Böll-Stiftung
 266, Rue Gouraud, P.O. Box 175510
 Gemmayzeh, Beirut, Libanon
T +961-1-56 29 26 **F** +961-1-56 29 78
E info@lb.boell.org **W** www.lb.boell.org

Tunesien

Heinrich-Böll-Stiftung
 5, Rue Jamel Abdennasser, 1000 Tunis, Tunesien
T +216 71 322 345 **F** +216 71 322 346
E info@tn.boell.org **W** www.tn.boell.org

Marokko

Heinrich-Böll-Stiftung
 17, Rue Tiddas, Hassan, 10010 Rabat, Marokko
T +212-537 20 20 93 **F** +212-537 20 20 92
E ma-info@ma.boell.org **W** www.ma.boell.org

Lateinamerika**Brasilien**

Heinrich-Böll-Stiftung
 Rua da Glória 190, ap. 701
 20241-180 Rio de Janeiro, Gloria, Brasilien
T +55-21-32 21 99 00 **F** +55-21-32 21 99 22
E info@br.boell.org **W** www.br.boell.org

Region Cono Sur

Heinrich-Böll-Stiftung
 Avenida Francisco Bilbao 882, Providencia
 752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-2584 01 72 **F** +56-2-2584 01 72-101
E info@cl.boell.org **W** www.cl.boell.org

Region Mittelamerika/Mexiko/Karibik (Mexiko-Stadt)

Heinrich-Böll-Stiftung
 Calle José Alvarado 12
 Colonia Roma Norte, Delegación Cuauhtémoc,
 CP 06760, México D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14 **F** +52-55-52 64 28 94
E mx-info@mx.boell.org **W** www.mx.boell.org

Region Mittelamerika/Mexiko/Karibik (San Salvador)

Heinrich-Böll-Stiftung
 Residencial Zanzibar,
 Pasaje A-Oriente No. 24, San Salvador, El Salvador
T +503-22 74 68 12 **F** +503-22 74 69 32
E sv-info@sv.boell.org **W** www.mx.boell.org

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung**Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg**

Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10 **F** 0711-26 33 94 19
E info@boell-bw.de **W** www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung Bayern

Reichenbachstraße 3a, 80469 München
T 089-24 22 67 30 **F** 089-24 22 67 47
E info@petra-kelly-stiftung.de
W www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung

Sebastianstraße 21, 10179 Berlin
T 030-308 779 480 **F** 030-308 779 487
E info@bildungswerk-boell.de
W www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Dortustraße 52, 14467 Potsdam
T 0331-200 57 80 **F** 0331-200 57 820
E organisation@boell-brandenburg.de
W www.boell-brandenburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Bremen

Plantage 13, 28215 Bremen
T 0421-35 23 68 **F** 0421-35 23 89
E ruedel.boell@arcor.de **W** www.boell-bremen.de

Umdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg

Kurze Straße 1, 20355 Hamburg
T 040-389 52 70 **F** 040-380 93 62
E info@umdenken-boell.de
W www.umdenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen

Niddastraße 64, 60329 Frankfurt am Main
T 069-23 10 90 **F** 069-23 94 78
E info@hbs-hessen.de **W** www.hbs-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern

Mühlenstraße 9, 18055 Rostock
T 0381-492 21 84 **F** 0381-492 21 56
E post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt

Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen
 Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
T 0511-301 85 70 **F** 0511-301 85 714
E info@slu-boell.de **W** www.slu-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0 **F** 0211-93 65 08 25
E info@boell-nrw.de **W** www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

Walpodenstr. 10, 55116 Mainz
T 06131-90 52 60 **F** 06131-90 52 69
E mainz@boell-rlp.de **W** www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60 **F** 0681-58 35 36
E boell.stiftung@t-online.de **W** www.boell-saar.de

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Schützengasse 18, 01067 Dresden
T 0351-494 33 11 **F** 0351-494 34 11
E info@weiterdenken.de **W** www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt

Leipziger Straße 36, 06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27 **F** 0345-202 39 28
E info@boell-sachsen-anhalt.de
W www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Heiligendammer Straße 15, 24106 Kiel
T 0431-906 61 30 **F** 0431-906 61 34
E info@boell-sh.de **W** www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen

Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
T 0361-555 32 57 **F** 0361-555 32 53
E info@boell-thueringen.de
W www.boell-thueringen.de

Fördern und spenden

Wir danken unseren Unterstützern und Unterstützerinnen! Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent/innen, als Vertrauensdozent/innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums helfen viele Menschen, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Sie unterstützen die Stiftung durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und ihr Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 92 Euro, ermäßigt 46 Euro und Schüler/Studierende 25 Euro. Sie erhalten den «Info-Brief» mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Unsere Mitglieder haben u. a. die Möglichkeit, jährlich an einer politischen Begegnungsreise zu unseren Projektpartnerinnen und Projektpartnern ins Ausland und/oder an einer Regionalreise im Inland teilzunehmen.

Mit Ihrer Spende oder Patenschaft für Autorinnen und Autoren im Heinrich-Böll-Haus

Sie ermöglichen damit internationalen Autor/innen und Künstler/innen einen Aufenthalt im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich, dem früheren Domizil des Schriftstellers. Dort können sie frei von ökonomischem oder politischem Druck ungestört arbeiten.

Mit einer Beteiligung an der TuWas – Stiftung für Gemeinn

Die TuWas-Stiftung ist im Juni 2013 gegründet worden. Die grüne Förderstiftung wurde mit großem Engagement von Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt. Um die vielen guten Ideen umsetzen zu können, brauchen wir weitere Unterstützung! Erste Hilfsgelder der TuWas-Stiftung gingen an eine mexikanische Fraueninitiative, die gegen systematische Morde an Frauen kämpft, sowie an eine Initiative, die sich für yezidische Flüchtling aus Syrien einsetzt und deren Unterbringung in der Türkei unterstützt.

Wir wollen unsere Projektideen mit Ihren Spenden oder Zustiftungen verwirklichen. Als Stifende können Sie bestimmen, für welche Zwecke Ihre Zustiftung oder Spende verwendet werden soll, oder vereinbaren, wofür das eingelegte Geld über einen bestimmten Zeitraum – seien es fünf oder 50 Jahre – verbraucht wird. Da die TuWas-Stiftung gemeinnützig ist, sind Spenden und Zustiftungen bis zu einer Million Euro steuerlich begünstigt.

W www.tuwasstiftung.de

Beitrittserklärung: Absender/in

Name:

Vorname:

Institution/
Organisation:

dienstlich privat

Anschrift

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Telefon/Fax:

Ihre Angaben werden gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz streng vertraulich behandelt.

Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/
Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Postkarte
bitte mit 45c
freimachen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8

10117 Berlin



I Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundeskreises Foto: Conny Fischer



II Elisabeth Kiderlen und Julius Heinicke, Koordinationsgremium des Freundeskreises

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen fördern sie unbürokratisch und schnell Menschenrechtsaktivist/innen, Künstler/innen und Kunstprojekte. Wir laden Sie herzlich ein, Mitglied zu werden und damit Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes zu sein – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbstständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern.

Neben Einladungen zu besonderen Veranstaltungen, wie z. B. Preisverleihungen, erhalten die Mitglieder Informationen über aktuelle Entwicklungen der Stiftungsarbeit und die Aktivitäten des Freundeskreises. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen. Mindestens einmal im Jahr verreisen die Freundinnen und Freunde. Im Jahr 2014 führte die Reise in die Türkei. Informieren Sie sich über unser Programm:

W www.boell.de/freundeskreis

HEINRICH BÖLL STIFTUNG FREUNDINNEN + FREUNDE

Ansprechpartnerin für die Freundinnen und Freunde, Spender/innen und Sponsor/innen:

Ulrike Cichon

T 030-285 34-112 F 030-28534-5112
E cichon@boell.de W www.boell.de/freundeskreis

Spenden-/Beitragskonto:

Bank für Sozialwirtschaft
BIC BFSW DE 33 BER
IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02
Gläubiger-ID im SEPA-Lastschriftverfahren:
DE17ZZZ00000360794

Ihr Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft jederzeit kündbar.

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- mit dem Jahresbeitrag von €
- mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von €

Zahlungsweise

SEPA*-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), Gläubiger-ID DE17ZZZ00000360794, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der hbs auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber/in (falls abweichend):

Kreditinstitut:

BIC:

IBAN:

Die Mandatsreferenz wird mir durch die hbs separat mitgeteilt.

Datum, Ort und Unterschrift:

- Ich überweise meinen Beitrag selbst auf das Konto der Heinrich-Böll-Stiftung, IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02.

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische

Partizipation von Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.

- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation.
- Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Mitgliederversammlung

49 Mitglieder

Aufsichtsrat

9 Mitglieder

Vorstand		Geschäftsführung	Gremien und Fachbeiräte
Ralf Fücks Dr. Tamara Or Sekretariat: Anke Bremer (-105)	Barbara Unmüßig Jana Proisinger Sekretariat: Kathrin Klaua (-114)	Dr. Livia Cotta Eva-Maria Betz Jana Ewald (-111) Verena Duentzsch Freundinnen und Freunde Ulrike Cichon (-112) Interne Revision Susanne Raukamp Christa Drießen	Freundinnen und Freunde Frauenrat Fachbeirat Studienwerk Fachbeirat Nord-Süd Fachbeirat Europa/Transatlantik
Gemeinschaftsaufgaben		Projekt Fiona Dr. Kristina Heße Nisveta Seho Katja Hamel	
Geschlechterdemokratie Henning von Bargaen	Interkulturelles Management/ Diversity Mekonnen Mesghena		

Internationale Zusammenarbeit

Politische Bildung Inland

Leitung: Steffen Heizmann
 Sandra Jackson
 Ina Bogusz (-302)

Leitung: Peter Siller
 Petra Stegemann (-248)
 Andrea Mesch, Vertretung: Carmen Herzog

Internationale Politik
 Dr. Heike Löschmann
 Joanna Barelkowska, Simone Zühr

Internationale Umweltpolitik
 Lilia Fuhr
 Björn Ecklundt
 Kristin Funke, Annette Kraus

Internationale Agrarpolitik
 Dr. Christine Chemnitz
 Sonja Kundler, Inka Drewitz

Außen- und Sicherheitspolitik
 Gregor Enste
 Stephanie Mendes Candido

Demokratieförderung
 Claudia Rolf
 Ulrike Seidel

Regionalreferat Afrika
 Leitung: Kirsten Maas-Albert
 Beate Adolf, Nicola Egelhof,
 Nils Stelling

Büro Kapstadt:
 Layla Al-Zubaidi

Büro Nairobi:
 Katrin Seidel

Büro Abuja:
 Christine K

Regionalreferat Nahost und Nordafrika
 Leitung: Dr. Antonie Nord
 Jan-Bauke Baumann
 Birgit Arnhold, Sandra Nenninger,
 Michaela Birk, Niko Pewesin

Büro Tel Aviv:
 Kerstin Müller

Büro Ramallah:
 Dr. René Wildangel

Büro Tunis:
 Joachim Paul

Büro Rabat:
 Dr. Dorothea Rischewski

Büro Beirut:
 Dr. Bente Scheller

Regionalreferat Asien
 Leitung: Katrin Altmeyer
Jost Pachaly
 Petra Zimmermann, Ella Soesanto,
 Clemens Kunze, Inka Bosch

Büro Bangkok:
 Manfred Hornung

Büro Islamabad (zuständig auch für Afghanistan):
 Marion Müller

Büro Neu Delhi:
 Dr. Axel Harneit-Sievers

Büro Phnom Penh:
 Ali Al-Nasani

Büro Peking:
 Christina Sadeler

Regionalreferat Ost- und Südosteuropa
 Leitung: Walter Kaufmann
 Gudrun Fischer, Robert
 Sperfeld, Nina Happe,
 Alexander Formozov,
 Ulla Niehaus

Büro Belgrad:
 Dr. Andreas Poltermann

Büro Moskau:
 Jens Siegert

Büro Kiew:
 Dr. Kyril Savin

Büro Tbilisi:
 Nino Lejava

Büro Sarajevo:
 Mirela Grünther-Decevic
 (bis 04/15)

Büro Zagreb:
 Vedran Horvat

Regionalreferat Lateinamerika
 Leitung: Ingrid Spiller
 Petra Tapia, Ines Thomssen, Iciar
 Oquinena, Julia Ziesche

Büro Mexiko-Stadt:
 Annette von Schönfeld

Büro Rio de Janeiro:
 Dr. Dawid Bartelt

Büro Santiago de Chile:
 Dr. Ingrid Wehr

Regionalreferat EU/Nordamerika
 Leitung: Dr. Sergey Lagodinsky
Dr. Christine Pütz
 Ewa Peteja, Sigrid Lukoschus,
 Christian Schwöbel, Sabine
 Hämmerling

Büro Brüssel:
 Klaus Linsenmeier

Büro Istanbul:
 Dr. Ulrike Dufner (bis 04/15)
 Kristian Brakel (ab 05/15)

Büro Prag:
 Eva van de Rakt

Büro Thessaloniki:
 Olga Drossou

Büro Warschau:
 Irene Hahn-Fuhr

Büro Washington:
 Bastian Hermisson

Steuerung und Evaluierung
Julia Scherf
 Kirsten Dagane, Murat Pekün,
 Angelika Rössler, Ruth Kleefisch,
 Liliya Deryn, Barbara Assheuer,
 Renate Eisape, Birgit Glaw

Qualitätsmanagement und Evaluierung
 Christiane Dilger

Programmteam I
 (Schwerpunkt: Demografischer Wandel)

Bildung und Wissenschaft
 Philipp Antony
 David Handwerker

Sozialpolitik
 Dorothee Schulte-Basta
 Lisa Beier

Migration und Diversity
 Mekonnen Mesghena

Programmteam II
 (Schwerpunkt: Ökologische Wende)

Ökologie und Nachhaltigkeit
 Dorothee Landgrebe, Vertretung:
 Dr. Stefanie Groll
 Rita Hoppe, Zoha Aghamehdi

Wirtschaft und Finanzen
 Ute Brümmer
 Monika Steins

Kommunalpolitik und Stadtentwicklung
 Sabine Drewes
 Andrea Meinecke

Programmteam III
 (Schwerpunkt: Digitaler Wandel)

Demokratie
 Dr. Anne Ulrich
 Eike Botta-Venhorst

Kulturpolitik und Neue Medien
 Christian Römer
 Karin Lenski, Maria Lüdtke

Gesellschaftspolitik
 Michael Stognienko

Politische Bildung Inland	Studienwerk	Unternehmensdienste	
		Kommunikation	Haushalt und Finanzen
<p>Leitung: Peter Siller Petra Stegemann (-248) Andrea Mesch, Vertretung: Carmen Herzog</p>	<p>Leitung: Dr. Ulla Siebert Bärbel Karger (-400) Kathrin Hohmann-Mehring</p>	<p>Leitung: Annette Maennel Natalie Kraneiß (-200)</p>	<p>Leitung: Patrick Berg Katrin Suwart (-141)</p>
<p>Grüne Akademie Koordination: Dr. Anne Ulrich Stephan Depping</p> <p>Archiv Grünes Gedächtnis Leitung: Dr. Christoph Becker-Schaum Julia Breggott, Robert Camp, Anne Vechtel, Steffi Rönnefarth, Eva Sander</p> <p>Heinrich Böll Leben und Werk (Köln) Dr. Jochen Schubert Markus Schäfer</p> <p>Haus Langenbroich Sigrun Reckhaus</p>	<p>Studienförderung Gabriele Tellenbach Elsbeth Zylla Kerstin Simonis Anja Schleich Birgit Kahlau Angelika Steinborn Malgorzata Lewandowska Sabrina Anastasio Christian Polzin</p> <p>Promotionsförderung Jutta Helm Wilma Weber</p> <p>Auswahlverfahren Miriam Ries</p> <p>Alumni-Programm Dr. Janina Bach Verbleibstudie (bis 04/15) Dr. Janina Bach Sabrina Horn</p> <p>Finanzen Liette Thill</p>	<p>Presse Vera Lorenz Michael Alvarez Kalverkamp</p> <p>Online-Redaktion/Internet Markus Reuter Peggy Marquardt Mirja Brücker Sebastian Dörfler</p> <p>Lektorat Bernd Rheinberg Susanne Dittrich</p> <p>Layout/Marketing Elke Paul, Lisa Kreutzer, Aygen Schruoffenegger (Besuchergruppen)</p> <p>Konferenzzentrum Gundula Fienbork Eva Klakl, Julia Reiter, Tini Leonhardt, Sabine König, Soumicha El Homri</p>	<p>Hauptbuchhaltung Uta Kehr Ellen Deuse, Jan Schmidt</p> <p>Operative Finanzbuchhaltung Michaela Krethe Jutta Rickmann Valerian Rautenberg Marianne Brade Hans-Jörg Wilhelm Munkhzul Togmid Silke Richter</p> <p>Richtlinien Dr. Gerd Frickenhelm</p>
Gunda-Werner-Institut		IT/Technische Dienste	Personal
<p>Leitungen: Henning von Barga und Birgitta Hentschel</p> <p>Susanne Diehr Christiane Bornstedt Christine Weiß Francesca Schmidt</p>		<p>Leitung: Bert Bloss Martina Kulla (-170)</p>	<p>Leitung: Petra Nibbe</p>
Weiterbildungsakademie GreenCampus		Server- und Netzbetriebe	Personalbetreuung
<p>Leitung: Christian Neuner-Duttenhofer</p> <p>Wolfgang Pohl (Kommunalpolitik) Paulina Berndt (interne Weiterbildung) Maria Pajonk, Barbara Heitkämper</p>		<p>Dietmar Grabbert Gabriele Holländer Bettina Schwarzlose Christopher Golze Lutz Melich Petra Tesch</p>	<p>Marzena Matuschak Sabine Popielski Swetlana Kuzjaev Nadine Arendt Peter Schneider Sandra Franke</p>
		Technische Dienste	
		<p>Martina Kulla, Annett Kretschmann, Aline Streciwilk, Mamadou Lamine Hane</p>	

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element

ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Im Jahr 2014 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 228 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. Den hauptamtlichen Vorstand bilden z. Zt. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Die Geschäftsführung hat Dr. Livia Cotta inne. Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Belgien, in Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Russland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Kroatien, Israel, Libanon, dem Arabischen Nahen Osten, Tunesien, Marokko, Kenia, Nigeria, Südafrika, Thailand, Myanmar, Kambodscha, Pakistan, Indien, Afghanistan, China, Brasilien, Chile, Mexiko, El Salvador und in den USA. Im Jahr 2014 standen der Stiftung circa 55 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Die grüne politische Stiftung
Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T 030-28 53 40 F 030-28 53 41 09
E info@boell.de W www.boell.de

Ausblick 2015

«Re:Claim Human Rights! Menschenrechte einfordern – umsetzen – garantieren»

Unter diesem Motto wollen wir den Blick für Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Menschenrechte im UN-Gipfeljahr 2015 schärfen und die Wechselwirkungen verdeutlichen.

Mehr dazu unter:
www.boell.de/reclaimhumanrights